Wie verbindlich ist der UN-Migrationspakt? S. 2, 8


# Preußische Allgemeine Zeitung

Das Ostpreußenblatt

Nr. 46 – 16. November 2018 | Unabhängige Wochenzeitung für Deutschland | Einzelverkaufspreis: 2,70 Euro | ZKZ 05524 - PVST. Gebühr bezahlt


DIESE WOCHE







Jedem sein Süppchen: Trump, Merkel und Macron beim Weltkriegsgedenken am 11. November in Paris Bild: pa

# Das Trauerspiel von Paris

## 100 Jahre Kriegsende: Der Gedenktag verkam zum Instrument aktueller Politik

**Historische Gedenktage werden oft Opfer politischen Missbrauchs. Selten jedoch geschieht der so unverblümt wie jetzt in Paris.**

Selten wurden historische Gedenktage so unverblümt für aktuelle politische Zwecke eingespannt wie in diesem November. Es begann schon mit dem offiziellen Gedenken an 80 Jahre 9. November 1938 im Bundestag, welches dem deutsch-israelischen Schriftsteller Chaim Noll die Zornesröte ins Gesicht trieb (siehe „Meinungen“, S. 24).

In Paris setzte sich die Instrumentalisierung bruchlos fort, als es um den 100. Jahrestag des Waffenstillstands von 1918 ging. Emmanuel Macron schoss Pfeile auf US-Präsident Donald Trump ab, als er dessen Wahlkampfspruch „America First“ indirekt zur Parole eines „Verräters“ am Gedanken des Patriotismus denunzierte.

Dabei haben es seit Jahrzehnten insbesondere französische Präsidenten meisterhaft verstanden, von „Europa“ zu sprechen, wenn es in Wahrheit um die nationale Machtstellung Frankreichs ging. Der Euro etwa sollte der Schwächung Deutschlands dienen und wurde nur zur Tarnung als „europäisches“ Projekt plakatiert.

> Erst die EU-Partner überfahren, dann den »Dialog« predigen

Angela Merkel griff nach dem Gedenktag, um ihre gescheiterte Asyl- und Zuwanderungspolitik durch die Blume zur einzig möglichen „Lehre aus der Geschichte“ umzudeuten: Wenn „Abschottung vor 100 Jahren schon keine Lösung war, wie kann sie es heute sein“, stellte die Kanzlerin einen bemerkenswerten Zusammenhang her. Es ging 1914/18 nicht um „Abschottung“, sondern um Eroberung, um Aneignung fremden Gebiets, um das Eindringen in andere Länder. Wer hier unbedingt einen Zusammenhang zu heute herstellen will, soll es tun, aber er wird gewiss woanders landen als die Kanzlerin.

Merkel warnte in Paris vor Kompromisslosigkeit, vor Scheuklappendenken und mangelnder Bereitschaft zu gegenseitiger Rücksichtnahme und zum Dialog zwischen den Staaten. Das dürfte Stirnrunzeln in etlichen EU-Staaten hervorrufen, die sich von der einseitigen Grenzöffnung der Kanzlerin 2015 völlig überfahren fühlten und sich deshalb bis heute weigern, an der von Merkel seit mehr als drei Jahren mit hoher moralischer Pose eingeforderten „europäischen Lösung der Flüchtlingsfrage“ mitzuwirken. Diese Politik Berlins hat tiefe Gräben aufgerissen.

Pikant ist das fordernde Bekenntnis zur Öffnung, wenn man die Folgen für die innere Sicherheit der einfachen Menschen bedenkt und dann nach Paris blickt. Merkel, Macron und Co. ließen sich einhegen in einen Wall von kaum je dagewesenen Sicherheitsmaßnahmen, um – ungestört von jeder Gefahr – dort drinnen ihre „Offenheit“ zu zelebrieren. Und statt den von Merkel angemahnten „Dialog“ zu fördern, ließen sie Belehrungen auf andere Staatsoberhäupter hageln. Paris war ein Trauerspiel. *Hans Heckel*

---

Manuel Ruoff:

## *Treibjagd*

In den Leitmedien wird zur Treibjagd auf den CSU-Vorsitzenden und Bundesinnenminister geblasen. Und das mit einer Vehemenz wie wohl noch nie zuvor bei einem Bundesvorsitzenden einer der etablierten Parteien der Republik. Ihm wird vorgeworfen, Angela Merkel partout politisch überleben und kein weiteres ihrer vielen Opfer werden zu wollen.

Das mag sein, doch der unvoreingenommene Beobachter fühlt sich an das „Haltet den Dieb“ des Diebes erinnert. Denn umgekehrt scheint mindestens genauso gut ein Schuh draus zu werden. Es drängt sich der Verdacht auf, dass die Merkelianer Seehofer zur Strecke bringen wollen, bevor die Flüchtlingskanzlerin sich zurückziehen muss, die beileibe nicht nur in der Asylfrage grüne Positionen zu CDU- und Bundespolitik gemacht hat. Anders ist das Drängen kaum zu erklären, dass Seehofer noch vor dem CDU-Parteitag in Hamburg als CSU-Chef und vor dem Ende der Kanzlerschaft Merkels als Innenminister zurücktreten soll.

Seehofer verspielte mit seiner Eigenschaft, ein „Drehhofer“ zu sein, viel Glaubwürdigkeit, und ihm fehlte der letzte Mut, seinen (kritischen) Worten (zu Merkels Politik der offenen Grenzen) Taten folgen zu lassen. Aber in einer bleiernen Zeit, die viele an Hans Christian Andersens Märchen „Des Kaisers neue Kleider“ erinnert, kann alleine schon die vernehmliche Ansprache des Mankos eines Staatsführers ein Verdienst sein.

Dieses Verdienst Seehofers, dieser Beitrag zum Ende der Ära Merkel wird bleiben, und dies wird das Establishment ihm nie verzeihen.

---

# Für Deutschland würde es teuer werden

## Bundesrechnungshof warnt mit Sonderbericht vor Risiken der geplanten Einrichtung eines Europäischen Währungsfonds

Der Bundesrechnungshof prüft nicht nur die Haushalts- und Wirtschaftsführung des Bundes, sondern er berät auch. Über „Angelegenheiten von besonderer Bedeutung“ kann er gemäß Paragraf 99 der Bundeshaushaltsordnung jederzeit den Bundestag, den Bundesrat und die Bundesregierung unterrichten. Davon hat er jetzt Gebrauch gemacht, denn die Finanzkontrolleure halten die Pläne der Europäischen Kommission zum Umbau des Europäischen Stabilitäts-Mechanismus (ESM) für nicht geeignet, „die Eurozone wetterfest zu machen“. Für eine stabile Währungsunion sei entscheidend, dass der Rettungsschirm auch künftig auf seine Kernaufgabe der Krisenbewältigung fokussiert bleibe. Vor allem warnt der Rechnungshof vor einer zunehmenden Haftung Deutschlands durch Änderungen im ESM, der zu einem Europäischen Währungsfonds (EWF) umgestaltet werden soll. Das macht er in seinem „Bericht über die Risiken der Einrichtung eines Europäischen Währungsfonds (EWF) für den Bundeshaushalt“ deutlich.

Ein nach den Plänen der Kommission ausgestalteter EWF würde den Charakter des ESM als echter Krisenbewältigungsmechanismus für die Wirtschafts- und Währungsunion Europas verlieren, heißt es. Der Vorschlag der EU-Kommission ziele darauf ab, Stabilitätshilfen an die Mitglieder künftig früher und einfacher auszureichen. Sie sollten zudem nicht mehr in dem Maße wie bisher an Reformauflagen geknüpft werden. Durch die Änderungen würden die Ressourcen des EWF stärker beansprucht, und das Volumen der möglichen Ausfälle nehme zu. Zudem könnten die Änderungen auch Fehlanreize begünstigen, zum Beispiel „indem sie Reformbemühungen in den von einer Krise betroffenen Mitgliedstaaten schwächen“.

Der Rechnungshof geht davon aus, dass „Verluste wahrscheinlicher eintreten können“. Daneben könnte es auch erforderlich werden, das Stammkapital des EWF zu erhöhen. Dies würde zu einer Ausweitung der Haftung Deutschlands über die vereinbarten 190 Milliarden Euro hinaus führen. Für die Änderung wäre zwar die Zustimmung aller Mitgliedstaaten erforderlich, Deutschland könnte sich dem jedoch kaum entziehen, zum Beispiel im Falle einer größeren Krise oder wenn neue Aufgaben „glaubwürdig finanziell zu unterlegen“ seien. Zusätzliche Belastungen für den Bundeshaushalt wären die Folge. „Insgesamt ergeben sich mit den von der Kommission angestrebten Änderungen erhebliche Risiken für den Bundeshaushalt“, stellt der Rechnungshof fest.

Wie er weiter erläutert, soll der neue Währungsfonds Teil eines Sicherheitsnetzes für krisengeschüttelte Banken im Euro-Währungsgebiet werden und hierfür bis zu 60 Milliarden Euro bereithalten. Dies hätte zur Folge, „dass die Haftung für Risiken im europäischen Bankensektor vergemeinschaftet würde“. Außerdem wäre damit das Signal verbunden, dass Banken notfalls auch weiterhin aus Steuermitteln gerettet würden. Auch lehnt der Rechnungshof den Kommissionsvorschlag, den EWF als „Vehikel für politische Initiativen zu nutzen“, ab. Als Beispiel wird genannt, dass der EWF Finanzmittel bereitstellt, um konjunkturelle Schwankungen in den Mitgliedstaaten zu glätten. Dies sei aber als Teil der Wirtschaftspolitik Aufgabe der jeweiligen Mitgliedstaaten. Zudem warnt der Rechnungshof vor der Vereinfachung der Beschlussverfahren und einer Abschwächung der Mehrheitserfordernisse im EWF: „Deutschland würde unter bestimmten Voraussetzungen sein Vetorecht verlieren. Zudem wäre nicht in allen Fällen sichergestellt, dass die Mitwirkungsrechte des Bundestages gewahrt blieben.“

Der ESM verfügt über ein Stammkapital von 705 Milliarden Euro. Davon mussten die Mitglieder 81 Milliarden direkt einzahlen und als Sicherungsreserve hinterlegen. Weitere 624 Milliarden Euro kann der ESM bei Bedarf bei den Mitgliedern abrufen. Jedes Mitglied haftet für Verluste bis zur Höhe seines Anteils am Stammkapital. Für Deutschland sind das die erwähnten 190 Milliarden Euro. Das genehmigte Stammkapital kann erforderlichenfalls erhöht werden. Dies bedarf bisher der Zustimmung der Mitgliedstaaten in den jeweiligen nationalen Verfahren.

Die Euro-Staaten wollen sich bis Dezember auf die Modalitäten für die Weiterentwicklung des ESM verständigen, weshalb der Bundesrechnungshof Handlungsbedarf sieht. *J.H.*

MELDUNGEN

## 120,5 Millionen Euro Förderung

**Berlin** – Bundesfamilienministerin Franziska Giffey verkündete am 6. November für das Bundesprogramm „Demokratie leben!“ eine Fördersumme von 120,5 Millionen Euro für das Jahr 2018. Schon im Mai entfristete sie das Programm mit den Kernzielen „Demokratie fördern, Vielfalt gestalten und Extremismus vorbeugen“. Somit ist die Weiterführung der auf kommunaler, Landes- und Bundesebene operierenden Förderung auch nach 2019 gesichert. Ganz unumstritten ist die Umsetzung der hehren Ziele jedoch nicht. So verlangte der AfD-Abgeordnete Anton Friesen in einer Kleinen Anfrage Auskunft über die Förderung linksextremer Projekte durch das Programm. *CRS*

## Neue Namensfreiheit

**Berlin** – Seit diesem Monat dürfen Deutsche und dauerhaft in Deutschland lebende Personen mit mehreren Vornamen deren Reihenfolge bei ihrem örtlichen Standesamt oder bei einem Notar nach ihren Wünschen ändern lassen, ohne dafür wie bisher ein Namensänderungsverfahren durchlaufen zu müssen. Dies macht eine Änderung des Personenstandsgesetzes möglich. Das frühere Prozedere musste aufwendig begründet und in einem meist teuren Verwaltungsverfahren durchgesetzt werden, während jetzt für die zugehörigen Verwaltungsakte städtischer Behörden nurmehr geringe Beträge zu bezahlen sind – in Frankfurt am Main beispielsweise 32 Euro. Nicht zulässig sind dabei allerdings eine Weglassung oder Hinzufügung von Namen beziehungsweise die Änderung der Reihenfolge oder der Schreibung von Namensbestandteilen mit einem Bindestrich verbundener Doppelnamen. Die selbstständige Auswahl eines Rufnamens aus den vorhandenen Vornamen steht in Deutschland übrigens seit 1959 jedermann frei, sodass hierfür keine Änderung der Namensreihenfolge erforderlich ist. *T.W.W.*

## PAZ: *Neue Preise ab 2019*

Drei Jahre lang hat die *Preußische Allgemeine Zeitung* den Preis ihres Abonnements stabil gehalten. Nun zwingen uns steigende Kosten trotz strikter Ausgabendisziplin leider zur Anpassung der Bezugspreise. Zudem wird die *PAZ* im Abonnement im sogenannten Schnellläufernetz der Post befördert und befindet sich bereits ab Donnerstag in der Zustellung. Das ist zwar mit zusätzlichen Kosten verbunden, gewährleistet aber, dass die Abonnenten ihre Zeitung stets pünktlich erhalten.
Unser Inlands-Abopreis steigt ab 1. Januar 2019 von elf auf zwölf Euro im Monat, also 144 Euro im Jahr. Der Bezugspreis im Ausland steigt auf 14,50 Euro monatlich (18,50 Euro bei Versand per Luftpost). Am Kiosk kostet die *Preußische Allgemeine Zeitung* künftig 2,90 Euro.
Der Preis für das Online-Abo beträgt künftig 8,25 Euro, als E-Paper kostet die *PAZ* dann 1,20 Euro im Monat.
Soweit keine Einzugsermächtigung besteht, bitten wir unsere Abonnenten um rechtzeitige Anpassung von Daueraufträgen.
Auch nach dieser moderaten Preisanpassung bleibt die *Preußische Allgemeine Zeitung* die mit Abstand günstigste Wochenzeitung mit vergleichbarem journalistischen Angebot.

# Ist der GCP wirklich unverbindlich?

### Warum der Globale Migrationspakt der UN in seinem Wirkungspotenzial nicht unterschätzt werden sollte

**Während die Kritik an dem Globalen Migrationspakt der UN mit dem nahenden Unterzeichnungstermin am 11. Dezember ständig anschwillt und die Zahl der nicht unterzeichnungswilligen Staaten wächst, bemüht sich die Bundesregierung, beschwichtigend zu erklären, dass der Pakt kein völkerrechtlich verbindlicher Vertrag sei und auch nicht in die souveränen Rechte der Mitgliedstaaten eingreifen werde. Hat sie Recht?**

Es gibt eine Reihe von äußeren Merkmalen, welche die Vermutung nahelegen könnten, dass der doch weder um den Titel des Dokuments noch um einzelne Formulierungen.

Die entscheidende Frage ist aus völkerrechtlicher Sicht, ob die Teilnehmerstaaten die Absicht haben, mit diesem Dokument für sich eine völkerrechtliche Verbindlichkeit zu erzeugen. Das ist nicht der Fall, weil dies im Text ausdrücklich verneint wird. Dort heißt es in Paragraf 7, „der Globale Pakt stellt einen rechtlich nicht bindenden Kooperationsrahmen“ dar. So wird dieser außerrechtlichen Abmachung nach ihrer Annahme durch die Staats- und Regierungschefs demnach keine völkerrechtliche Verbindlichkeit zukommen. Das bedeutet vor allem, dass im Falle der Verletzung einzelner Regelungen keine völkerrechtlichen Sanktionen folgen und auch die Anrufung eines internationalen Gerichts nicht möglich ist. Man wird nur von einer politisch-moralischen Bindung sprechen können, die schwächer als die völkerrechtliche ist.

Und dennoch sind derartige Dokumente, die einstimmig oder von einer großen Mehrheit der Staatengemeinschaft auch ohne völkerrechtliche Verbindlichkeit angenommen worden sind, in ihrem Wirkungspotenzial nicht zu unterschätzen. Sie können – wie die internationale Praxis zeigt – auf verschiedenen Wegen eine Eigendynamik entwickeln, die nach einer gewissen Zeit in der völkerrechtlichen Verbindlichkeit mündet. Das gilt allerdings nicht für jene Staaten, die sich der Annahme oder Unterzeichnung widersetzt haben.

Die Bundesrepublik Deutschland würde sich also als Unterzeichnerstaat dieser Dynamik nur schwer entziehen können. Die möglichen Wege dorthin sind vielfältig. So könnte der Globale Pakt zunächst eine Vorstufe, also eine Art „Testlauf“ sein, um bei positiver Resonanz als völkerrechtlicher Vertrag zur Unterzeichnung und Ratifikation aufgelegt zu werden. Beispielsweise wurde die Anti-Rassismus-Deklaration der UN von 1963 schon 1966 in die völkerrechtlich verbindliche Anti-Rassismus-Konvention überführt.

Ein anderer Weg wäre, dass der vorliegende Pakt nach einigen Jahren ganz oder in Teilen zu Völkergewohnheitsrecht wird, indem die Teilnehmerstaaten die darin enthaltenen Regelungen als Recht behandeln. Schließlich zeigt das Beispiel der Schlussakte der Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (KSZE) von 1975, dass auch ein Dokument mit „nur“ moralischer Verbindlichkeit eine außerordentlich hohe Bedeutung mit politischer Sprengkraft erlangen kann.

Der Pakt behandelt die Immigration als einen schicksalhaft unvermeidbaren Vorgang, zu dessen Regulierung (nicht Verhinderung) nur an einigen Stellschrauben zu drehen sei. In Wirklichkeit verlangt seine Umsetzung von den europäischen Zielstaaten letztlich den Verzicht auf wesentliche souveräne Rechte. Denn die massenhafte Aufnahme von Wirtschaftsimmigranten, die unter dem Vorwand des Asylbegehrens ins Land kommen und regelmäßig mangels Identitätsfeststellung nicht mehr zurückgeführt werden können, wird im Ergebnis auf einen Bevölkerungsaustausch hinauslaufen.



Vermutlich wird sie die Unterzeichnung des Pakts in Marrakesch als „krönenden“ Abschluss ihrer Laufbahn als „Flüchtlingskanzlerin“ vornehmen: Angela Merkel im Kreise von Immigranten

Bild: Ullstein

sogenannte Globale Pakt für sichere, geordnete und geregelte Migration (GCM, Global Compact for Safe, Orderly and Regular Migration) künftig völkerrechtlich verbindlich sein wird. Dafür würde die Bezeichnung als Pakt ebenso sprechen wie die zahlreichen auf einen Vertrag hindeutenden Formulierungen mit detaillierten Verpflichtungserklärungen oder die wiederholte Berufung auf Menschenrechtsübereinkommen und die UN-Charta. Es geht je-

Entgegen der im Pakt enthaltenen Feststellung, Nutznießer der Immigration seien gleichermaßen die Ausgangs- und die Zielstaaten der Migration, sind die Rechte und Pflichten darin sehr ungleich zulasten der westlichen Industriestaaten verteilt. Während die Zielstaaten des Nordens mit konkreten Pflichten überhäuft, beispielsweise dazu verpflichtet werden, den Immigranten erleichterten Zugang zu den sozialen Sicherungssystemen, zum Arbeitsmarkt sowie zu anderen nationalen Einrichtungen zu gewähren, werden die Missstände, die in den Ausgangsstaaten die Ursachen für das Verlassen des Landes sind, wie die schlechte Regierungsführung (bad governance), die weitverbreitete Korruption oder das niedrige Bildungsniveau als Hauptgrund für die Bevölkerungsexplosion nicht angesprochen und deren Beseitigung auch nicht angemahnt.

So sind die Ausgangsstaaten der Immigration per saldo die Gewinner des Pakts. Da sie zudem eine komfortable Zweidrittelstimmenmehrheit in der UN haben, dürften sie ein lebhaftes Interesse daran haben, kraft dieser Mehrheit bald auf die völkerrechtliche Verbindlichkeit hinzuwirken, um dann die Zielstaaten des Nordens im Falle der Nichteinhaltung mit rechtlichen Mitteln zur Verantwortung zu ziehen. Eine Überführung des vorliegenden Pakts in einen völkerrechtlichen Vertrag wäre ohne große Probleme möglich, weil der Wortlaut des Pakts schon jetzt alle notwendigen Ingredienzien einschließlich eines Überprüfungsverfahrens zur Umsetzung des Pakts enthält.

Die potenziellen Verliererstaaten des Nordens können sich dem nur durch Nichtteilnahme entziehen. Vermutlich aber wird Kanzlerin Angela Merkel die Unterzeichnung des Pakts in Marrakesch als „krönenden“ Abschluss ihrer Laufbahn als „Flüchtlingskanzlerin“ vornehmen. Dass infolgedessen in Deutschland nach etwa zwei Generationen Bedingungen herrschen können, die heute in den Ausgangsstaaten zum Verlassen des Landes führen, wird sie wohl kaum tangieren. *Gerd Seidel*

# Einst der Verwaltungssitz der Wolgadeutschen

### In Russland heißt eine ganze Stadt nach Marx – Anders als in Trier wird im Jubiläumsjahr dort nicht an ihn erinnert

Während Trier Karl Marx mithilfe der Volksrepublik China seinem großen Sohn eine kolossale Gedenkstatue zu seinem 200. Geburtstag geschenkt hat, hat man in der einzigen Stadt in Russland, die noch seinen Namen trägt, offenbar ganz vergessen, seinen Geburtstag zu feiern.

Marx, die einstige Metropole der Wolgadeutschen, wurde 1765 als wolgadeutsche Weberkolonie durch den holländischen Baron Ferdinand Baron Caneau de Beauregard als „Baronsk“ auf dem linken Wolga-Ufer gegründet. Die deutsche Bezeichnung zu Ehren der russischen Kaiserin Katharina II. „Jekaterinenstadt“ beziehungsweise „Katharinenstadt“ erhielt sie erst ab 1768.

1919, nach der Oktoberrevolution, an der sich kaum ein Wolgadeutscher beteiligt hatte, aber dafür umso mehr Kommunisten aus Deutschland, wurde der Hauptort der Wolgadeutschen zu Ehren von Karl Marx in „Marxstadt“ umbenannt. Von 1919 bis 1922 war es Gebietszentrum des Autonomen Gebiets der Wolgadeutschen, von 1922 bis 1941 Zentrum des Kantons Marxstadt der Autonomen Sozialistischen Sowjetrepublik der Wolgadeutschen. 1942, als die Wolgadeutschen nach Zentralasien deportiert worden waren, wurde die Stadt in „Marx“ umbenannt. So heißt die Stadt trotz des Endes des Sowjetkommunismus und auch des Endes aller Wiederherstellungsversuche der Autonomie der Wolgadeutschen heute immer noch. Wiederhergestellt wurde seit dem Zerfall der Sowjetunion in Marx nur die einstige evangelische Kirche.

Die erste Kirche haben die Siedler 1840 aus eigenen Mitteln erbaut. Einige Jahre später wurde sie zur Domkirche der Heiligen Dreifaltigkeit erhoben. Neben dem Dom der Lutheraner gab es in Katharinenstadt eine katholische und eine orthodoxe Kirche. 1900 gab es vier Friedhöfe, einen protestantischen, einen katholischen, einen orthodoxen und einen moslemischen. Mit der Oktoberrevolution brach 1917 die Tragödie über die Gemeinde herein und infolge des Religionsverbots wurden alle Kirchen enteignet und geschlossen. Die lutherische Kirche wurde 1929, die katholische 1935 geschlossen.

Das weitere Schicksal der Kirche gleicht dem vieler Gotteshäuser in Russland. Sie wurde zweckentfremdet und in Kulturhäuser umgewandelt. Gegen Ende der 1950er Jahre kam es in der Chruschtschow-Ära zu einer weiteren Welle der Zerstörung religiöser Denkmäler. In dieser Zeit gab es erste zaghafte Bemühungen einer Rehabilitierung und Rückkehr der deportierten Wolgadeutschen. Die neuen Bewohner der deutschen Orte wollten mit dem Zerstörungswerk eine Rückkehr der einstigen Besitzer erschweren. An der Kirche wurden damals die Kuppel und der Glockenturm samt Uhr zerstört. Erst im Zuge von Glasnost und Perestrojka konnten in dieser Kirche wieder Gottesdienste gefeiert werden. Die katholische Pfarrei entstand bereits 1983 wieder, 1989 wurde eine orthodoxe Pfarrei organisiert. 1995 erhielten die Lutheraner ihr Kirchengebäude zurück.

Das Gotteshaus war eines der wenigen, das auf dem Gebiet der vormaligen Wolgadeutschen Republik halbwegs erhalten geblieben war. Aber die Zeit der Zweckentfremdung war nicht spurlos an der Kirche vorübergegangen. Zur dringend notwendigen Sanierung und Restaurierung fand sich erst nach 20 Jahren überraschend ein in Saratow lebender Sponsor wolgadeutscher Herkunft, Viktor Schmidt. Dank seines Engagements begann im August 2014 der Aufbau des Glockenturms. Zu Weihnachten war der Rohbau bereits fertiggestellt und auch das Tragwerk der Kuppel angeliefert.

Im August 2015 erstrahlte die Kirche – zumindest äußerlich – im alten Glanz, und im September wurde sie zum 250. Gründungsjubiläum der Stadt erneut eingeweiht. Nachdem 85 Jahre zuvor, am 5. August 1930, die Kommunisten die Kirche geschlossen hatten, wurde am 4. August 2015 wieder das Kreuz auf dem neuerbauten Kirchturm errichtet. Seit 1999 unterhält die Kirchengemeinde von Marx eine Partnerschaft mit der Stern-Kirchengemeinde in Potsdam. Pastor ist Wladimir Rodikow.

Die deutschen Siedler errichteten bereits 1852 der Zarin Katharina II., die sie seinerzeit ins Land gerufen hatte, ein Denkmal in der nach ihr benannten Stadt, das vom Bildhauer Pjotr von Klodt gestaltet wurde. Die Skulptur stand auf einem Marmorsockel, auf dem auf zwei Seiten auf Deutsch und Russisch zu lesen war: „An die Kaiserin Katharina II. als Dankbeweis der ausländischen Siedler.“ Anfang der 1930er Jahre wurde das Denkmal demontiert, 1941 für Kriegszwecke eingeschmolzen. Am 29. September 2007 wurde ein rekonstruiertes Denkmal für Katharina II. feierlich neu eingeweiht.

Ein Denkmal für Karl Marx hat es in Marx an der Wolga nie gegeben, lediglich einige Fabriken und Kolchosen trugen seinen Namen, wie fast überall in der Sowjetunion. In den Vorkriegsjahren gab es in der Stadt ein reges Kulturleben, dazu gehörten ein eigenes Theater und ein Puppentheater. Seit 1995 gibt es sogar wieder ein Heimatkundemuseum, das an die Errungenschaften der deutschen Kolonisten erinnert. *Bodo Bost*

# »Politische Bettnässerei«

## Wie die AfD versucht, einer drohenden Beobachtung durch den Verfassungsschutz zu entgehen

**Seit Monaten fordern Vertreter der etablierten Parteien eine Beobachtung der AfD durch das Bundesamt für Verfassungsschutz. Die Partei reagiert nervös und hofft auf einen personellen Coup.**

In der vergangenen Woche kündigten die Parteivorsitzenden der Alternative für Deutschland, Jörg Meuthen und Alexander Gauland, an, ihre Partei werde ein „außenstehendes unabhängiges“ Gremium einrichten. Dieses soll Parteiausschlussverfahren anregen können und bei laufenden Verfahren die „Angemessenheit vorgeschlagener Sanktionen“ einschätzen. Einige Mitglieder habe man, so Meuthen gegenüber dem Berliner „Tagesspiegel“, in den vergangenen Wochen auch dazu bringen können, die Partei aus freien Stükken zu verlassen.

Innerhalb der AfD sind diese Maßnahmen nicht unumstritten. Vor allem die Anhänger des thüringischen Landesvorsitzenden Björn Höcke warnen vor einer „Leisetreterei“ und „Angst vor dem Feind“. Höcke ist eine zentrale Figur in der Debatte um die Beobachtung der AfD durch den Inlandsgeheimdienst. Für seine Anhänger ist er eine Art Heilsfigur, Parteichef Gauland bezeichnete ihn einmal als „Nationalromantiker“. Seine Gegner, von denen es auch innerhalb der AfD zahlreiche gibt, sehen in ihm einen Grenzgänger, der am Rande der Verfassungsfeindlichkeit agiert. Höcke bezeichnete die Angst vor einer Beobachtung durch den Verfassungsschutz als „politische Bettnässerei“. Es sei närrisch, wenn Parteimitglieder jetzt glaubten, dass Begriffe wie Volk oder Altparteien nicht mehr gebraucht werden sollten. Die Entscheidung des thüringischen Verfassungsschutzes, die AfD zum Prüffall zu erklären, kritisierte Höcke als Willkür.

Mit diesen Aussagen forderte der thüringische Landesvorsitzende den Widerspruch von Parteichef Gauland heraus, der Höcke bisher stets den Rücken stärkte. Höckes Äußerungen seien „falsch und in keiner Weise zielführend“, mahnte Gauland. Er würde eine solche Ausdrucksweise nicht benutzen.

Die Parteiführung hatte bereits vor Wochen eine Kommission ins Leben gerufen, die eine Beobachtung durch den Verfassungsschutz verhindern soll. An ihrer Spitze steht der Bundestagsabgeordnete Roland Hartwig. Die Kommission soll Handreichungen für Mitglieder erstellen, eine juristische Auseinandersetzung vorbereiten und den Überblick über Parteiausschlussverfahren behalten. Intern ist das umstritten. Wie der „Tagesspiegel“ schreibt, würden die Mitglieder der Arbeitsgruppe als „Sonderermittler“, „Stasi“ oder „Inquisitoren“ verschrien.

Hartwig erklärte unterdessen, dass die AfD die Bürgerbewegung „Pro Chemnitz“ auf ihre Unvereinbarkeitsliste gesetzt habe. Wer einer Organisation angehört, die auf dieser Liste steht, darf nicht Mitglied der AfD werden. Angehörige von Pro Chemnitz hatten sich im September einer Kundgebung in Chemnitz angeschlossen, die von den AfD-Landesverbänden Sachsen, Brandenburg und Thüringen organisiert worden war. Diese Demonstration und teilweise gewalttätige Ausschreitungen in Chemnitz gelten als Auslöser für die neuerliche Debatte über eine Beobachtung der AfD. Hartwig erklärte, dass seine Partei die Debatte eindeutig als politisch motiviert sehe. Eine Beobachtung werde die AfD nicht akzeptieren.

Dies sei „ein massiver Eingriff in unsere Parteisouveränität und benachteiligt uns ganz klar im Wettbewerb der Parteien“, so Hartwig. Sollte es zu einer Beobachtung kommen, werde die AfD vor den Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte ziehen. Zwar sei eine Beobachtung nach deutschem Recht zulässig, aber mit „höherrangigem europäischen Recht nicht vereinbar“, das wolle die AfD in Straßburg prüfen lassen, so Hartwig. Dennoch gehen die Wogen intern hoch.

So hatte der Berliner AfD-Abgeordnete Frank-Christian Hansel Höcke öffentlich attackiert. Er warf ihm vor, die Realität zu verleugnen. Werde eine Partei vom Verfassungsschutz beobachtet, „verlassen in kürzester Zeit nahezu alle Beschäftigten des Öffentlichen Dienstes diese Partei. Soldaten, Polizisten, Justizvollzugsbeamte, Richter usw. müssen damit rechnen, bei einem weiteren Verbleib dienstrechtlich belangt zu werden. Beamte können aus dem Beamtenverhältnis entfernt werden“, erklärte Hansel.

Der Berliner Abgeordnete gehört zum Umfeld der sogenannten Alternativen Mitte, einer Strömung von rund 4000 Mitgliedern, die sich als gemäßigt verstehen. Diese veröffentlichte vor wenigen Wochen eine Pressemitteilung, die als eindeutige Kampfansage an den rechten Parteiflügel zu verstehen ist. „Es mag Teil des Größenwahns sein, zu glauben, in Deutschland gäbe es nun wieder ausreichend fruchtbaren Boden für eine rechtsextreme Partei und die AfD sei schon viel zu groß, um sie wieder klein kriegen zu können. Und eines muss man schon sagen. Eine Höcke-AfD wäre eine rechtsextreme Partei.“ Parteichef Meuthen sah sich gezwungen, die Kontrahenten zur Mäßigung aufzurufen.

Insgeheim hofft die AfD auf einen politischen Befreiungsschlag. Der kürzlich von Innenminister Horst Seehofer (CSU) in den einstweiligen Ruhestand versetzte Verfassungsschutz-Präsident Hans-Georg Maaßen hat angedeutet, er könne sich eine politische Karriere vorstellen. Derzeit – so seine Aussage – wolle er allerdings in der CDU bleiben. *Peter Entinger*




Soll mit seiner Kommission eine Beobachtung der AfD durch den Verfassungsschutz verhindern: Roland Hartwig — Bild: Imago

## MELDUNGEN

### Gespaltene Mittelschicht

**München** – Das Roman Herzog Institut (RHI) hat eine neue Studie mit dem Titel „Die gespaltene Mitte – Werte, Einstellungen und Sorgen“ im Rahmen seines Fachsymposiums in München vorgestellt. Demnach besteht die Mittelschicht aus zwei klar voneinander unterscheidbaren Gruppen: eher besorgten, materialistisch orientierten Menschen (rund ein Drittel) und eher zuversichtlichen Menschen mit postmaterialistischen Werten (rund zwei Drittel). Die finanzielle Lage der Mittelschicht ist laut der Studie stabil, dennoch gebe es eine „diffuse Unzufriedenheit“. Zusätzlich riefen Veränderungen wie Globalisierung und Digitalisierung neue Ängste hervor. Auch spielten Faktoren wie Einstellungen und Gefühle eine Rolle. *J.H.*



### Millionen für »Medienmacher«



**Berlin** – Der Verein „Neue deutsche Medienmacher“, dem der „Bild“-Chefredakteur Julian Reichelt „antideutschen Rassismus“ vorwirft (siehe *PAZ* 45/2018), hat nach Angaben der Bundesregierung seit 2016 aus dem Bundeshaushalt rund 2,33 Millionen Euro an Zuwendungen erhalten. Im Einzelnen kassierten die „Medienmacher“ im Jahre 2016 gut 490 000 Euro, 2017 gut 900 000 Euro und im laufenden Haushaltsjahr bisher knapp 940 000 Euro. Die Zahlungen seitens des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge, der Bundeszentrale für politische Bildung und des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend erfolgten unter anderem für eine „Informationsplattform für Flüchtlinge“ (Handbook Germany), ein „Traineeprogramm für Journalisten mit junger und älterer Einwanderungsgeschichte“ sowie für das Projekt Nationale Umsetzung der Kampagne „No Hate Speech“ des Europarats. *J.H.*

# SPD in Schockstarre

## Neues Personal ist nicht in Sicht

Während in der Union nach den Wahlniederlagen in Bayern und Hessen das Ende der Ära Merkel eingeläutet wird, verharrt die SPD in Schockstarre. Neues Personal ist nicht in Sicht, eine vorgezogene Neuwahl käme einer Katastrophe gleich, und auch eine zweitägige Vorstandsklausur brachte keine neuen Impulse.

Eigentlich hatte die SPD angekündigt, erst nach der Hälfte der Legislaturperiode – also im Herbst 2019 – über einen Verbleib in der Großen Koalition zu entscheiden. Unter anderem Juso-Chef Kevin Kühnert hatte zuletzt aber gefordert, diese Entscheidung vorzuziehen. Auch die schleswig-holsteinische SPD hatte vorletztes Wochenende auf ihrem Landesparteitag die Forderung nach einem Sonderparteitag beschlossen. Auf einen Sonderparteitag, um über den Verbleib in der großen Koalition abstimmen zu lassen, will die Partei jedoch trotzdem verzichten.

„Wir setzen auf Zusammenhalt“, erklärte Andrea Nahles. Nichts fehle dem Land mehr, „als eine politische Kraft, die für Zusammenhalt steht. Deswegen fangen wir bei der SPD an. Die SPD hat in der jüngeren Vergangenheit mehrfach Werte ausgemacht, die dem Land fehlen. Solidarität war es, auch an Gerechtigkeit mangelt es“, sagte die Parteivorsitzende. Zuvor hatte sie noch damit kokettiert, eventuell ihr Amt zur Verfügung zu stellen: „Wenn jemand kommt, der es besser kann, soll er sich melden.“

Nahles sagte gegenüber der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung“, die SPD strebe bis Dezember einen Klärungsprozess in der Großen Koalition an. Es solle geklärt werden, wie es im Stil, aber

> Eine vorgezogene Neuwahl käme einer Katastrophe gleich

auch bei konkreten Projekten weitergehe. Mit Blick auf das Rennen in der CDU um den Parteivorsitz sagte Nahles: „Wir machen die Zukunft und das, was wir uns vorgenommen haben, nicht davon abhängig, was jetzt entschieden wird in der Union.“

Altkanzler Gerhard Schröder warnte seine Partei und vor allem Nahles eindringlich vor einem Linksruck. Um Wähler zurückzugewinnen, sollten die Sozialdemokraten mehr auf Wirtschaftsthemen setzen. Das habe sich historisch bewährt.

„Mit einer Politik, die Linkspartei noch links zu überholen, gewinnen wir keinen Blumenstrauß“, sagte er der „Rheinischen Post“. „Die SPD war immer dann erfolgreich, wenn sie nicht nur soziale, sondern auch wirtschaftliche Kompetenz hatte.“ In Bayern seien 210 000 Wähler von der SPD zu den Grünen gewandert und 180 000 zur CSU, den Freien Wählern oder der FDP. „Das sind ja alles keine Linken“, analysierte der Exkanzler, der es vermied, Nahles öffentlich den Rücken zu stärken. Auf die Frage, ob es eine Erneuerung auch an der Spitze der Partei brauche, sagte der ehemalige SPD-Vorsitzende. „Der Mensch ist lernfähig. Das darf auch die SPD-Vorsitzende für sich in Anspruch nehmen.“

Nahles kündigte bis Dezember einen Klärungsprozess innerhalb der Großen Koalition an. Dass die CDU einen Nachfolger für Parteichefin Merkel suche, sei „nicht unser Thema. Wir haben andere, eigene“. Als konkrete Anliegen nannte Nahles den Kampf gegen Kinderarmut, eine bessere Bezahlung von Pflegekräften, die Wohnungsnot in Großstädten und die Mindestrente. „Wir haben viel zu tun“, so die SPD-Chefin. Die SPD müsse außerdem klarer in ihren Botschaften werden. *P.E.*

# Auch in Stahnsdorf

## Das Commonwealth gedachte am 11. November seiner Kriegstoten

Auch in Stahnsdorf, einer kleinen Gemeinde am südwestlichen Rande Berlins, gedachte am zweiten Sonntag im November das Commonwealth am Remembrance Sunday, dem britischen Nationalgedenktag, der Toten des Ersten Weltkrieges und des Endes der Kampfhandlungen vor genau 100 Jahren. Der 1909 angelegte Friedhof vor den Toren Berlins ist mit 206 Hektar eine der größten Begräbnisstätten Europas. Die großzügige Gestaltung ist als Waldfriedhof konzipiert worden. Viele Besucher werden nicht nur wegen der hier bestatteten Persönlichkeiten wie Werner von Siemens oder Heinrich Zille angelockt, sondern auch wegen der erholsamen Spaziergänge auf dem weiten Gelände.

Auf dem Südwestkirchhof, wie er offiziell heißt, gibt es einen italienischen, deutschen und britischen Soldatenfriedhof. Hier ruhen die gefallenen Soldaten des Ersten Weltkrieges. Es war damals schwer möglich, Gefallene in ihre Heimatländer zu überführen. So entschloss man sich Anfang der 1920er Jahre, die Soldaten nach Nationalität zentral in Stahnsdorf zu bestatten. Auf dem Gelände sind 1176 britische Soldaten beigesetzt. Diese kamen zwischen 1914 und 1919 in brandenburgischen Lagern und Lazaretten ums Leben. 1924 entschloss sich die Evangelische Kirche, das Gräberfeld der britischen Kriegsgräberverwaltung zu übereignen. Seitdem ist es königliches Hoheitsgebiet. Das galt auch zu Zeiten der deutschen Teilung. Das Gelände lag damals auf DDR-Gebiet, was in gewisser Weise spannungsgeladen war. West-Berlinern, die vor der Tei-

> Die Remembrance Poppy am Revers gehört dazu

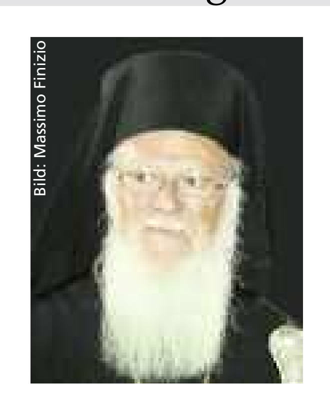
lung ihre Verwandten hier beerdigt hatten, war der Zugang dorthin nur noch schwer möglich.

Wenn man im Oktober und November Großbritannien besucht, werden einem hin und wieder Menschen begegnen, die als Zeichen des Gedenkens an die Kriegsgefallenen eine Remembrance Poppy, eine künstliche Mohnblume, am Revers tragen. Den britischen Soldaten, die im Ersten Weltkrieg an der Westfront kämpften, war aufgefallen, dass auf den Schlachtfeldern Flanderns roter Mohn blühte wie ein blutrotes Zeichen des Lebens zwischen all den Toten und Verletzten. Kanadische Truppen waren damals Teil der britischen Armee. So schrieb im Mai 1915 ein kanadischer Arzt ein Gedicht, das heute noch von jedem Kind in Großbritannien gelernt wird: „Auf Flanderns Feldern blüht der Mohn zwischen Reihen und Kreuzen.“ Da es nach dem Ersten Weltkrieg in Großbritannien keine Unterstützung für die Kriegsversehrten und Veteranen gab, gründete Feldmarschall Douglas Haig, von 1915 bis 1918 Oberbefehlshaber an der Westfront, eine Stiftung, um Geldmittel für die ehemaligen Soldaten zu sammeln.

Wer an diesem verregneten Sonntag, dem 11. November, den Feierlichkeiten auf dem Gelände des Englischen Soldatenfriedhofes beiwohnte, konnte am Eingang ebenfalls eine künstliche Mohnblume gegen eine kleine Spende erwerben. Ein Dudelsackspieler und ein Trompeter der britischen Streitkräfte gaben der Gedenkfeier den getragenen, musikalischen Rahmen.

Zahlreiche Stahnsdorfer waren gekommen, um andächtig den Worten des Militärgeistlichen zu lauschen, der seine Worte des Gedenkens auf Deutsch und Englisch vortrug. *Silvia Friedrich*

## Zeitzeugen


Bild: Massimo Finizio

**Bartholomäus I.** – Dimitrios Archondonis, so der bürgerliche Name, ist ein 1940 auf der damals bereits zur Türkei gehörenden Insel Imbros geborener Grieche und seit 1991 Ökumenischer Patriarch von Konstantinopel. Er gilt als enger Gefolgsmann der USA und ist als ausgeprägter Vertreter eines griechischen Nationalismus bekannt, wie er für die traditionell von Griechen geführten orthodoxen Altkirchen typisch ist.

**Wolodymyr** – Wiktor Markijanowytsch Sabodan, so der bürgerliche Name, war von 1992 bis zu seinem Tod 2014 ukrainisch-orthodoxer Metropolit von Kiew und der ganzen Ukraine, aber keineswegs ein „verlängerter Arm Moskaus“. Schon seit 1990 schuf er ein eigenes Bischofskonzil und änderte 2007 eigenmächtig die Kirchensatzung. 2013 und 2014 forderte er die Westintegration seines Landes und führte das Ukrainische als Liturgiesprache ein. In seinem Testament wünschte er eine Autokephalie seiner Kirche.


Bild: Serge Serebro

**Kyrill I.** – Wladimir Gundjajew, so der bürgerliche Name, ist seit 2009 Patriarch von Moskau und der ganzen Rus. Er ist zwar väterlicherseits mordwinischer Herkunft, gilt aber als Vertreter eines russischen Nationalismus.

**Makarij** – Mykola Maletytsch, so der weltliche Name, ist seit 1996 Bischof und seit 2015 Metropolit und Vorsitzender der Ukrainischen Autokephalen Orthodoxen Kirche (UAOK). Er diente als Geistlicher vor allem in den heute abtrünnigen Gebieten der Ostukraine und trat 1989 von der Russisch-Orthodoxen Kirche zur UAOK über. Unmittelbar nach seiner Wahl zum Metropoliten setzte er sich für eine Vereinigung mit der Ukrainisch-Orthodoxen Kirche – Ökumenisches Patriarchat (UOK-KP) ein, doch scheiterten die Verhandlungen bereits an unterschiedlichen Namensvorstellungen. Jetzt versucht ihn Patriarch Filaret von der UOK-KP erneut auszustechen, und Makarij droht bereits mit einem Nichteintritt in die neue Nationalkirche.


Bild: Vadim Chuprina

**Onufrij** – Wolodymyrs Nachfolger hat zwar früher eine Petition zur Gewährung der Autokephalie unterschrieben, lehnt diese gegenwärtig aber ab und plädiert für eine Rückkehr zur kirchenslawischen Liturgie.

# Zwischen Geld und Glauben

## Druck der USA bewirkt neue Glaubensspaltung der Orthodoxie

**Die Aufspaltung der Orthodoxie ist in vollem Gange und dürfte sich in absehbarer Zeit kaum mehr aufheben lassen.**

Mehr als zwei Jahrzehnte lang hatte Bartholomäus I., der Ökumenische Patriarch von Konstantinopel und Primus inter pares der orthodoxen Kirchenführer, keinerlei Anstalten gezeigt, an der Spaltung der ukrainischen Orthodoxie in drei Kirchen und dem daraus folgenden Ausschluss einer Mehrheit der dortigen Gläubigen aus der orthodoxen Weltgemeinschaft – nur die nominell dem Moskauer Patriarchat unterstehende ukrainische Teilkirche galt den übrigen Kirchen als „kanonisch“ und damit rechtgläubig – irgendetwas zu ändern. Gleiches gilt bezüglich seiner Haltung zu der der Serbischen Kirche abspenstigen und daher global verstoßenen Makedonischen Orthodoxen Kirche, die sein Patriarchat 50 Jahre lang nicht anerkennen wollte, da die selbstbewussten Balkanslawen eine Herausforderung für den bosporusgriechischen Klerikalnationalismus darstellten.

Als seine US-amerikanische Schutzmacht, die durch die Schaffung einer ukrainischen Nationalkirche den russischen Einfluss in der Ukraine weiter begrenzen und zugleich die Makedonen für eine Ausweitung der NATO auf ihr Land gewinnen will, mit der Entziehung seiner reichen Pfründe aus den US-amerikanischen Tochtergemeinden drohte, änderte sich dies freilich schlagartig. Kurz nachdem der ukrainische Präsident Petro Poroschenko mit der Bitte um Schaffung einer kanonisch anerkannten ukrainischen Nationalkirche bei ihm vorstellig wurde, ließ der Patriarch in der Predigt zu seinem eigenen Namenstag im Juni vernehmen, dass er die „apostolische Pflicht“ verspüre, den Ukrainern wie den Makedonen eine Rückkehr in die Kirchengemeinschaft zu ermöglichen.

> Die Aufspaltung dürfte sich kaum noch aufheben lassen

Schließlich habe die Kirche stets zum Guten aller Völker gewirkt und nie eigennützige oder ethnische Ziele verfolgt – womit er fraglos für globale Heiterkeit sorgte.

Als ersten Schritt zur Umsetzung der Autokephalie (Eigenständigkeit) ernannte Bartholomäus zwei auslandsukrainische Exarchen (Bischöfe) in Kiew, welche die drei nichtunierten orthodoxen Kirchen des Landes bei der Anbahnung wechselseitiger Kontakte unterstützen und letztlich aus diesen eine neue Kirche bilden sollten. Der Heilige Synod in Moskau drohte nun angesichts der Einmischung in seinen bisherigen Hoheitsbereich mit einer Aufhebung der Kirchengemeinschaft.

Die Synode des Ökumenischen Patriarchats fasste schließlich am 11. Oktober den Beschluss, der Ukrainischen Kirche Autokephalie zu gewähren, einen Vertrag von 1686 mit dem Moskauer Patriarchat zur einstweilen Überstellung der Ukraine in dessen Territorium aufzuheben und die Zugehörigkeit Kiews zum eigenen geistlichen Herrschaftsbereich zu erneuern sowie die exkommunizierten ukrainischen Kirchenführer zu rehabilitieren – vollständiger hätte ein Bruch mit Moskau nicht ausfallen können. Das Moskauer Patriarchat erklärte daraufhin vier Tage später, dass man unter diesen Umständen jede eucharistische Gemeinschaft mit Konstantinopel aufheben müsse.

Die folgende Reaktion aus Konstantinopel setzte der bisherigen Krise die theologische Krone auf: Patriarch Bartholomäus verlangte, dass sich Moskau und alle anderen orthodoxen Kirchen seinen Grundsatzentscheidungen und explizit „seinem Primat“ beugen müssten – und warf damit eine der absoluten Grundfesten orthodoxer Theologie über den Haufen. Eine solche „Selbstverpapstung“ dürfte das Schisma noch weitaus mehr als die Moskauer Entscheidungen zementieren. *Thomas W. Wyrwoll*


Letztes Treffen vor dem endgültigen Zerwürfnis: Patriarch Kyrill von Moskau (M.) und Bartholomäus I. (r.) Bild: pa

## Wie es zur Spaltung in der Ukraine kam

Zu einer ersten Aufspaltung der ukrainischen Kirche kam es, als sich ihre Vertreter in den polnisch-litauischen Westgebieten unter Beibehaltung ihres byzantinischen Ritus dem Papst unterstellten. Als sich im 20. Jahrhundert mehrfach eine unabhängige Ukraine herauszubilden begann, führte dies jeweils zu Abspaltungen auch in der verbliebenen orthodoxen Kirche, die bis dahin zur Russisch-Orthodoxen Kirche gehörte.

Die heute mit 45 Prozent der Bevölkerung größte dieser Abspaltungen, das Kiewer Patriarchat (Ukrainisch-Orthodoxe Kirche – Ökumenisches Patriarchat), begründete der dortige Patriarch Filaret 1992. Ihr schloss sich kurzzeitig die Ukrainische Autokephale Orthodoxe Kirche an, die als kanonische Abspaltung der Polnischen Orthodoxen Kirche während des Zweiten Weltkriegs innerhalb des Generalgouvernements gegründet und nach einer Phase der Emigration 1990 in die Ukraine zurückverlegt worden war. Innere Verwerfungen beendeten ihre Union mit

> Knapp die Hälfte ist indifferent

der Ukrainischen Autokephalen Orthodoxen Kirche noch im Folgejahr und führten schließlich zu einem weitgehenden Verlust ihres Autokephalie-Status, wobei ihre Anhängerschaft aus dem Nichts auf über zwei Prozent der Bevölkerung anwuchs.

Seit 1995 bekleidet der vorher ins zweite Glied zurückgetretene Filaret, dessen bürgerlicher Name Mychajlo Denyssenko ist, auch das Amt eines Patriarchen der Ukrainisch-Orthodoxen Kirche – Ökumenisches Patriarchat, wofür ihn die Russisch-Orthodoxe Kirche, der nur noch 17 Prozent der Ukrainer angehören, zwei Jahre später gleichzeitig mit dem Leiter der Ukrainische Autokephalen Orthodoxen Kirche exkommunizierte – der Bruch zwischen den ukrainischen Kirchen war vollzogen. Laut einer Umfrage des Razumkow-Zentrums plädieren nur 35 Prozent der Ukrainer für eine neue autokephale Nationalkirche, während 19 Prozent dagegen sind und der Rest bekundet, dass ihm dies gleich sei oder er keine Meinung dazu habe. *T.W.W.*

# Streit wie Versöhnung

## Die Einheit war den orthodoxen Kirchen quasi sakrosankt

Wenn es eine „irdische“ Erscheinung gibt, die den orthodoxen Kirchen des byzantinischen Ritus quasi sakrosankt erschien, so war dies ihre Einheit. Sie akzeptierten einander formal als gleichrangig und standen untereinander in Sakramentengemeinschaft. Schließlich sei die Kirche in ihrer Gesamtheit ja von Gott als die „All-Einheit alles Seienden“ bestimmt, was umzusetzen als Grundpflicht aller Gläubigen erscheint. Wenn sich, wie es häufiger vorkam, eine Kirche von einer anderen abspaltete, ohne dafür deren Einverständnis zu erlangen, galt dies als unkanonisch und führte zu ihrer Ausstoßung aus der kirchlichen Gemeinschaft.

Dies galt im Prinzip allen Beteiligten als größtes denkbares Unglück, und so gaben sie sich letztlich alle Mühen, diesen Zustand zu überwinden. Da die orthodoxe Theologie faktisch dem Grundsatz folgt, dass ihr nichts Menschliches fremd ist, kam es meist nach kurzer Zeit zu Verhandlungen, in deren Verlauf die angestrebte Einheit wiederhergestellt wurde.

Ursache von Streit wie Versöhnung waren dabei freilich fast nie

> Dualismus zwischen Moskau und Konstantinopel

theologische, sondern in aller Regel weltliche Gründe, denn die orthodoxen Kirchen sind traditionell mehr als alle anderen einerseits ausgesprochen ethnopatriotisch und andererseits oft aus einem durchaus persönlichen Egoismus ihrer Führer heraus mit der jeweils bei ihnen herrschenden „gottgewollten“ weltlichen Macht verbandelt – und die darf dann faktisch durchaus von mongolischen Khanen und kommunistischen Diktatoren oder osmanischen Sultanen und US-amerikanischen Globalisten gestellt werden, was sämtlich als „Symphonia“ theologisiert wird.

Primus inter pares unter den Oberhäuptern dieser Ostkirchen war dabei stets der Ökumenische Patriarch von Konstantinopel, galt er doch als der Haupterbe der byzantinischen Reichskirche, die ihre gemeinsame Wurzel bildet. Zu diesem ethnischen Griechen standen die slawischen Kolonialkirchen des Balkans und der Rus in einem Gegensatz, wobei sich mit der Unterwerfung Kleinasiens durch die Türken und parallel zum Aufstieg Moskaus die dortige Russische Orthodoxe Kirche als zweiter konkurrierender Machtkern etablierte. *T.W.W.*

**Preußische Allgemeine Zeitung**

WOCHENZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND
DAS OSTPREUSSENBLATT

Chefredakteur:
**Dr. Jan Heitmann**

**Verantwortliche Redakteure:** Politik, Wirtschaft, Berlin, Mensch & Zeit: Hans Heckel; Kultur, Lebensstil, Leserbriefe: Harald Tews; Geschichte, Preußen: Dr. Manuel Ruoff; Buchseite, Bildredaktion, Ostpreußen heute: Manuela Rosenthal-Kappi; Heimatarbeit: Christiane Rinser-Schrut; Die Pommersche Zeitung: Brigitte Stramm.

**Korrespondenten:** Norman Hanert (Berlin), Edyta Gladkowska (Allenstein), Jurij Tschernyschew (Königsberg).

**Verlag und Herausgeber:** Landsmannschaft Ostpreußen e.V., **Anschrift von Verlag und Redaktion:** Buchtstraße 4, 22087 Hamburg.

**Druck:** Schleswig-Holsteinischer Zeitungsverlag GmbH & Co.KG, Fehmarnstraße 1, 24782 Büdelsdorf. – **ISSN** 0947-9597.

Die *Preußische Allgemeine Zeitung* ist das Organ der Landsmannschaft Ostpreußen (LO) und erscheint wöchentlich zur Information der Mitglieder des Förderkreises der LO.

**Bezugspreise** pro Monat seit 1. Januar 2016: Inland 11 Euro einschließlich 7 Prozent Mehrwertsteuer, Ausland 13,50 Euro, Luftpost 17,50 Euro. Abbestellungen sind mit einer Frist von einem Monat zum Quartalsende schriftlich an den Verlag zu richten.

**Einzelverkaufspreis:** 2,70 Euro.

**Anzeigen:** Ingrid Stuthmann.
Es gilt Preisliste Nr. 33.

**Konten:** Commerzbank AG, IBAN: DE64 2004 0000 0634 2307 01, BIC: COBADEFFXXX oder Postbank Hamburg, IBAN: DE44 2001 0020 0008 4262 04, BIC: PBNKDEFF (für Vertrieb).

Für unverlangte Einsendungen wird nicht gehaftet.

| | |
|---|---|
| **Telefon** | **(040) 4140 08-0** |
| Telefon Redaktion | (040) 4140 08-32 |
| Fax Redaktion | (040) 4140 08-50 |
| Telefon Anzeigen | (040) 4140 08-32 |
| Telefon Vertrieb | (040) 4140 08-42 |
| Fax Anz./Vertrieb | (040) 4140 08-51 |

**Internet:**
www.preussische-allgemeine.de

**E-Mail:**
redaktion@preussische-allgemeine.de
anzeigen@preussische-allgemeine.de
vertrieb@preussische-allgemeine.de

**Landsmannschaft Ostpreußen:**
www.ostpreussen.de
Bundesgeschäftsstelle:
lo@ostpreussen.de

# Experten zerlegen Grünen-Vorstoß

## Gutachten: Zwang zur Frauenquote im Parlament wäre verfassungswidrig




**Nächstes Ziel „Parität“: Bundeskanzlerin Angela Merkel (3.v.l.) mit weiblichen Spitzenpolitikern von einst und jetzt beim Festakt zu 100 Jahren Frauenwahlrecht am 12. November in Berlin**

Bild: pa

**100 Jahre nach der Einführung des Frauenwahlrechts beklagen Politikerinnen verschiedener Parteien, dass Frauen in den Parlamenten unterrepräsentiert seien. Abhilfe soll eine sogenannte Parité-Regelung schaffen. Ein nun vorgelegtes Rechtsgutachten listet allerdings massive verfassungsrechtliche Bedenken auf.**

Erst vor Kurzem hat auch Bundesjustizministerin Katarina Barley für eine Änderung des Wahlrechts in Deutschland plädiert. Anlässlich des 100. Jahrestages des Frauenwahlrechts sagte die SPD-Politikerin, sie erlebe „Rückschritte bei der Gleichberechtigung“ und führte an, der Frauenanteil im Bundestag sei auf rund 30 Prozent gesunken.

Daher forderte Barley zu Verhandlungen über eine Wahlrechtsreform auf. Gegenüber der „Bild“-Zeitung sagte sie: „Das Wichtigste ist, dass sich Frauen dafür zusammenschließen. Das wird mit Grünen und Linken gehen. Aber auch die CDU-Generalsekretärin Annegret Kramp-Karrenbauer hat ein Paritätsgesetz ins Gespräch gebracht. Da nehme ich sie beim Wort.“

Tatsächlich hatte Kramp-Karrenbauer kurz nach ihrer Wahl zur CDU-Generalsekretärin den niedrigen Frauenanteil im Bundestag und in der eigenen Bundestagsfraktion beklagt. Ebenso wie die SPD-Politikerin Barley sprach sich Kramp-Karrenbauer für eine Wahlrechtsreform aus.

Als eine Möglichkeit wird sehr häufig das Parité-Gesetz genannt, das bereits seit dem Jahr 2002 in Frankreich gilt. Die dortige Regelung zwingt die französischen Parteien, ihre Wahllisten abwechselnd mit Männern und Frauen zu besetzen. Die französische Regelung diente offenbar als Vorbild für einen Gesetzentwurf, den die Grünen im Frühjahr dieses Jahres im Brandenburger Landtag vorgelegt haben. Der Entwurf sieht vor, dass die Hälfte der 88 Landtagsmandate künftig Frauen vorbehalten ist.

> Peinlich: Das »dritte Geschlecht« völlig vergessen

Aufgrund massiver Zweifel an der Verfassungsgemäßheit einer solchen Regelung hatte die AfD-Fraktion den parlamentarischen Beratungsdienst des Landtags mit einer Prüfung des Gesetzentwurfes beauftragt. Im nun vorliegenden Rechtsgutachten werden dem Entwurf für ein Parité-Gesetz tatsächlich gravierende Mängel bescheinigt.

Aus Sicht des Beratungsdienstes stellt die Einführung eines paritätischen Wahlvorschlagsrechts unter anderem eine an das Geschlecht anknüpfende Ungleichbehandlung dar. Damit verstößt der Gesetzentwurf gegen das Verbot der Ungleichbehandlung wegen des Geschlechts. Die Gutachter sehen durch paritätische Wahlvorschläge aber auch Eingriffe in die Wahlrechtsgrundsätze der Freiheit und der Gleichheit der Wahl. Diese Eingriffe würden weder im Gleichberechtigungsgebot noch im Demokratieprinzip eine Rechtfertigung finden.

Damit nicht genug: Auch der verfassungsrechtliche Status der politischen Parteien wäre laut dem Gutachten gefährdet. Angeführt wird, dass das Parlament keineswegs ein möglichst genaues Spiegelbild der Zusammensetzung der wahlberechtigten Bevölkerung zu sein habe. Das Parlament bestehe vielmehr aus frei gewählten und mit freiem Mandant ausgestatteten Volksvertretern.

Den Parteien wiederum stehe eine Organisations- und Programmfreiheit („Tendenzfreiheit“) zu, in die ohne verfassungsrechtliche Rechtfertigung durch das Parité-Gesetz eingegriffen würde. Obendrein kommen die Gutachter auch noch zu dem Schluss, dass das bislang in Brandenburg geltende Landeswahlrecht mit seinem nichtparitätischen Wahlvorschlagsrecht nicht gegen das Gleichberechtigungsgebot verstoße.

Mit dem Rechtsgutachten können sich die Landtagsabgeordneten der AfD mit ihren Bedenken bestätigt fühlen. Andreas Kalbitz, der AfD-Fraktionschef im Landtag, sagte gegenüber der *PAZ*: „Das war eine deutliche Klatsche für die Grünen, ihre Unprofessionalität und ideologische Verblendung. Das Parité-Gesetz der Grünen ist verfassungswidrig; mit ihren geplanten Zwangseingriffen in Bürgerrechte sind die Ideologen komplett gescheitert.“

Der Hinweis auf die Unprofessionalität der Grünen bei dem vorgelegten Gesetzentwurf ist nicht ohne Pikanterie: Vertreter der etablierten Parteien werfen den Abgeordneten der AfD im Bundestag und in den Landtagen fast standardmäßig vor, ihre parlamentarischen Initiativen wiesen entweder juristische Mängel oder Formfehler auf.

Im Zusammenhang mit dem Rechtsgutachten des parlamentarischen Beratungsdienstes wies Birgit Bessin, die stellvertretende Vorsitzende der AfD-Landtagsfraktion, noch auf einen besonderen Aspekt einer Parité-Regelung hin, der gerade die Grünen interessieren müsste: Bei einer paritätischen Vorgehensweise müsste eigentlich auch das sogenannte „dritte Geschlecht“ mitberücksichtigt werden. Erst im August hatte sich das schwarz-rote Bundeskabinett auf einen Gesetzentwurf geeinigt, der den Eintrag einer dritten Geschlechtsoption im Geburtenregister ermöglicht.

*Norman Hanert*

# Grüne Autofeindin ausgebremst

Von Theo Maass

Wenn es um Verkehrsverhinderung geht, ist auf die Grünen und die ihnen nahestehenden „überparteilichen“ NGOs wie Greenpeace, BUND oder „Umwelthilfe“ Verlass. Seit dem Start von Rot-Rot-Grün bestimmen die Grünen die Berliner Verkehrspolitik. Autofahrer werden diskriminiert. Aber auch den Bau von S- und U-Bahn will die Verkehrssenatorin Regine Günther (parteilos, für Grüne) eigentlich nicht. Der Grund liegt auf der Hand. Diese Bahnen behindern den Autoverkehr nicht – Straßenbahnen hingegen schon.

Als 1974 der südliche Endpunkt der U-Bahnlinie 7 in Betrieb ging, war planerisch und baulich die Fortführung der Strecke zum damals noch in der DDR gelegenen Flughafen Schönefeld berücksichtigt worden. Sogar ein 500 Meter langes Tunnelstück in der geplanten Richtung steht seitdem. Zwar gab es nach der Vereinigung immer wieder Bestrebungen, die Linie bis Schönefeld weiterzubauen.

Aber das war politisch nicht durchsetzbar. Dies ist nun anders. Berlins Regierender Bürgermeister Michael Müller (SPD) will den Weiterbau und besuchte demonstrativ die 1974 erbrachte Bauleistung. Auf dem Pressebild ist neben ihm eine sichtlich missvergnügte Wirtschaftssenatorin Ramona Pop zu sehen. Missvergnügt? Warum nur? Ach ja – die gelernte Politologin gehört auch den Grünen an.

Sofort goss auch Verkehrssenatorin Günther Wasser in den Wein: „Da ist die U-Bahn eine Option, aber wir müssen genau untersuchen, ob es denn die richtige Wahl wäre. Es sind sehr viele Gelder, die hier verbaut werden würden, die dann vielleicht in anderen Bereichen fehlen würden. Und deshalb machen wir uns die Entscheidung nicht leicht.“ Im Klartext: Günther hätte dann weniger Geld für ihre Straßenbahnen, mit denen sie den Autoverkehr behindern kann. Außer den bürgerlichen Parteien haben sich auch die Brandenburgische Verkehrsministerin Kathrin Schneider (SPD) und die Berliner Bausenatorin Katrin Lompscher (Linkspartei) für den Weiterbau der U 7 ausgesprochen.

Günthers „Kompromissvorschlag“, die U 7 nur bis zur Berliner Stadtgrenze weiterzubauen und ab da ihr Lieblingsverkehrsmittel Straßenbahn zum Einsatz zu bringen, brachte die Neuköllner Lokalpolitik regelrecht auf die Palme. Bezirksbürgermeister Martin Hikel (SPD) schimpft: „Stellen Sie sich vor, Sie wohnen in Schönefeld, wollen schnell in die Stadt, und dann fahren sie mit einer Straßenbahn, die an jeder Ecke hält. Die U-Bahn ist für die Massen gebaut, und die Massen fahren nach Schönefeld und wollen zum Flughafen.“

# Schulbauoffensive: Falsch gerechnet

## Kosten für Bauprogramm des Berliner Senats drohen aus dem Ruder zu laufen

Das Land Berlin will bis 2026 für Sanierung und Neubau von Schulen 5,5 Milliarden Euro aufwenden. Die „Schulbauoffensive“ des rot-rot-grünen Senats ist damit schon nach bisheriger Schätzung das größte Investitionsvorhaben der laufenden Legislaturperiode.

Bei einer Anhörung im Berliner Abgeordnetenhaus sind indes Zahlen präsentiert worden, die für erheblich höhere Kosten sprechen: Beim Bau neuer Grundschulen muss mittlerweile mit durchschnittlich 30 Millionen Euro gerechnet werden – kalkuliert wurde vor einem Jahr mit 20 Prozent weniger. Der Pankower Bildungsstadtrat Torsten Kühne (CDU) wies für seinen Bezirk sogar auf Kostensteigerungen von 30 Prozent hin. Bei einzelnen Gewerken sollen die Preise sogar um 100 Prozent gestiegen sein.

Erst im Oktober hatte das Amt für Statistik Berlin-Brandenburg berichtet, dass die Preise für den Neubau von Wohngebäuden in Berlin im vergangenen August im Vergleich zum Vorjahr um 7,1 und in Brandenburg um 6,1 Prozent zugelegt hatten. Für Berlin soll dies der höchste Anstieg seit 1992 gewesen sein. Die Statistiker beobachten seit drei Jahren einen kontinuierlichen Anstieg der Preise im Bauhandwerk.

> Viele Faktoren wurden einfach ausgeblendet

Beim Kostenanstieg für das Berliner Schulbauprogramm spielt allerdings nicht nur die allgemeine Preissteigerung eine Rolle. Wie bei anderen Bauvorhaben der öffentlichen Hand ist offenbar auch beim Schulbau mit zu niedrigen Zahlen kalkuliert worden. Als Basis für sein Berechnungen hat der Senat einen sogenannten Gebäude-Scan herangezogen, der auf Daten der Bezirke beruht. Dabei hat es sich allerdings nur um eine Überschlagsrechnung gehandelt, in der zudem eine ganze Reihe von Kostenfaktoren gar nicht einbezogen wurde.

Die kommunale Wohnungsbaugesellschaft Howoge wies darauf hin, dass „Planungshonorare, Ausstattungskosten, Baunebenkosten sowie Unvorhergesehenes“ nicht berücksichtigt worden seien. Zudem sollen in der Anfangskalkulation auch die Kosten für die Gestaltung von Außenanlagen fehlen. Bereits 2017 hatte die Berliner CDU Kritik an der Kalkulation des Senats vorgebracht. Nach den eigenen Schätzungen ging die CDU von einem Sanierungsbedarf von acht Milliarden Euro aus.

Auch der Bund der Steuerzahler (BdSt) macht in seinem neuen Schwarzbuch erneut die regelmäßig zu beobachtende Explosion der Kosten bei öffentlichen Bauten zum Thema. Gerade Berlin bietet mehrere Beispiele: Starke Abweichungen zwischen den Kalkulationen und tatsächlichen Endkosten gab es etwa bei der Sanierung der Staatsoper Unter den Linden und beim Umbau des ZOB in Charlottenburg.

Beim Großflughafen BER sind die Kosten mittlerweile sogar auf mehr als sieben Milliarden Euro gestiegen. Ursprünglich waren weniger als zwei Milliarden angegeben worden. Flughafenchef Engelbert Lütke Daldrup hat in der Architekturzeitschrift „ARCH+“ darauf aufmerksam gemacht, dass große Bauvorhaben auch durch einen Wust von Normen schwieriger geworden seien. „Vor 20 Jahren hatten wir nur 25 Prozent der Normen, die wir heute haben“, so der studierte Stadtplaner. Lütke Daldrup sprach sich dafür aus, Normen auch wieder wegfallen zu lassen, um in Deutschland billiger und effizienter bauen zu können.

*N.H.*

# 5000 Meldungen

## AfD feiert Schülerportal als Erfolg

Laut Berliner AfD ist das Meldeportal der Partei zu einseitigen und tendenziösen Einflüssen von Lehrern erfolgreich gestartet. Binnen zwei Wochen seien rund 5000 ernstgemeinte Zuschriften eingegangen. In zehn Fällen sei man bereits „mit Schulleitern oder Lehrern in Verbindung getreten“. In anderen Fällen wurden den Beschwerdeführern Hinweise gegeben, wie sie sich im Unterricht gegen Versuche von Indoktrination zur Wehr setzen könnten.

> Kritiker sprechen von »Einschüchterung«

In dem Portal habe man einen Filter eingebaut, der bestimmte Zuschriften von vornherein aussortiert. Wer beispielsweise die Begrifflichkeit „brauner Dreck“ benutze, werde ignoriert. In den „sozialen Netzwerken“ hatten Linke dafür geworben, auf dem Portal Pizzas oder andere Esswaren zu bestellen.

AfD-Fraktionschef Georg Pazderski bekräftigt, man wolle „niemanden denunzieren“. Im Vorfeld hatten die Lehrergewerkschaft GEW, Schulsenatorin Sandra Scheeres (SPD) und einige Lehrer das Portal als „Einschüchterungsversuch“ kritisiert. Scheeres: „Ich hoffe sehr, dass die Berliner Eltern- und Schülerschaft sich nicht an einem solchen Projekt beteiligt. Als Dienstherr wird meine Verwaltung betroffene Lehrkräfte bestmöglich unterstützen.“ In Österreich brachten ähnliche Portale ein erschreckendes Maß an Indoktrination zutage.

Der bildungspolitische Sprecher der AfD-Fraktion im Berliner Abgeordnetenhaus, Franz Kerker, erklärte auf Nachfrage, man werde die Datenschutzbestimmungen einhalten und die Zuschriften nach „Abarbeitung“ löschen.

*Frank Bücker*

MELDUNGEN

## Ermittlungen gegen Labour

**London** – Die britische Polizei hat Ermittlungen gegen die oppositionelle Labour Party wegen Verdachts auf „antisemitische Hassverbrechen" aufgenommen. Untersucht werden Botschaften, die von Labour-Mitgliedern in sozialen Netzwerken verbreitet wurden. Die Ermittlungen stützten sich auf ein Dossier, das über den Radiosender LBC der Polizei zugespielt wurde, teilte Scotland Yard mit. Unter den Botschaften befinden sich solche wie: „Wir sollten die Juden loswerden, die ein Krebsgeschwür für uns alle sind." Die vor zwei Jahren aus der Fraktion ausgeschlossene und weiterhin als fraktionslose Abgeordnete laufende Naz Shah will gar alle Israelis in die USA umsiedeln, um Lebensraum für die Araber zu schaffen. *B.B.*

## »Taliban-Vater« ermordet

**Rawalpindi** – Maulana Samiul Haq, ein hoher pakistanischer Geistlicher, der als „Vater" der afghanischen Taliban gilt, ist ermordet worden. Er sei bei einem Messerangriff umgekommen, teilte sein Sohn Hamidul Haq mit. Der 81-Jährige sei in seinem Haus in Rawalpindi nahe der pakistanischen Hauptstadt Islamabad von zwei Angreifern mit Messern attackiert worden. Er sei mit mehreren Stichwunden ins Krankenhaus gebracht worden, wo er seinen Verletzungen erlegen sei. Das Motiv sei unklar, hieß es seitens der Polizei. Allerdings gibt es in Pakistan seit Jahren eine Terrorkonkurrenz zwischen Taliban- und IS-Anhängern. Haq leitete ein islamisches Seminar und war Lehrer der meisten afghanischen Talibanführer, einschließlich des Gründers der Miliz, Mullah Omar, wie der Sprecher der pakistanischen Taliban, Yousaf Shah, mitteilte. Unter den Führern der Milizen und den Taliban genoss Haq enormen Einfluss und Respekt. *B.B.*

# Klare Diagnose, krude Therapie

## Frankreichs Ex-Innenminister Gérard Collomb will Ausländergewalt gleichmäßig verteilen

**Frankreichs Ex-Innenminister Gérard Collomb ist ein Mann mit zwei Gesichtern. Da ist auf der einen Seite das Gründungsmitglied der Sozialistischen Partei (PS), das in entsprechender Weise der Einwanderung das Wort redet. Und dann ist da der Privatmann, der die Folgen der Masseneinwanderung messerscharf analysiert.**

„Heute leben wir aneinander vorbei, morgen werden wir uns feindlich gegenüberstehen." Mit diesen Worten übergab Frankreichs ehemaliger Innenminister Gérard Collomb am 3. Oktober die Ministeriumsschlüssel an Premierminister Edouard Philippe, der bis zum Amtsantritt von Christophe Castaner am 16. Oktober auch als Innenminister fungierte. „Heute regiert das Recht des Stärkeren in vielen Stadtvierteln. Drogenhändler und radikale Islamisten haben den Platz der Republik eingenommen." Diese alarmierenden Worte des Ex-Innenministers schlugen in Frankreich ein wie eine Bombe. Viele werteten Collombs Rücktritt als Eingeständnis des Scheiterns von Multikulti sowie als Flucht vor der Verantwortung.

Einen Monat später veröffentlichte das rechte Politmagazin „Valeurs Actuelles" ein nicht offizielles Gespräch, das Collomb im Februar mit einem Redakteur der Zeitschrift geführt hatte. Darin erklärte der Minister unter anderem: „Die Menschen wollen nicht zusammenleben ... Die Immigration ist eine der Hauptursachen ... Wir brauchen keine Immigration mehr in Frankreich ... Die unterschiedlichen Communities stehen sich immer feindlicher gegenüber. Es wird sehr brutal ... Uns bleiben fünf, sechs Jahre, um das Schlimmste zu verhindern."

Der Sozialist hatte damit im Privaten das zugegeben, was Marine Le Pen die „Ankündigung des kommenden Bürgerkriegs" nennt. Am 7. November jedoch relativierte der Politiker Collomb im Interview mit dem Radiosender „Europe 1" die Aussagen des Privatmannes Collomb und erklärte stattdessen im Sinne des linken Weltbilds, dass die ausufernde Kriminalität nichts mit der Einwanderung zu tun habe. Auf die Frage, wer „sich feindlich gegenüberstehe", antwortete er: „Die Bewohner, die nicht mehr können, und die Banden. In der Stadt Echirolles berichtete mir zum Beispiel der kommunistische Bürgermeister, dass in manchen Wohnblocks die Mütter in den Eingangshallen wachen, um zu verhindern, dass die Drogenhändler sie übernehmen ... In ein paar Jahren werden bestimmte Viertel für die Sicherheitskräfte verloren sein."

Anstatt auf eine gnadenlose Repression der Gewalt zu setzen, fordert Collomb jedoch, die Gewalt durch jakobinischen Zentralismus auf das gesamte Territorium zu verteilen: „Wir müssen aufhören, die Probleme lokal zu lösen, sondern brauchen einen Gesamtplan. Wir müssen durchsetzen, dass es überall eine soziale Mischung gibt. Das Schlimmste, das es zu verhindern gilt, ist, dass wir daran scheitern."



Bei der Übergabe des Innenministeriums an Premierminister Edouard Philippe (l.): Gerard Collomb (r.) Bild: ddp images

Diese ideologische Borniertheit erklärt auch, weshalb Collomb trotz seines privaten Eingeständnisses der Schädlichkeit von Einwanderung gegenüber „Valeurs Actuelles" ein Gesetz auf den Weg brachte, das die legale Einwanderung von jährlich 200 000 Personen erleichtert beziehungsweise fördert. Zur Familienzusammenführung reicht es nämlich ab jetzt, irgendwann einmal der Lebenspartner eines in Frankreich lebenden Immigranten gewesen zu sein. Da dieses Konzept in Afrika überhaupt nicht nachprüfbar ist, kann somit jeder kommen.

Die Polizei konstatiert derweil in den Banlieues das totale Scheitern nicht nur des Multikulturalismus, sondern auch des 68er-Wohlfahrtsstaates. Ein Polizeikommandant erklärt gegenüber „Valeurs Actuelles": „In den Banlieues, in denen die Vaterfiguren fehlen, sind alle Tabus gefallen. Das Verhältnis zum Leben, zum Tod ist völlig durcheinander geraten. Die Kinder werden nicht mehr erzogen, sondern ernährt." Während in ganz Frankreich 22 Prozent aller Kinder bei Alleinerziehenden aufwachsen, waren es in den Banlieues 2012 zirka 28 Prozent. Die Familien aus dem islamischen und afrikanischen Kulturraum sind besonders instabil aufgrund der untergeordneten Rolle der Frauen beziehungsweise weitverbreiteter Polygamie.

Doch während in den Heimatländern Sippenehre und ökonomische Zwänge für eine Stabilisierung der Verhältnisse sorgen, fallen diese Aspekte in Frankreich weg und werden durch die Segnungen des Wohlfahrtsstaates sogar konterkariert. Die Kinder wachsen nicht nur familiär, sondern auch kulturell entwurzelt auf, besonders wenn ihre Eltern selbst unterschiedlichen Kulturen entstammen. Die Rückbesinnung auf Islam und Bandenzugehörigkeit ist häufig der einfachste Weg, sich eine Identität zu schaffen.

Angesichts der Lage in den Banlieues erscheint es als purer Zynismus, dass die links-liberale französische Regierung nun plant, durch die Legalisierung der künstlichen Befruchtung ohne Vater einen Teil der Probleme der Banlieues zu generalisieren. Collomb hat mit dieser Maßnahme natürlich keine größeren Probleme.

*Eva-Maria Michels*

# Neuwahlen in Schweden?

## Weder Links- noch Rechtsblock hat im Reichstag eine Mehrheit

Nach den Wahlen zum Schwedischen Reichstag vom 9. September ist auch der zweite Versuch gescheitert, ein tragfähiges Regierungsbündnis zusammenzubringen. Erst hatte es Ulf Kristersson von der konservativen Moderata samlingspartiet (Moderaten Sammlungspartei), kurz Moderaterna (M, Die Moderaten) dann die Sveriges socialdemokratiska arbetareparti (SAP, Sozialdemokratische Arbeiterpartei Schwedens) versucht.

Das Problem der Regierungsbildung resultiert daraus, dass seit den letzten Reichstagswahlen weder der Linksblock aus Sozialdemokraten, Vänsterpartiet (V, Linkspartei) und Miljöpartiet de Gröna (MP, Umweltpartei Die Grünen) noch der Bürgerblock aus Moderaten, Centerpartiet (C, Zentrumspartei), Liberalerna (L, Die Liberalen) und Kristdemokraterna (KD, Die Christdemokraten) im Reichstag (Riksdag) über eine Mehrheit verfügt.

Bisher lehnen offiziell alle Parteien eine Zusammenarbeit mit der rechtskonservativen Partei „Sverigedemokraterna" (SD, Die Schwedendemokraten) ab. Allerdings gab es bei der Wahl des Parlamentspräsidenten Andreas Norlén von der Moderaten Sammlungspartei eine Zusammenarbeit der bürgerlichen Parteien mit den Schwedendemokraten, und anschließend sprachen die Abgeordneten dieser Parteien dem Ministerpräsidenten Stefan Löfven von den Sozialdemokraten das Misstrauen aus. Der amtiert seither nur noch geschäftsführend im Amt.

Blickt man hinter die offiziellen Verlautbarungen, ergibt sich folgendes Bild: Annie Lööf, von 2011 bis 2014 Wirtschaftsministerin und seit 2011 Vorsitzende der (grün dominierten) Zentrumspartei, spekulierte darauf, dass sie im Fall eines Überlaufens zum Linksblock als Kompromisskandidatin selbst Regierungschefin werden könnte. Darauf ließen sich die Sozialdemokraten allerdings nicht ein, die an Löfven als Regierungschef festhalten wollten.

### Rechtsblock uneins über Duldung durch Schwedendemokraten

Kristersson von den Moderaten hatte versucht, zusammen mit Christdemokraten, Liberalen und Zentrumspartei eine Minderheitsregierung nach dänischem Vorbild zu bilden. Dort stützt seit einigen Jahren die als rechtspopulistisch verschriene Dansk Folkeparti (DF, Dänische Volkspartei) eine bürgerliche Regierung. Während die Christdemokraten solchen Überlegungen nicht abgeneigt waren, gefiel das den Liberalen und dem Zentrum nicht. Sie forderten blockübergreifende Verhandlungen mit den Sozialdemokraten und Grünen. Das wollen aber die Sozialdemokraten nicht. Diese lehnten es ab, eine bürgerlich geführte Regierung zu unterstützen.

Für eine bürgerliche Minderheitsregierung mit Duldung der Schwedendemokraten würden zwingend die 31 Mandate der Zentrumspartei benötigt. Entweder deren Vorsitzende Annie Lööf ändert noch ihre Meinung, oder es kommt zu Neuwahlen.

Umfragen sehen bei einem solchen neuen Wahlgang die Schwedendemokraten mit zusätzlichen zwei Prozentpunkten zu den 17,53 Prozent der letzten Wahl als Gewinner. Die Grünen könnten danach unter die Vier-Prozent-Hürde und damit aus dem Parlament fallen. Auch die Liberalen mit 5,49 Prozent der Stimmen bei den letzten Wahlen könnten bei Neuwahlen Schwierigkeiten bekommen. Ihr letzter Umfragewert liegt bei fünf Prozent.

Bei einer solchen Konstellation könnte Kristersson möglicherweise auch ohne die Zentrumspartei im Parlament zu einer Mehrheit gelangen. *Frank Bücker*

# »Über die Hintertür«

## Warum Wien die Unterzeichnung des UN-Migrationspaktes ablehnt

Aus Sorge um die Souveränität des eigenen Landes hat die österreichische im Gegensatz zur deutschen Bundesregierung ihren Ausstieg aus dem UN-Migrationspakt beschlossen. „Ich habe ein Gespräch mit dem Bundespräsidenten zum Migrationspakt geführt. Dabei habe ich betont, dass wir uns klar zum Multilateralismus bekennen, aber der Inhalt stimmen muss", hielt Bundeskanzler Sebastian Kurz von der Österreichischen Volkspartei (ÖVP) fest.

Multilateralismus sei auch im Regierungsabkommen als ein wichtiges Ziel festgeschrieben. „Österreich ist Vorreiter beim internationalen Atomwaffenverbotsvertrag, zu dem sich bereits über 100 Staaten bekennen, und ist beim Kampf gegen den Klimawandel an vorderster Front engagiert", betonte der Kanzler. Im Fall des UN-Pakts hätten jedoch die inhaltlichen Bedenken überwogen. „Ich kann nicht sieben Jahre lang die Trennung zwischen der Suche nach Schutz und der Suche nach einem besseren Leben fordern und dann einem Pakt zustimmen, wo es genau diese Trennung nicht gibt", sagte Kurz. Zudem gebe es „die Gefahr, dass die Ziele des Paktes in künftige Gerichtsurteile einfließen und somit unsere souveräne Migrationspolitik eingeschränkt wird".

In dieselbe Kerbe schlug Vizekanzler Heinz-Christian Strache von der Freiheitlichen Partei Österreichs (FPÖ). Er befürchtet beim Migrationspakt, „dass daraus ein Gewohnheitsrecht entstehen kann, und über die Hintertür für all jene, die das mittragen, am Ende auch eine Umsetzungsverpflichtung entstehen könnte. Die wenden wir ab, weil es uns auch um die österreichische Souveränität geht, und der sind wir verpflichtet."

### Bundespräsident und EU-Parlamentarier sind für den Pakt

Auch der oberösterreichische Landeshauptmann Thomas Stelzer von der ÖVP verteidigt eine Ablehnung des Migrationspaktes. „Was wir auch in dieser Diskussion wieder einmal erleben, ist die Verwässerung von Asyl und Migration. Asyl ist ein Menschenrecht, aber Migration ist etwas anderes", begründet Stelzer seine Haltung.

In einem Beitrag auf Facebook warnte indes der ehemalige Bundessprecher der Grünen und jetzige Bundespräsident Alexander Van der Bellen vor einem möglichen Verlust Österreichs an Ansehen in der Staatengemeinschaft. Um die großen Gegenwartsprobleme wie eben jenes der Immigration anzugehen, brauche es „die multilaterale Zusammenarbeit". Gleichzeitig betonte Van der Bellen, dass der Migrationspakt völkerrechtlich nicht bindend sei.

Klar hinter Van der Bellen stellte sich in dieser Debatte der ÖVP-Delegationsleiter im EU-Parlament, Othmar Karas. „Danke Herr Bundespräsident. Das Bemühen um Zusammenarbeit ist der richtige Weg! UNO und Europäische Union sind unsere Antwort auf Nationalismus und Protektionismus", jubelte Karas auf Twitter.

In dieselbe Kerbe schlug die Abgeordnete des Europäischen Parlaments Angelika Mlinar von den liberalen Partei „NEOS – Das Neue Österreich und Liberales Forum". Sie warf der Regierung „Populismus" und ein „beschämendes Verhalten" vor. Mlinar verwies darauf, dass die meisten Punkte im UN-Pakt auch in den über Monate verhandelten Gesetzesvorschlägen des EU-Parlaments zum Asylpaket stünden. *Michael Link*

# Hellas-Krise kehrt zurück

## Der Kursabsturz des größten griechischen Geldhauses, der Piräus Bank, ist symptomatisch

**Als Griechenland im August den Euro-Rettungsschirm verließ, gaben die anderen Euro-Länder und der Internationale Währungsfonds (IWF) dem Land ein Finanzpolster von 24 Milliarden Euro mit auf den Weg. Diese Reserve könnte schneller wegschmelzen als bislang angenommen.**

Wie fragil die wirtschaftliche Lage Griechenlands noch immer ist, zeigte sich vergangenen Monat, als an der Athener Börse die Aktienkurse der vier für Griechenland als systemrelevant geltenden Banken Piräus Bank, Eurobank, Alpha Bank und National Bank plötzlich abstürzten. Griechenlands größtes Geldhaus, die Piräus Bank, war am stärksten betroffen. Die Aktien des Geldhauses büßten über ein Fünftel ihres Wertes ein.

Nach dem Kurzsturz sagte der stellvertretende Ministerpräsident Giannis Dragasakis gegenüber dem Sender ERT: „Spekulanten sind zurzeit am Werk." Finanzminister Euclid Tsakalotos verwies wiederum auf die Unruhe im Zusammenhang mit Italien.

In Wirklichkeit handelt es sich aber primär um ein hausgemachtes Problem Griechenlands. Zur Mitte des Jahres hatten die griechischen Banken notleidende Kredite im Volumen von 88,6 Milliarden Euro in ihren Bilanzen. Zum Vergleich: Das Bruttoinlandsprodukt Griechenlands belief sich im Jahr 2017 auf rund 200 Milliarden US-Dollar. Die „faulen Kredite" machen 47,6 Prozent des gesamten Kreditvolumens der Banken aus. Griechenlands Bankensystem muss damit faktisch als insolvent angesehen werden. Damit fallen die Banken allerdings auch als Kreditgeber für die griechische Wirtschaft aus.

Hintergrund des Problems mit notleidenden Bankkrediten ist ein massiver Absturz der griechischen Wirtschaft seit dem Ausbruch der Schuldenkrise im Jahr 2010. Im Vergleich zu der Zeit vor der Krise ist die Wirtschaftsleistung des Landes um ein Viertel geschrumpft. Erst seit 2017 meldet Athen wieder ein zaghaftes Wirtschaftswachstum.

Ministerpräsident Alexis Tsipras rief nach der Talfahrt der Bankaktien eine Dringlichkeitssitzung des Kabinetts zusammen. Nach Angaben des Büros des griechischen Premiers wurde ein „Interventionsplan" beschlossen, allerdings wurden keine weiteren Details genannt.

Griechische Medien berichteten über die Einrichtung einer Zweckgesellschaft, einer sogenannten „Bad Bank". In diese könnten griechische Geschäftsbanken Problemkredite auslagern, um ihre Bilanzen zu entlasten. Denkbar wäre, dass diese „Bad Bank" dann an sehr spekulative Investoren Ramschanleihen verkauft. Andere Quellen meldeten, der Euro-Rettungsfonds (ESM) und der griechische Bankenverband würden gemeinsam an einem Hilfsplan für die Banken arbeiten. Der ESM als Griechenlands größter Gläubiger dementierte allerdings entsprechende Berichte.

Griechenlands Regierung steckt mit der erneuten Zuspitzung der Bankkrise in einem Dilemma. Sie wird sich wohl schon bald zwischen einer Bankenrettung und der ursprünglich angestrebten Rückkehr an den Kapitalmarkt entscheiden müssen. Ein Hilfsplan für die Banken wird nämlich kaum ohne Geld vom griechischen Staat oder zumindest staatliche Garantien funktionieren. Zudem müssten die EU-Wettbewerbshüter prüfen, ob es sich um unzulässige Staatshilfen handelt.

Die großen Banken des Landes sind im Laufe der letzten Jahre bereits mehrmals rekapitalisiert worden.

Griechenland selbst hat zum Abschluss des Hilfsprogramms nochmals 15 Milliarden Euro überwiesen bekommen. Insgesamt werden die Finanzreserven Athens damit auf 24 Milliarden Euro beziffert. Vorgesehen hatten die internationalen Geldgeber ursprünglich, dass sich Griechenland notfalls knapp zwei Jahre lang selbst finanzieren kann. Da Griechenland bis Ende 2019 Schulden von rund 15 Milliarden Euro tilgen muss, ist der finanzielle Spielraum Athens nur gering. Zudem schwinden die Chancen Griechenlands, sich am Kapitalmarkt zusätzliches frisches Geld zu beschaffen. Noch im August hatte die Regierung Hoffnungen auf die Emission einer neuen zehnjährigen Staatsanleihe geweckt. Finanzminister Tsakalotos hatte vor Investoren in Boston und New York sogar für die neuen Griechenbonds die Werbetrommel gerührt. Nun lässt die neue Staatsanleihe aber auf sich warten und wird zunehmend unrealistisch. Kurzzeitig sind die Renditen griechischer Staatsanleihen inzwischen schon wieder über die Fünf-Prozent-Marke gestiegen.

Das Aufflammen der Bankenkrise weckt zudem neue Zweifel an der Aussagekraft des Bankenstresstests der europäischen Aufsichtsbehörde. Griechenlands Großbanken hatten erst im Mai 2018 einen sogenannten Stress ohne große Blessuren bestanden.

Der FDP-Politiker Frank Schäffler kritisierte im Zusammenhang mit dem jüngstem EU-Bankenstresstest, dass wesentliche Probleme ausgeblendet würden. Ganz konkret nannte der Finanzpolitiker gegenüber dem Deutschlandfunk die Niedrigzinspolitik der EZB. Diese lasse die Banken in immer stärkere Schwierigkeiten geraten „und die Probleme in den südeuropäischen Ländern werden nicht gelöst", so Schäffler.

*Norman Hanert*

**Naheliegenderweise auch in Griechenlands Haupstadt präsent: Die griechische Piräus Bank** Bild: pa

## MELDUNGEN

### Zusammenarbeit wird erweitert

**Kairo/Moskau** – Ägypten und Russland haben ihre ohnehin engen Beziehungen auf eine neue Ebene gestellt und einen „Vertrag über umfassende Partnerschaft und strategische Kooperation" abgeschlossen. Zu einer vertieften Zusammenarbeit soll es diesem zufolge vor allem in den Bereichen Energie, Industrie, Militärtechnologie und Tourismus kommen. Russland will sich an der neuen Industrie- und Verkehrszone am Suezkanal beteiligen und unterstützt zugleich den ägyptischen Wunsch nach Freihandel mit der Eurasischen Wirtschaftsgemeinschaft. *T.W.W.*

### Pflegebeitrag steigt weiter

**Berlin** – Die Bundesregierung will den Beitragssatz in der gesetzlichen Pflegeversicherung von derzeit 2,55 Prozent (Kinderlose 2,80 Prozent) des Bruttoeinkommens auf 3,05 Prozent (Kinderlose 3,30 Prozent) anheben. Nach Angaben des Bundesgesundheitsministeriums wird das zu Mehreinnahmen in Höhe von 7,6 Milliarden Euro pro Jahr führen. Bis zum Jahr 2022 sollen die Beiträge dann stabil bleiben. Die Beitragssätze waren bereits in der vergangenen Legislaturperiode um 0,5 Prozentpunkte angehoben worden. *J.H.*

**Die Schulden-Uhr:**

Gesamtverschuldung:
1.933.117.129.280 €

Vorwoche: 1.933.163.457.861 €

Verschuldung pro Kopf:
23.350 €

Vorwoche: 23.350 €

*(Dienstag, 13. November 2018, Zahlen: www.steuerzahler.de)*

# Wo die Steuern bleiben

## Bund der Steuerzahler hat sein aktuelles Schwarzbuch vorgelegt

In „Das Schwarzbuch. Die öffentliche Verschwendung 2018/2019" listet der Bund der Steuerzahler zum 46. Mal die krassesten Fälle von Verschwendung auf. Die in Berlin vorgestellte neueste Ausgabe des jährlich erscheinenden Schwarzbuches offenbart abermals Anekdoten, über die man lachen könnte, wären sie nicht so traurig. Mehr als 100 Beispiele sind in dem Band aufgelistet, in denen Bund, Länder und Kommunen sorglos mit dem Geld der Bürger umgegangen sind. Selbstüberschätzung, Planungsfehler und Profilierungssucht führten zu einem fragwürdigen, um nicht zu sagen dreisten Umgang mit dem Geld der Bürger, kritisiert der Bund der Steuerzahler in einer Presseerklärung.

Als größten Verschwendungsfall in der Geschichte Norddeutschlands hat der Bund der Steuerzahler die HSH-Nordbank angeprangert. Immerhin hätten Hamburg und Schleswig-Holstein durch den Verkauf des Kreditinstituts an US-Finanzinvestoren für eine Milliarde Euro eine noch viel teurere Abwicklung verhindern können, heißt es im „Schwarzbuch".

Als „Hygienedesaster" bezeichnet der Steuerzahlerbund den Fall eines Toilettenhäuschens im hessischen Marburg. 2013 habe sich die Stadt an der Lahn eine öffentliche Toilette für 185 000 Euro geleistet. Durch einen Fehler aber sei das Abwasser jahrelang in den Fluss geleitet worden und nicht wie angenommen in die Kanalisation. Um den Fehler zu beheben, habe die Stadt noch einmal 25 000 Euro drauflegen müssen. „Wenn Steuergeld ausgegeben wird, kann man eine voll funktionstüchtige Gegenleistung erwarten", schreibt der Verein.

> Über 100 Beispiele für öffentliche Verschwendung

Ob sich die Vierbeiner in Niedersachsen für diese Gegenleistung bedankt haben, steht nicht in dem Buch. Skurril ist der Fall allemal. In der Region Hannover gibt es einen Krankenwagen für Wölfe, jedoch keine Patienten, so der Bund der Steuerzahler – und kritisiert die Anschaffung eines 11 000 Euro teuren Spezialanhängers aus Aluminium. In dem mit Scheinwerfern, Signalleuchte und Heizdecke ausgestatteten Anhänger sollen angefahrene, verletzte Wölfe vom Unfallort in Sicherheit gebracht werden, um über das weitere Vorgehen in Ruhe zu entscheiden. Derzeit wartet der bundesweit einmalige Wagen laut dem Steuerzahlerbund aber noch auf seinen ersten Einsatz. Dabei kann er auch von den Nachbarkreisen Celle, Nienburg und Heidekreis angefordert werden, in denen bereits Wolfsrudel leben.

Richtig teuer wurde es auch in Erfurt. Dort bekam der Fußballverein FC Rot-Weiß Erfurt vor acht Jahren eine Rasenheizung für sein Stadion. Gesamtkosten: 887 313 Euro. Zur Refinanzierung sollte der Fußballverein ein pauschales Nutzungsentgelt von 3000 Euro pro Heimspiel zahlen. Damit hätte nach 16 Jahren die Vorfinanzierung erstattet gewesen sein sollen. Doch daraus wurde leider nichts. Denn der chronisch klamme Verein zahlte kein einziges Mal das Nutzungsentgelt, wie man dem Schwarzbuch entnehmen kann. Warum auch? Einen Vertrag über die Zahlung gab es nie. Um nicht in Erklärungsnöte zu kommen, sagte der Verein bei Frostgraden die Spiele lieber ab – und ließ die Rasenheizung kalt. Sie war bis heute nicht einmal in Betrieb.

*Peter Entinger*

# Trend zu »Fast Fashion«

## Angesagt ist günstige Kleidung, die nur kurz getragen wird

Der irische Textildiscounter Primark wirbt mit niedrigsten Preisen für Trend-Klamotten und verführt zum hemmungslosen Einkaufen. Damit sorgen er und seine Mitbewerber aber auch für Müllberge, die kaum noch zu beherrschen sind.

Rund 5,2 Milliarden Textilien haben die Deutschen nach einer Schätzung der Umweltorganisation Greenpeace in ihren Schränken, von denen 40 Prozent sehr selten oder nie getragen werden. Der Handelsexperte Thomas Harms von der Unternehmensberatung Ernst and Young glaubt sogar, dass ein großer Teil der Kleidungsstücke, die gekauft werden, gar nicht mehr getragen wird. „Die Textilindustrie ist an einem Wendepunkt angekommen", erklärt Greenpeace-Expertin Viola Wohlgemuth gegenüber dem Nachrichtenmagazin „Stern".

Der ungebrochene Trend gehe zu „Fast Fashion" gilt als auslösender Faktor der Klamottenlawine. Greenpeace erklärt, dass die Hälfte aller Kleidungsstücke höchstens ein Jahr getragen wird. Danach werden sie entsorgt, entweder im Hausmüll oder in den Altkleider-Containern. „In diesem Jahr beobachten wir ein historisches Hoch bei den Sammelmengen", sagte Thomas Ahlmann, Sprecher des Dachverbands Fairwertung, einem Zusammenschluss gemeinnütziger Alttextilsammler gegenüber der Tageszeitung „Die Welt". Erstmals dürften mehr als eine Million Tonnen abgelegter Textilien in den Containern landen. Folge sei eine akut drohende Überlastung der gesamten Verwertungskette.



Bild: imago

**Überfüllter Müllcontainer**

Primark ist nicht der erste und einzige Billig-Anbieter auf deutschem Boden. Kik, Takko, die alten Größen H&M und C&A sowie die Discounter Aldi und Lidl verkaufen seit Jahren günstige Kleidung. Doch Primark habe es ins Extreme getrieben. Noch modischer und noch billiger zu sein als die Konkurrenz sei der Anspruch, sagt Greenpace und schätzt, dass jeder Primark-Kunde bei einem Einkauf etwa fünf Kleidungsstücke mitnimmt.

Die Folge: „Viele Sortierbetriebe, die den Sammlern überschüssige Mengen abkaufen, müssen inzwischen zusätzliche Lagerflächen anmieten, um die Kleiderballen unterzubringen. Das hohe Mengenangebot drückt zudem die Preise für alle Beteiligten, vom Containeraufsteller bis zum Wiederverwerter, und erschwert wirtschaftliches Arbeiten. Dass die Lager so voll sind, ist außergewöhnlich. Das stellt durchaus eine wirtschaftliche Herausforderung für die ganze textile Kette dar", sagt Ahlmann.

Der Dachverband Fairwertung sowie Greenpeace setzen nun Hoffnungen in einen neuen Trend. Das Tragen von Kleidung aus zweiter Hand kommt immer mehr in Mode. „Secondhand ist angesagt", stellt Greenpeace-Expertin Brodde beruhigt fest. Und auch Thomas Ahlmann hat bereits festgestellt, dass offenbar ein Umdenken stattfinde. „Ganz neue Personenkreise entdecken das Thema, beispielsweise junge, modebewusste Frauen, die ökologisch richtig handeln und sich den Spaß an der Mode dabei nicht verderben lassen wollen."

*P.E.*

# Verbandslogik

Von Erik Lommatzsch

Der „Deutsche Journalisten-Verband“ hat eine „Dresdner Erklärung“ verabschiedet. Man sei gegen Extremismus. Zudem sei es unvereinbar, Verbandsmitglied und zugleich Mitglied einer Partei zu sein, welche die Pressefreiheit einschränken wolle. Dem vermag man problemlos zu folgen. Ebenso ist der Aussage des Verbandssprechers Hendrik Zörner zuzustimmen, dass Extremismus beginne, wenn in der Verfassung garantierte Grundrechte nicht mehr gewährleistet seien. Zörner weiter: Die Erklärung richte sich „nicht nur gegen die AfD – aber auch“.

Hier scheint der Verbandssprecher etwas verwechselt zu haben. Die Gültigkeit der Verfassung betrifft seit geraumer Zeit in Deutschland nicht mehr jeden. Das situationsabhängige Außerkraftsetzen von Gesetzen, welche auf der Verfassung fußen, durch die derzeitigen Regierungsparteien ist ein Grund für die Existenz der AfD. Empfohlen sei Zörner auch ein Blick auf eine weitere Resolution seines Verbandes: Die „Zusammensetzung der Gesellschaft“ solle sich „auch in den Redaktionen widerspiegeln“. Folglich müsste – bundesweit durchschnittlich – so ziemlich genau jeder achte Redakteur zumindest AfD-Sympathisant sein. Aber das meint die Resolution wahrscheinlich nicht.

# Kiewer Farce

Von Thomas W. Wyrwoll

Sollte die Ukraine schlussendlich doch eingesehen haben, dass ihre bisherige Politik einer weitgehenden Wirtschaftsblockade gegenüber der Krim alles andere als sinnvoll ist? Überraschend gab der stellvertretende Kiewer Infrastrukturminister jetzt bekannt, dass man zwei Grenz-, pardon: „Kontrollpunkte“ nördlich der Krim errichten wolle, um den Personen- und Warenverkehr mit der Halbinsel zu erleichtern. Außerdem werde man in Kalantschak, 20 Kilometer nördlich der Krim, ein Verwaltungszentrum errichten, das öffentliche Dienstleistungen der Ukraine für die Krimaner bereitstellen soll.

Würde man in Kiew nach einem Vierteljahrhundert weitgehender Vernachlässigung tatsächlich sein Herz für die Menschen der Krim entdecken, wäre es freilich mindestens ebenso erforderlich, die Strom- und vor allem die Wasserversorgung des austrocknenden Eilandes wiederherzustellen. Gerade letztere führt ja auch nach den zynischerweise als Erfolgsmeldungen verkauften Erkenntnissen der ukrainischen Regierung zu schwerwiegenden Schäden für die Umwelt, wobei inzwischen sogar die fragile Süßwasserlinse unter der Halbinsel in Mitleidenschaft gezogen wird. Wer wie die Regierenden in Kiew mit einem solchen Öko-Krieg gegen eine vorgeblich eigene Bevölkerung vorgeht, macht jeglichen Anspruch auf Land und Leute von vornherein zur Farce.

# Laschet auf Merkelkurs

Von Hermann Paul Winter

Der nordrhein-westfälische Ministerpräsident und stellvertretende CDU-Vorsitzende Armin Laschet schlägt seit Jahren konservative politische Positionen in Acht und Bann. Das Konservative sei nicht der Markenkern der CDU. Er scheint die Zeit, bevor Angela Merkel die Partei nach links rückte, vergessen zu haben. Wie kann ein hochrangiger Funktionär das Bild der Denktradition seiner Partei derart verzerren?

Friedrich Merz, einer der Bewerber für den CDU-Parteivorsitz, ist Laschet ein Dorn im Auge. Merz steht für einen konservativeren Kurs der CDU, und es liegt im Bereich des Möglichen, dass er über den CDU-Vorsitz ins Kanzleramt gelangt. Das freilich wäre für Laschet bitter, hatte er sich doch der Kanzlerin über Jahre nahezu bedingungslos angedient, um sie eines Tages zu beerben. Und so warnt er vor einem „Rechtsruck“ der Partei und vor dem „Fehler“, die Immigration als das größte aller Probleme darzustellen.

> Dass er nach dem Kanzleramt greift, ist durchaus denkbar

Er bezeichnet sich selbst als Repräsentanten der politischen „Mitte“, steht aber realiter an vorderster Front der Linken in der CDU. Indem er „die Migration“ allen Empfindungen der Wähler zum Trotz partout nicht als „größtes Problem“ sehen möchte, scheint er wohl seine schwerwiegenden, von linken Phantasien geprägten Fehler im Umgang mit muslimischen Einwanderern und deren Integration relativieren zu wollen.

Stets dem abstrusen „Kampf gegen Rechts“ huldigend, hatte Laschet jahrelang keinerlei Berührungsängste gegenüber islamischen fundamentalistischen, ja extremistischen Organisationen. Er hofierte die radikalislamische Milli Görüs und die DITIB, die aus Sicht des Bundesverfassungsschutzes immerhin von der türkischen Staatsführung als Instrument genutzt wird, um ihre Ziele auf deutschem Boden durchzusetzen. Er nahm die Ausbreitung der rechtsextremen „Grauen Wölfe“ in der NRW-CDU hin. Und er schmeichelte Aiman Mazyek, dem Vorsitzenden des „Zentralrats der Muslime“, auf fast peinliche Weise. Dieser Zentralrat vertritt türkische Rechtsextremisten und die „Islamische Gemeinschaft in Deutschland e.V.“, die der extremistischen, in Ägypten verbotenen Muslimbrüderschaft zugeordnet wird. Dem massiven rechtsextremen türkischen Nationalismus, dem Rassismus und Antisemitismus von muslimischen Einwanderern ist Laschet nie ernsthaft entgegengetreten. Stattdessen hat er die umstrittene Kölner Großmoschee nach Kräften gefördert, die ebenfalls in das Visier der Verfassungsschützer geraten ist.

Dass Laschet auf das Kandidaten-Karussell der CDU aufspringt, wenn es um die Kanzlerschaft geht, ist durchaus denkbar. Soviel steht fest: Mit ihm würde der verheerende Kurs der Flüchtlingskanzlerin fortgesetzt werden – und der CDU das Schicksal der untergehenden SPD blühen.



**Über Jahre hat er sich ihr nahezu bedingungslos angedient, um sie eines Tages zu beerben: Armin Laschet und Angela Merkel**

Bild: Imago

*Frei gedacht*



# Gender Mainstreaming sollte uns eine Lehre sein

Von Eva Herman

Einige wenige Mitgliedsländer der UN hatten schon länger angekündigt, den Globalen UN-Migrationspakt, der am 10. und 11. Dezember in Marrakesch von den 193 Mitgliedsländern unterschrieben werden soll, nicht zu unterzeichnen. Denn sie sorgen sich um den Verlust ihrer eigenen Entscheidungsfreiheit und fürchten, mit diesem Programm einer unbegrenzten, illegalen Einwanderung von Immigranten aus Afrika und den arabischen Ländern Tore und Türen zu öffnen. Australien, die USA und Ungarn wollen den Pakt nicht unterschreiben, das haben sie klargestellt. Auch Dänemark, Polen, Tschechien, Kroatien und Slowenien erwägen die Ablehnung des Papiers.

Und Deutschland? Nach der Bundestagsdebatte zum Thema am 8. November wurden einige kritische Stimmen zwar jetzt auch in der CDU laut. Doch Kanzlerin Angela Merkel wie auch die sogenannten Spitzenpolitiker aller anderen deutschen etablierten Altparteien sind weit entfernt von einer Absage. Welch ein Wunder. Wer geltendes Recht aushebelt, indem er 2015 die Grenzen weit öffnete und bis zum jetzigen Augenblick nicht mehr geschlossen hat, trotz heftigsten Widerstandes im Volk, trotz einer katastrophalen Verschlechterung des sozialen Friedens, der wird sich auch nicht gegen den Globalen UN-Migrationspakt wenden. Die Herrschaften finden – im Gegenteil – abenteuerliche Begründungen, um die Bürger zu beruhigen und ihnen den Pakt schönzureden. Hauptargument: Ein UN-Pakt sei rechtlich ja gar nicht bindend. Ach, was! Ist ja interessant: rechtlich also nicht bindend?

Wir wollen ein vergleichbares Beispiel beleuchten, welche Auswirkungen solche von den Mitgliedsländern der Vereinten Nationen in der Vergangenheit unterschriebenen Verträge in Wahrheit haben. Das Beispiel heißt Gender Mainstreaming. Im Jahre 1995 unterzeichneten die Vertreter der 193 Mitgliedsländer bei der UN-Weltfrauenkonferenz in Peking einen Vertrag, in dem sie sich dafür aussprachen, Gender Mainstreaming in ihren Ländern umsetzen zu wollen. Ähnlich wie jetzt diesen Migrationspakt. Grundlage und Forderung der Vereinten Nationen damals: die Gleichstellung der Geschlechter von Mann und Frau. Was als Gleichstellung hier bezeichnet wird, diente jedoch – wie man heute weiß – von Beginn an einer weltweiten einseitigen Frauenförderung und einer massiven Männerbenachteiligung.

**Die Kolumne**: Zwei Publizisten reden Klartext. Immer abwechselnd, immer ohne Scheuklappen und immer exklusiv in der *PAZ*. Dem Zeitgeist „Gegenwind“ gibt der konservative Streiter Florian Stumfall. „Frei gedacht“ hat Deutschlands berühmteste Querdenkerin Eva Herman.

Doch Gender Mainstreaming ist noch mehr: Nach dieser Ideologie soll jeder Mensch bei seiner Geburt geschlechtsneutral sein, es gibt, wie bisher angenommen, *das* Mädchen oder *den* Jungen in Wirklichkeit gar nicht, heißt es. Typische Männlichkeit und typische Weiblichkeit werden nach Gender Mainstreaming nur durch die Erziehung und das soziale Umfeld „künstlich“ entwickelt, hauptsächlich von den Eltern, Kindergarten, Schule und so weiter. Wer heute etwas als typisch männlich oder weiblich beschreiben will, ist sexistisch.

Kurzes Beispiel: Die EU hatte aufgrund der Gender-Vorgaben die Werbegesetze geändert. In einem Werbespot darf heute keine Frau mehr an der Waschmaschine oder am Herd gezeigt werden. Das ist – politisch und rechtlich – jetzt Sexismus und Diskriminierung! Und wer steht stattdessen da? Genau: das Kinder erziehende, abwaschende und staubsaugende männliche Haustier. Zu welchem man seit 1995 den Mann umerzogen hat. Was über tausende Jahre geschlechtsspezifisch aufgeteilt war in typisch männliches und weibliches Verhalten, ist passé. Biologie und Soziologie: Adios! Gender Mainstreaming wurde dann recht schnell durch den Amsterdamer Vertrag, der am 1. Mai 1999 in Kraft trat, rechtlich verankert, also ganze vier Jahre später. Die rechtlichen und politischen Voraussetzungen und Vorgaben des Amsterdamer Vertrages lauteten nach der aktuellen Webseite des Bundesfamilienministeriums unter anderem folgendermaßen:

„Auf EU-Ebene wurde der Gender-Mainstreaming-Ansatz zum ersten Mal im Amsterdamer Vertrag, der am 1. Mai 1999 in Kraft trat, rechtlich verbindlich festgeschrieben. Art. 2 und Art. 3 Absatz 2 dieses EG-Vertrags verpflichten die Mitgliedstaaten zu einer aktiven Gleichstellungspolitik im Sinne des Gender Mainstreaming.“

Artikel 2 des Amsterdamer Vertrages: „Aufgabe der Gemeinschaft ist es, durch die Errichtung eines Gemeinsamen Marktes und einer Wirtschafts- und Währungsunion sowie durch die Durchführung der in den Artikeln 3 und 4 genannten gemeinsamen Politiken und Maßnahmen in der ganzen Gemeinschaft ... die Gleichstellung von Männern und Frauen ... zu fördern.“

Das Grundgesetz wurde angepasst, die Bundesgesetze ebenso. In der Gemeinsamen Geschäftsordnung der Bundesministerien hieß es:

„Die Novellierung der Gemeinsamen Geschäftsordnung der Bundesministerien durch Kabinettbeschluss vom 26. Juli 2000 ist ein weiterer Schritt zur Verankerung von Gender Mainstreaming. Der neue Paragraf 2 Gemeinsame Geschäftsordnung der Bundesministerien stellt alle Ressorts der Bundesregierung vor die Aufgabe, den Gender-Mainstreaming-Ansatz bei allen politischen, normgebenden und verwaltenden Maßnahmen der Bundesregierung zu berücksichtigen.“

Diese europarechtlichen und nationalen Regelungen bedeuten, dass Gleichstellungspolitik und Gender Mainstreaming rechtlich – und nicht nur politisch! – geboten sind. Das heißt, sie verlieren auch bei einem Wechsel an der Spitze von Verwaltung und Politik nicht ihre Gültigkeit.

**Die Autorin**: Eva Hermans Buch »Das Eva-Prinzip« erreichte 2006 hunderttausende Leser. Weitere Bestseller über Medien, Familie, Mutterschaft und Spiritualität folgten. Die ehemalige ARD-Moderatorin, die 1958 in Emden geboren wurde, lebt in Hamburg.

Unter „Politische Vorgaben“ heißt es: „Mit dem Kabinettbeschluss der Bundesregierung vom 23. Juni 1999 wurde eine wichtige politische Voraussetzung für die Einführung von Gender Mainstreaming geschaffen. In dem Beschluss erkennt das Bundeskabinett die Gleichstellung von Frauen und Männern als durchgängiges Leitprinzip der Bundesregierung an und bestimmt, diese Aufgabe mittels der Strategie des Gender Mainstreaming zu fördern.“

Heute ist Gender überall: In immer mehr Kitas werden Kinder schon zur Geschlechtsneutralität umerzogen, in den Schulen und Universitäten gibt es flächendeckend Genderfächer, hochbezahlte Gender-Professorenstühle und so weiter. Die jungen Menschen von heute sind, was das biologische Bild von Mann und Frau angeht, längst verunsichert. Wie wird es erst mit ihren Kindern werden? Das heißt, dieses aberwitzige Umerziehungsprogramm einer ganzen Menschheit hat genau eine Generation gedauert, die Welt wurde auf den Kopf gestellt. Durch die Unterzeichnung der UN-Mitgliedsländer des Vertrages bei der UN-Frauenkonferenz in Peking 1995.

Soviel also zu der Aussage unserer Elite-Politiker und Qualitätsjournalisten, mit der Unterzeichnung eines UN-Vertrags gehe man keine rechtliche Bindung ein.

Wir sollten uns jetzt nochmals ein relevantes Zitat aus dem Globalen UN-Migrationspakt anschauen, das klar zum Ausdruck bringt, wohin die Reise geht:

Punkt 44: „Wir werden den Globalen Pakt in Zusammenarbeit und Partnerschaft mit Migranten, der Zivilgesellschaft, Migranten- und Diasporaorganisationen, religiösen Organisationen, lokalen Behörden und Gemeinwesen, dem Privatsektor, Gewerkschaften, Parlamentsabgeordneten, nationalen Menschenrechtsinstitutionen, der Internationalen Rotkreuz- und Rothalbmondbewegung, der Wissenschaft, den Medien und anderen relevanten Interessenträgern umsetzen.“ Kurzform: Wir *werden* den Globalen Pakt umsetzen!

An über 80 Stellen in dem Vertrag heißt es: Wir verpflichten uns!

# Zwei Besessene

## »Sonne und Gott und Alles« – Der Dramatiker Hermann Sudermann und seine Stalkerin Anna Julia Wolff

**Die Verehrung, die eine Berlinerin dem ostpreußischen Autor Hermann Sudermann entgegenbrachte, glich einem Personenkult. Anfangs davon geschmeichelt, wurde sie ihm am Ende ziemlich lästig.**

„Sie haben betont, meine Liebe zu Ihnen wäre eine Angelegenheit, die ich mit meinen vier Wänden allein abzumachen hätte“, schreibt die Berliner Schriftstellerin Anna Julia Wolff am 11. August 1909 an Hermann Sudermann. Anna Julia überschüttet ihn mit einer übersteigerten Verehrung, die den kranken Sudermann überfordert. Er kann und will sie nicht erhören. Geschmeichelt fühlt er sich am Anfang dennoch.

Anna Julia Wolff hat ihn mindestens drei Jahre lang mit einer hartnäckigen Verehrung verfolgt, die wie Stalking anmutet. 1909 befindet sich der am 30. September 1857 im ostpreußischen Matziken als Sohn eines Bierbrauers geborene Schriftsteller schon lange in einer Sinnkrise. Seiner Ehefrau Clara ist er zwar aufrichtig zärtlich zugetan, doch für seinen kreativen Schaffensprozess muss er alleine sein. Das Ehepaar verbringt daher sehr viel Zeit in räumlicher Trennung. Sein Drama „Die Ehre“ hat Sudermann zum umfeierten Star der Literaturszene gemacht, vier Jahre später sollte ihm mit dem Schauspiel „Heimat“ der Durchbruch gelingen.

Zum Verhängnis wird ihm der „Kritikerstreit“, den er 1902 selber mit seiner strengen Schrift „Über die Verrohung in der Theaterkritik“ auslöst. Sie verursacht heftige Reaktionen, die Kontrahenten in Berlin bilden eine geschlossene Front, darunter Alfred Kerr, Maximilian Harden, aber auch ein Landsmann Sudermanns, Josef Wiener-Braunsberg. Letzterer mutiert vom größten Bewunderer, der 1894 sogar eine Fortsetzung von „Die Ehre“ unter dem Titel „Alma's Ende“ geschrieben hat, zum nachtragenden Spötter, der sich noch Jahre später über Sudermann in der Zeitschrift „Ulk“ lustig macht.

Die Korrespondenz Sudermanns mit seinem „Leibarzt“ Wilhelm Fliess lassen den Autor tatsächlich als einen sehr kranken Mann erscheinen, ein Arbeitstier, das schon 1884 „körperlich heruntergekommen und psychisch erschöpft“ ist. Vor allem seine Nervenschwäche bekommt er nicht in den Griff: Ende 1916 erleidet er einen schweren Nervenzusammenbruch. Vor 90 Jahren, am 21. November 1928, vier Jahre nach dem Tod seiner geliebten Frau, stirbt Sudermann im Alter von 71 Jahren in Berlin.

Zu diesem Zeitpunkt ist Anna Julia Wolff schon sieben Jahre tot. Wann und wo genau sie sich zum ersten Mal begegnet sind, liegt im Dunkeln. Vielleicht war er dabei, als die sehr sozial eingestellte Frau, wie so oft, Spenden für den Verein für Kinder-Volksküchen gesammelt hat.

Am 26. Mai 1866 kommt Anna Julia als Tochter des wohlhabenden jüdischen Kaufmanns Hermann Levinthal und dessen Ehefrau Theodora, geborene Heinemann, in Berlin zur Welt. „Ohne besonderen Stand“ heiratet sie am 23. Oktober 1886 in Berlin den Kaufmann Max Wolff, das Ehepaar bekommt zwei Kinder. Langsam tastet Anna Julia sich dann an eine schriftstellerische Karriere heran. 1895 veröffentlicht sie ihr erstes Buch mit dem Titel „Laß dir erzählen. Novellistische Kleinigkeiten“. Ihr literarisches Werk wird überschaubar bleiben, sie publiziert satirische und humoristische Novellen im Bloch-Verlag und Verse, die auch im Satireblatt „Simplicissimus“ erscheinen.


Bilder (2): Ostpreußisches Bildarchiv

Von Frauen angehimmelter Autor: Hermann Sudermann

Anna Julia Wolff ist seit der ersten Begegnung mit Sudermann eine zutiefst an unglücklicher Liebe krankende Frau, schwankend zwischen Hoffnung und Desillusion, aber auch krankhaft hartnäckig mit Tendenz zum Besitzergreifen. Sie erkennt, dass ihre Liebe zu Sudermann aussichtslos ist, verfolgt ihn jedoch weiter und will sich dann angeblich mit dem bloßen räumlichen Zusammensein zufrieden geben: „Denn wenn ich Ihnen nur gegenübersitzen und mit ihnen plaudern darf, so ist mir das ja Glücks genug.“

Zugestanden hat Sudermann ihr in der Spätphase ihres beharrlichen Werbens noch zwei persönliche Begegnungen im Park von Blankensee. Auf diesem nicht nur für Anna Julia Wolff zutiefst beeindruckenden Anwesen hat sich Sudermann 1897 seinen ganz persönlichen Traum erfüllt. In diesem Jahr pachtet er Blankensee und erschafft ein lebendiges Museum mit antiken Skulpturen und südländisch anmutender Vegetation, 1902 kauft er schließlich Schloss und Park.

Sudermanns Leben in Blankensee in den Sommermonaten gleicht einer theatralischen und exzentrischen Inszenierung mit deutlichen Zügen der Besessenheit, die sich in einem ungezügelten Kaufrausch von Altertümern und seltenen Pflanzen zeigt. Für Anna Julia Wolff ist dieses Gesamtkunstwerk weitaus mehr, ein Symbol für etwas Übermenschliches und so stilisiert und idealisiert sie Sudermann zu einem Traumbild: „Wer es vermag, so viel hohe, weihevolle Schönheit in sein Leben zu tragen, der ist ein Erdmensch, dem zum Höchsten nur ein klein wenig verstehende Güte mangelt“.



Sudermann in seinen wilden Jahren mit Ehefrau Clara

Für Anna Julia wird die letzte Begegnung mit Sudermann im Park von Blankensee, die zwischen dem 11. und dem 17. August 1909 stattgefunden haben muss, zur „bittersten Stunde“ ihres Lebens. Sudermann begegnet ihr „eisig und unverblümt“, freiwillig solle sie „aus seinem Leben verschwinden“, ihr Verhalten sei „unwürdig und erbärmlich“. Anna Julia rudert sofort zurück und schlägt einen merkwürdigen Kompromiss vor, der eigentlich gar keiner ist. Sie sieht in ihm „Sonne und Gott und Alles“, niemals sei er so stark und selbstlos geliebt worden wie von ihr.

„Das Erotische“ in ihren Empfindungen sei nebensächlich, behauptet sie, völlig ausschalten könne sie es jedoch auch nicht. Noch einmal also schüttet sie ihm ihr Herz aus, ahnt, dass es das letzte Mal sein würde, und bittet dann in ihrer Hilflosigkeit: „Und nun, nachdem ich Ihnen das alles gesagt habe, nun bitte ich Sie, lassen Sie uns einen Kompromiß miteinander schließen. Ich kann nämlich ein ganz netter Kerl sein, wenn ich nicht gerade den sentimentalen Klaps habe. Wollen Sie es also auf dieser Basis mit mir wagen?“ Sudermanns Antwort ist nicht überliefert.

Am 26. Mai 1921 stirbt Anna Julia Wolff in Berlin. Ihre letzte Ruhe hat sie neben ihrem Ehemann auf dem Jüdischen Friedhof Weißensee gefunden.

*Bettina Müller*

## Immer wieder »schleierhaft«

Der Philosophielehrer scherzte vor seinen Schülern, ihm käme es immer „schleierhaft“ vor, wenn er die Dialoge Platons in deutscher Übersetzung lese. Damit spielte er nicht nur auf viele unverständliche Stellen an, sondern vor allem auf den Übersetzer: Friedrich Schleiermacher.

Der vor 250 Jahren geborene Breslauer Philosoph und Theologe, dessen zwischen 1804 und 1828 erschienene vollständige Übersetzung der Werke Platons bis heute in etwa so epochal geworden ist wie die Schlegel-Tiecksche Shakespeare-Übertragung, musste sich noch so manche Wortspiele mit seinem Namen gefallen lassen. Als 1868 zum 100. Jahrestag ein „Schleiermacher-Fest“ ausgetragen wurde, erschien eine Karikatur, in der die Verkörperung der Vernunft mit dem Schleier der Orthodoxie verhüllt wurde. Darunter stand: „Was man jetzt in Berlin unter Schleier-Macher versteht.“

Die idealistische Vernunft platonischer Prägung färbte schon der in einem Pfarrhaus aufgewachsene und vom Herrnhuter Pietismus geschulte Schleiermacher religionsphilosophisch ein. „Die Welt nicht ohne Gott, Gott nicht ohne die Welt“, war eines seiner Credos, die er in den Vorlesungen zur Dialektik predigte.

Am 21. November 1768 in Breslau geboren, studierte er in Halle Theologie, um dann in Ostpreußen als Hauslehrer auf Schloss Schlobitten beim Grafen zu Dohna zu wirken. Später zog es ihn nach Berlin, wo er im Romantiker-Kreis um Friedrich Schlegel Aufnahme fand. Von Schlegels freizügig-erotischem Roman „Lucinde“ war Schleiermacher so begeistert, dass er dazu eine Art Fortsetzung schrieb.

Als er am 12. Februar 1834 in Berlin starb, war er nicht nur durch seine monumentale Platon-Übersetzung ein gefeierter Held. Mit seinen Texten zur Religion legte er auch die philosophischen Grundlagen der Frömmigkeit im 19. Jahrhundert. *H. Tews*

# Humbug mit Scrooge

## Neu im Kino: Wie Charles Dickens die Weihnachtsgeschichte erfand

Onkel Dagobert gilt schlechthin als Personifikation des Geizhalses. Die Disney-Figur heißt aber nur in den deutschen „Donald-Duck“-Geschichten so, nachdem ihn die Übersetzerin Erika Fuchs in den 50er Jahren nach den Dagobert-Königen der Merowinger getauft hat. In den englischsprachigen Originalcomics trägt er den weniger königlichen Namen Scrooge McDuck. Taufpate dabei war Charles Dickens, der in seiner 1843 erschienenen „Weihnachtsgeschichte“ seinen Helden Ebenezer Scrooge genannt hat.

In den angelsächsischen Ländern kennt jedes Kind die Geschichte des vom Geiz zerfressenen Geldverleihers Scrooge, dem vor Weihnachten drei Geister erscheinen, die ihm sein mitleidloses Tun vor Augen halten, der Weihnachten für „Humbug“, also Unsinn, hält und der am Ende doch sein Herz und Portemonnaie für die Armen öffnet.

Die sentimentale Geschichte war seit dem Erscheinen ein kolossaler Erfolg. So wie bei uns aus den Märchen der Brüder Grimm wird jenseits des Kanals und des Atlantiks aus Dickens „A Christmas Carol“ – so der Originaltitel – gelesen. Oder man sieht sie sich an. Seit einem ersten Stummfilm von 1901 hat es nahezu jährlich eine Verfilmung gegeben. Die jüngste kommt am 22. November in unsere Kinos. In seinem auf einer Buchvorlage basierenden Film „Charles Dickens: Der Mann, der Weihnachten erfand“ geht der indischstämmige britische Regisseur Bharat Nalluri der Frage nach, wie Dickens auf die Idee zu diesem schmalen Buch kam.

Nach seinen frühen Erfolgen mit „Die Pickwickier“ und „Oliver Twist“ steckt Dickens finanziell in der Klemme. Seine darauffolgenden Romane erweisen sich als Misserfolge. Dabei verlangen sein verschwenderischer Lebensstil, ein neues Haus in London mit viel Personal und fünf Kindern rasch nach einem neuen Bucherfolg. Dieser deutet sich an, als ihm nach einem Friedhofsbesuch eine Weihnachtsgeschichte und der Name Scrooge einfallen. Allerdings befindet er sich in Zeitnot: In sechs Wochen ist Weihnachten, und bis dahin muss die Geschichte fertig sein.

Im Film schwirren die Protagonisten der „Weihnachtsgeschichte“ wie Geister um Dickens (Dan Stevens) herum und beflügeln ihn bei der Arbeit. Allein Christopher Plummer hält als kauziger Scrooge die Zuschauer bei der Stange. Der Rest verschanzt sich hinter viktorianischen Kostümen und Kulissen. Die mit der „Weihnachtsgeschichte“ aufgewachsenen Briten werden diesen Film lieben. Die Deutschen werden sich mit dieser Freudschen Hobbyanalyse, die auch Dickens' traumatische Kindheitserlebnisse aufarbeitet, schwertun. *Harald Tews*


Bild: Bah Humbug Films Inc. Parallel Films (TMWCE) Ltd

Dickens (D. Stevens) jubelt: Er (er)findet Scrooge (Chr. Plummer)

# Fremd geworden

## Vor 250 Jahren geboren: Zacharias Werner

Albert Camus war fasziniert von der Geschichte des Verlorenen Sohns. Gleich zweimal – in einer Zeitungsmeldung in „Der Fremde“ und in dem Drama „Das Missverständnis“ – thematisierte er die Rückkehr eines reichen Auswanderers, der sich als Erwachsener nicht als Sohn seinen Eltern zu erkennen gibt und als augenscheinlich „Fremder“ von diesen aus Habgier ermordet wird. Den Stoff hat Camus aber nicht erfunden. Vermutlich stieß er darauf nach der Lektüre des Dramas „Der vierundzwanzigste Februar“ des ostpreußischen Schriftstellers Zacharias Werner.

Mit diesem 1808 erschienenen Werk bereicherte Werner das Theater um die Gattung des „Schicksalsdramas“, das sich besonders in der Romantik großer Beliebtheit erfreute und in denen oft Flüche aus dem Jenseits das Schicksal der Diesseitigen besiegelten. Neben dem Schauspiel „Martin Luther oder die Weihe der Kraft“ gilt „Der vierundzwanzigste Februar“, das eine erste private Aufführung im Schweizer Salon der Madame de Staël erlebte und dann unter Goethes Aufsicht 1811 in Weimar öffentlich uraufgeführt wurde, als Werners populärstes Werk.

Heute werden die Stücke des vor 250 Jahren, am 18. November 1768, in Königsberg geborenen Dramatikers kaum noch aufgeführt. Er ist einer der vergessenen Autoren der deutschen Literaturgeschichte, an denen sich nur belesene Geistesgrößen wie Camus erinnern wegen eines Geniestreichs, der Werner mit seinem Schicksalsdrama gelungen ist.

Werner selbst ist nicht ganz unschuldig daran, dass man ihn als Autor aus dem Auge verloren hat. Nach dem Theatererfolg in Weimar, für den er von Goethe persönlich gelobt wurde, konvertierte er in Rom zum Katholizismus, ließ sich zum Priester weihen und schrieb eher Predigten als Dramen. Als er am 17. Januar 1823 in Wien starb, nahm kaum noch jemand Notiz von ihm als einst gefeiertem Dramatiker. *H. Tews*



Werner nach einer Zeichnung von E. T. A. Hoffmann Bild: PAZ

## Die überflüssige Show der Vielen

Das nennt man dienstbeflissen. Kaum ruft einer zu einer Solidaritätsbekundung für das Klima, gegen Diskriminierung, für Gendergerechtigkeit oder gegen sexuelle Belästigung an Frauen auf – und schon stehen die Unterzeichner Schlange. Man hat dabei nicht viel zu verlieren. Das war nicht anders zu erwarten bei der „Erklärung der Vielen“, mit der Theater, Museen und andere Kulturinstitutionen ein Zeichen für die Kunstfreiheit und gegen Angriffe von rechts setzen wollen.

Am symbolträchtigen 9. November vorgestellt, haben mittlerweile 300 Kulturchefs ihre Unterschrift geleistet, um – wie es in der Erklärung des 2017 gegründeten Vereins „Die Vielen“ heißt – „völkisch-nationalistischer Propaganda“ kein Podium zu bieten oder die „illegitimen Versuche der Rechtsnationalen“ abzuwehren, „Kulturveranstaltungen für ihre Zwecke zu instrumentalisieren“.

Joachim Lux, Leiter des Hamburger Thalia Theaters, ging sogar so weit zu sagen: „Wir verteidigen das freiheitliche Europa und die Werte der französischen Revolution.“ Wenn die regierungskonform eingestellten Kulturbastionen etwas zu verteidigen haben, dann nur ihre öffentlichen Steuerpfründe. Sonst ist alles nur Show. Was ist das gegen jene 100 Unterzeichner, die 1976 in der DDR den Mut hatten, gegen die Biermann-Ausbürgerung zu protestieren? *tws*

# Pendant des Westens zur heutigen Humboldt-Uni

## Vor 70 Jahren erhielten die Westsektoren Berlins mit der Freien Universität ihre eigene Alma Mater

**Von manchem ist die Gründungsgeschichte kaum weniger spannend als die spätere Entwicklung. Bei der Freien Universität Berlin ist das der Fall. Ihre Gründung war eine weitere von vielen Folgen des damals beginnenden Kalten Krieges.**

Die „Berliner Universität“, die älteste Hochschule der Stadt, wurde 1809 gegründet. Die Initiative dazu hatte der preußische Bildungspolitiker Wilhelm von Humboldt gegeben. König Friedrich Wilhelm III. stimmte im Rahmen der preußischen Reformen zu. Zu Ehren ihres Gründungsvaters trug sie den Namen „Friedrich-Wilhelms-Universität“. 1949 wurde der Name in „Humboldt-Universität zu Berlin“ geändert. Der königliche Bestandteil des Namens durfte nicht mehr sein. Die Universität lag nun im sowjetischen Sektor, in Berlin-Mitte.

Ausdrücklich wurde die Alma Mater auf Befehl der Sowjetischen Militäradministration „neueröffnet“ und nicht „wiedereröffnet“. Es sollte ein scharfer Schnitt gemacht werden, die Universität nach sowjetischem Vorbild geführt werden. Bei einer „Wiedereröffnung“ hätte die Universität unter Vier-Mächte-Kontrolle gestanden. Der neue Rektor, Johannes Stroux, schwärmte von einer „völligen Erneuerung der äußeren und inneren Gestalt“, von einer „Volksuniversität“, die sich allen Schichten des Volkes öffne. Stroux war von der Sowjetischen Militäradministration zum kommissarischen Rektor ernannt worden. Er führte die Universität 1946 und 1947.

In dieser kurzen Zeitspanne zeigte sich bereits, wohin die Reise gehen sollte. Studenten beklagten sich über den zunehmenden Einfluss der SED, eine erkennbare Auswahl der Studenten, einseitige Lehrinhalte. Als am 1. Mai 1946 an das Hauptgebäude der Universität das Emblem der SED montiert wurde, geschmückt mit roten Fahnen, kam es zu Protesten. Die sowjetische Geheimpolizei MWD reagierte prompt, sie verhaftete mehrere Studenten, zum größeren Teil Mitglieder der CDU oder der Jungen Union. Das Sowjetische Militärtribunal verurteilte sie zu jeweils 25 Jahre Zwangsarbeit wegen Bildung einer „Untergrundbewegung an der Universität Berlin“ und Spionage.

Die Verfolgung endete damit nicht. Andere Studenten und Lehrende, insgesamt 18, wurden zwischen 1945 und 1948 verhaftet. Einige waren über Wochen verschwunden, andere wurden in die Sowjetunion verschleppt und dort umgebracht. Das war die Zeit, in der nicht nur im Westen die Neugründung einer Universität in Berlin immer nachdrücklicher gefordert wurde.

1948 reagierte der Berliner Senat mit einem vorerst halbherzigen Beschluss, indem er die Errichtung einer „Deutschen Hochschule für Politik“ beschloss. Sie sollte nicht mehr zur Berliner Universität gehören. Im April 1948 demonstrierten Studenten gegen den Entzug der Zulassung von drei Studenten an der Humboldt-Universität. Das gab dem US-amerikanischen Militärgouverneur den Anlass, die Einrichtung einer Universität im westlichen Teil Berlins zu prüfen.

Am 4. Dezember 1948 im West-Berliner Titania-Palast: Gründung der Freien Universität Berlin

Bild: pa

Die Not war groß und die Zeit war reif. Die Dinge entwickelten sich mit erstaunlicher – heute wohl unglaublicher – Geschwindigkeit. Bereits im Juni 1948 trat ein studentischer Ausschuss zur Gründung einer freien Universität zusammen. Bald darauf konferierten Professoren, Dozenten, Verwaltungsmitarbeiter und Studenten gemeinsam. Man war sich von Beginn an hinsichtlich der großen Linie einig und rief „zur Gründung einer freien Universität Berlin“ auf.

Es war nur eine Randnotiz im Kräftemessen der Großmächte, die sich zunehmend ineinander verbissen, aber es war eine Randnotiz mit Folgen. Vor dem Hintergrund der am 24. Juni 1948 begonnenen Blockade West-Berlins durch die Sowjetunion stimmte der Magistrat von Groß-Berlin der Schaffung einer freien Universität zu. Im Wintersemester 1948/49 sollte sie den Betrieb aufnehmen. Heftig protestierten Studentenräte in der sowjetisch besetzten Zone dagegen. Die DDR bezeichnete die FU bis zum Fall der Berliner Mauer als „sogenannte Freie Universität“.

In der Satzung der neuen Universität spiegelte sich die Erfahrung mit dem Einfluss des Staates während der NS- und in der Nachkriegszeit wider. Als Rechtsform wurde eine Körperschaft des öffentlichen Rechts mit Selbstverwaltung gewählt. Und statt direkt dem Staat wurde die Stätte der Forschung und Lehre einem Kuratorium unterstellt. In Letzterem waren anfangs auch die Studenten vertreten, schließlich hatten sie erheblich zur Gründung beigetragen. Die Staatsferne der Hochschule wurde bekannt als „Berliner Modell“. So weit war noch keine Universität gegangen. Während andere weiterhin an traditionellen Verfahren in Verwaltung und Lehre festhielten, baute die FU bis 1951 ihre Neuerungen, vor allem die Beteiligung der Studenten, allmählich ab. Man passte sich anderen Universitäten an, um anerkannt zu werden. Erst zwei Jahrzehnte später änderte sich die Richtung, das „Berliner Modell“ fand Eingang in andere Universitäten der Bundesrepublik.

Auch räumlich weit entfernt von der Humboldt-Universität in Berlin-Mitte, entstand die Freie Universität in Berlin-Dahlem. Den Kern bildeten Gebäude der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft zur Förderung der Wissenschaften. Etliche Villen im näheren Umkreis wurden gemietet. Die Gründungsfeier fand am 4. Dezember 1948 in einem Kino statt, der Titania-Palast verfügte über den größten Saal im US-amerikanischen Sektor.

Zwei Jahrzehnte später wurde die FU zu einem Zentrum der 68er Bewegung. Der Name ihres Studenten Rudi Dutschke stand mit anderen für die Außerparlamentarische Opposition. Auch danach war die FU immer wieder verbunden mit Unruhen und studentischen Streiks. Maoistische K-Gruppen und von der DDR gesteuerte Verbände, hervorgegangen aus den 68ern, gaben den Ton an. Der Lehrbetrieb wurde boykottiert, Institute wurden besetzt.

Mit 2140 Studenten hatte die FU den Betrieb aufgenommen. Bereits in den 1980er Jahren war daraus eine Massenuniversität geworden. Nach der Öffnung der Mauer stieg die Zahl der Studenten zeitweise auf über 60000. Nachdem der Senat beschlossen hatte, die Universität zu schrumpfen und das Lehrangebot mit schrumpfte, kam es wieder zu Demonstrationen und Streiks. Heute gehört die im Wintersemester 1991/92 mit 62072 Studenten nach der Ludwig-Maximilians-Universität München zweitgrößte Universität Deutschlands mit 37000 Studenten immer noch zu den 20 größten Hochschulen im Land sowie zu den sogenannten Eliteuniversitäten. *Klaus J. Groth*

# Überfall im Morgengrauen bei Schneefall und Nebel

## Am verheerendsten waren die Spätfolgen des von Custers Männern an den Indianern begangenen Massakers am Washita River

Während der fast 300 Jahre andauernden Indianerkriege auf dem Boden der heutigen USA kam es immer wieder zu Massakern an Ureinwohnern Nordamerikas, die friedlich auftraten – begangen durch weiße Einwanderer oder die Armee der Vereinigten Staaten. Einer der bekanntesten Vorfälle dieser Art eignete sich vor 150 Jahren am Washita River, einem durch die Bundesstaaten Texas und Oklahoma fließenden Nebenfluss des Red River.

Im November 1868 lagerten etwa 6000 Angehörige der Stämme der Südlichen Cheyenne, Comanchen und Kiowa unweit von Fort Cobb im sogenannten Indianer-Territorium im heutigen Bundesstaat Oklahoma. Dort warteten sie auf den Befehl zum Abmarsch in ihre neuen Reservate. Die „Umsiedlung“ war eine Folge der Verträge von Medicine Lodge vom Oktober 1867, die vorsahen, dass die Indianer Kansas und Colorado räumen und künftig in Reservaten im Nordosten Oklahomas leben werden. Die Verdrängung der Ureinwohner resultierte aus dem Landhunger der weißen Siedler, Goldfunden sowie der Absicht, Eisenbahnen in Richtung Westen durch den traditionellen Lebensraum der indianischen Völker zu bauen.

Auch deshalb, weil die vertraglich zugesicherten Lebensmittellieferungen ausblieben, sodass Hunger herrschte, waren allerdings nicht alle Krieger bereit, sich an die Abmachungen mit der US-Regierung zu halten und jagten in den alten Stammesgebieten. Während dieser Jagden ermordeten sie auch Dutzende von weißen Zivilisten, so zum Beispiel im Bereich des Saline River in Kansas. Daraufhin beschloss Major General Philip Sheridan, der neuernannte Kommandeur der Military Division of the Missouri der U.S. Army, dem die militärische Sicherung der Region oblag, ein Exempel zu statuieren: „Ich bin der Überzeugung, dass die Indianer drastisch bestraft werden sollten. Die Rädelsführer, die für die derzeitigen Unruhen verantwortlich sind, sollte man hängen, die Ponys töten und die Wohnstätten so gründlich zerstören, dass die Indianer in völliger Armut leben müssen.“

Diese Aufgabe übertrug Sheridan seinem Vertrauten Lieutenant Colonel George Armstrong Custer, dem das 7. US-Kavallerie-Regiment in Fort Riley (Kansas) unterstand. Custer hatte im Sezessionskrieg eine Division kommandiert und sich dabei vielfach durch große Tapferkeit ausgezeichnet. Danach hatte seine Karriere aber einen weniger glücklichen Verlauf genommen. Aufgrund des Scheiterns der von ihm geleiteten Expedition ins Land der Sioux und Cheyenne war er am 16. September 1867 für die Dauer von zwölf Monaten ohne Sold suspendiert worden. Deshalb brannte Custer darauf, sich im Verlaufe des von Sheridan geplanten Winterfeldzuges 1868/69 gegen als „feindlich“ deklarierte Stämme zu rehabilitieren.

Während die Planungen für das Unternehmen liefen, stieß eine Gruppe der Südlichen Cheyenne unter der Führung des Häuptlings Make-ta-vatah, meist „Black Kettle“ genannt, zu den anderen Indianern, die bereits entlang des Washita River bei Fort Cobb lagerten. Black Kettle war einer der Unterzeichner der Verträge von Medicine Lodge und gehörte zu den Stammesführern, die dessen Abmachungen auch strikt einhielten. Jedoch erstreckte sich seine Autorität nicht auf alle Südlichen Cheyenne. Das sollte ihm zum Verhängnis werden.

Am Abend des 25. November 1868 war eine Gruppe von 150 jungen Kriegern in die verschiedenen Indianerlager am Washita River zurückgekehrt, nachdem sie zuvor weiße Ortschaften im Raum des Smoky Hill River terrorisiert hatte. Dabei passierte sie auch die kleine Zeltstadt von Black Kettles Leuten. Am Tage darauf fanden Kundschafter vom Stamm der Osage, die im Dienst der 7. Kavallerie standen, die Spuren der Unruhestifter. Daraufhin befahl Custer, in Richtung des Washita River auszuschwärmen. Zeitgleich beriet sich Black Kettle mit den Ältesten und fasste in der Nacht zum 27. November den Entschluss, Sendboten nach Fort Cobb zu schicken, die nochmals seinen Friedenswillen und mangelnden Einfluss auf marodierende Stammesgenossen betonen sollten. Währenddessen rückten vier Abteilungen der 7. Kavallerie konzentrisch auf das Lager des Häuptlings vor, das aus rund 50 Zelten bestand, in denen etwa 250 Menschen schliefen.

Der Angriff begann im Morgengrauen bei Schneefall und Nebel. Zuvor hatte Custer entgegen landläufig kursierenden Behauptungen den Befehl gegeben, nicht auf Frauen und Kinder zu schießen. Allerdings entwickelte sich unter den Klängen der Regimentskapelle schnell eine unkontrollierbare Eigendynamik – insbesondere, als auch noch die mit den Cheyenne verfeindeten Osage eingriffen und gnadenlos zuschlugen.

Über die genaue Zahl der Opfer des Überfalls wird bis heute gestritten. Wahrscheinlich starben damals mindestens 20 Krieger sowie 30 bis 40 Frauen. Darüber hinaus wurden 53 Frauen und Kinder, die nicht mehr fliehen konnten, gefangen genommen und während des Rückzuges der 7. Kavallerie als lebende Schutzschilde benutzt. Unter den Toten war auch Black Kettle, der ein ähnliches Massaker im Jahre 1864 am Sand Creek überlebt hatte. Er endete genau wie seine Frau Medicine Woman durch Schüsse in den Rücken.

Verluste erlitt aber auch die 7. Kavallerie. Als ein Trupp von 20 Mann unter Major Joel Haworth Elliott den flüchtenden Cheyenne nachsetzte, wurde dieser von Kriegern aus anderen Lagern gestellt und komplett aufgerieben. Von diesen 20 Männern abgesehen fand von den Angreifern nur noch Captain Louis McLane Hamilton bei dem Überfall den Tod. Er starb gleich zu Beginn des Angriffs.

Nach der „Schlacht am Washita“, die Custers einziger „Sieg“ im Feldzug gegen die Indianer bleiben sollte, ließ der Kavallerieoffizier rund 675 Reittiere der Cheyenne erschießen, um ihnen sowohl die Büffeljagd als auch weitere Attacken gegen weiße Siedlungen unmöglich zu machen. Außerdem wurden sämtliche Wintervorräte der Indianer vernichtet. Wie viele Menschenleben diese „Vorsichtsmaßnahmen“ in den Monaten nach dem Massaker kosteten, wird für immer ungeklärt bleiben, doch lässt sich so viel sagen, dass es die meisten Opfer somit erst nach dem Überfall gab.

Trotz aller bald von der Presse erhobenen Kritik an seinem Vorgehen am Washita River behielt Custer das Kommando über die 7. Kavallerie. Mit der attackierte er knapp acht Jahre später, am 25. Juni 1876, eigenmächtig die versammelte Hauptstreitmacht der Sioux, Arapaho und Cheyenne unter Sitting Bull und Crazy Horse am Little Bighorn River im heutigen Montana. Diesmal war der indianische Gegner jedoch mehrfach überlegen, sodass Custer und seine beiden Brüder sowie 265 weitere US-Militärangehörige den Angriff nicht überlebten. *Wolfgang Kaufmann*

# Kriegsende mit zweiwöchiger Verspätung

## Erst 14 Tage nach dem Waffenstillstand von Compiègne legte Lettow-Vorbeck für Deutsch-Ostafrika die Waffen nieder

**Vor 100 Jahren, am 25. November 1918, endete der Erste Weltkrieg auch in Ostafrika, als die unbesiegte deutsche Schutztruppe im britischen Protektorat Nordrhodesien unter Führung von General Paul von Lettow-Vorbeck die Waffen niederlegte.**

Bei Ausbruch des Ersten Weltkriegs besaß das Deutsche Reich vier Kolonialgebiete von großer strategischer Bedeutung. Im flächenmäßig kleinsten, in Togo, befand sich eine transkontinentale Radiostation, die als Verbindungsstelle zwischen den deutschen Kolonien und dem Mutterland diente. Dort begannen am 12. August 1914 die Kampfhandlungen des Ersten Weltkrieges auf afrikanischem Boden mit einem Angriff britisch-französischer Kräfte aus den Nachbarkolonien. Die Deutschen in der Kamina, dem Standort der Radiostation, sprengten diese in der Nacht vom 24. zum 25. August 1914, bevor die Kolonie am 27. August 1914 kapitulierte.

Wie Togo wurde auch Kamerun Opfer einer englisch-französischen Zangenbewegung. 3000 deutsche Sicherheitskräfte leisteten erbitterten Widerstand und nutzten die Verständigungsprobleme zwischen Franzosen und Briten. Nach fast zwei Jahren ergab sich am 20. Februar 1916 die Festung Mora in Nordkamerun. Die letzten deutschen Soldaten wichen mit tausenden von einheimischen Hilfstruppen in die Kolonie Rio Muni des neutralen Königreiches Spanien aus und wurden größtenteils interniert.

Anders als in allen anderen deutschen Kolonien kämpften in der größten, aber am wenigsten bevölkerten Kolonie, Deutsch-Südwest, fast nur Weiße gegeneinander. Neben der 2500 Mann starken Schutztruppe wurden 7000 Freiwillige unter den deutschen Siedlern rekrutiert. Viele der burischen Truppen, welche die Briten in Südafrika zur Eroberung von Südwestafrika an die Grenze schickten, verweigerten die Befehle und solidarisierten sich zunächst mit den Deutschen. Erst als der burische Generalleutnant Jacob van Deventer 1915 das Kommando übernahm und von der britischen Enklave Walfischbucht aus und von Süden her auf die Hauptstadt der Kolonie Windhuk zumarschierte, fiel die Hauptstadt der Kolonie kampflos am 5. Mai 1915. Im Norden kapitulierten die Deutschen erst am 25. Juli. Die südafrikanischen Truppen, die im Auftrag der Briten gekommen waren, blieben nach dem Krieg im Lande und verwalteten die vormalige deutsche Kolonie bis 1990, als das Gebiet als letztes des schwarzen Kontinents unter dem Namen Namibia unabhängig wurde.

Während in diesen drei Kolonien der Erste Weltkrieg sehr viel schneller beendet war als in Europa, dauerte er in der einwohnerstärksten deutschen Kolonie Ostafrika sogar einige Wochen länger. Erst am 25. November 1918, also zwei Wochen nach der Unterzeichnung des Waffenstillstands von Compiègne, legten die letzten deutschen Soldaten und einheimischen Askaris der Schutztruppe für Deutsch-Ostafrika unter ihrem Oberbefehlshaber, dem aus einem alten Pommerngeschlecht stammenden Saarländer General Paul von Lettow-Vorbeck, im nordrhodesischen Abercorn die Waffen nieder. Es handelte sich um etwa 1100 afrikanische Kolonialsoldaten und ihre deutschen Befehlshaber.

Begonnen hatten die Kämpfe in Ostafrika mit einem Erfolg der „Königsberg" im Indischen Ozean. Dem deutschen Kreuzer, einem der damals modernsten Kriegsschiffe, war es gelungen, bereits kurz nach Kriegsbeginn am 6. August und am 19. September zwei britische Schiffe im Hafen von Mombasa in Kenia zu versenken. Stoßtrupps der Schutztruppe für Deutsch-Ostafrika drangen anschließend immer wieder bis an die Strecke der britischen Uganda-Bahn vor. Am 15. August 1914 besetzten deutsche Kräfte den kenianischen Grenzort Taveta. Hierauf brachte die britische Seite aus Indien 12 000 Soldaten als Verstärkung nach Ostafrika. Der Plan war, mit einer Zangenbewegung die deutschen Kräfte im Norden der deutschen Kolonie zu zerschlagen und Tanga, die Endstation der deutschen Ostafrikabahn, zu erobern. Ein Teil der Kräfte sollte vom Kilimandscharo her eindringen, ein anderer von See aus einen Brückenkopf in Tanga bilden. Lettow-Vorbeck war es jedoch gelungen, in aller Eile 900 Soldaten per Eisenbahn nach Tanga zu bringen, wo sie mit nur drei Maschinengewehren eine zehnfache zumeist aus geländeunkundigen Indern bestehende Übermacht zurückschlugen. Auf mindestens 2000 gefallene Feinde schätzte Lettow-Vorbeck die Verluste des Gegners, „aber größer noch war die moralische Einbuße des Feindes", der von der Kriegskunst des deutschen Widersachers förmlich schockiert war. Tanga war die erste britische Niederlage im Ersten Weltkrieg.




Bild: PD

Lettow-Vorbeck narrt den englischen Löwen: Titelbild des „Kladderadatsch" vom 25. August 1918

Als Folge dieser Niederlage verhängte die britische Regierung eine Seeblockade gegen Deutsch-Ostafrika und griff den Hauptort der Kolonie, die Hafenstadt Daressalam, an. Durch die Seeblockade sollte auch das in Daressalam stationierte gefürchtete Kriegsschiff „Königsberg" zur Strecke gebracht werden, was schließlich am 11. Juli 1915 gelang. Allerdings konnte sich die Besatzung retten und kämpfte mit der Schutztruppe weiter.

In der Zwischenzeit wurden die erfolglosen britischen Kommandeure ausgetauscht und die Truppen durch Südafrikaner und Einheimische, die unter den weißen Farmern in Kenia und Rhodesien ausgehoben worden waren, verstärkt. Von Westen wurden die Briten durch belgische Truppen aus dem Kongo verstärkt. Aber auch die 3000 kämpfenden Deutschen konnten unter Lettow-Vorbeck ihre Gesamtstärke erhöhen. Dank der Askaris stieg die Zahl der Kämpfer auf deutscher Seite auf 12 000 Mann.

Im Februar übernahm der Südafrikaner Jan Smuts, der seine Fähigkeiten schon in Südwestafrika bewiesen hatte, das Oberkommando über die britischen Truppen. Ende September 1916 gelang den zehnfach überlegenen Briten die Eroberung von Tabora, dem Nachfolger von Daressalam als Verwaltungssitz von Deutsch-Ostafrika. Aber auch dies senkte den Kampfeswillen der Schutztruppe nicht. Als Smuts im März 1917 nach London abberufen wurde und sein Landsmann Deventer das Kommando übernahm, gelang es von Lettow-Vorbeck im Oktober 1917, die Südafrikaner bei Mahiwa noch einmal zu schlagen. Auf der Suche nach dringend benötigten Versorgungsgütern drang Lettow-Vorbeck in Portugiesisch-Ostafrika ein. Das war völkerrechtlich möglich, denn im März 1916 war Portugal auf Seiten der Entente in den Ersten Weltkrieg eingetreten. Mit nur wenigen hundert Askaris und einer Handvoll deutscher Offiziere gelangte er bis nach Quelimane im Zentrum der portugiesischen Kolonie. Vom heutigen Mosambik aus zog er 1918 nach Nordrhodesien, dem heutigen Sambia. Nachdem er vom Waffenstillstand von Compiègne erfahren hatte, legte Lettow-Vorbeck mit etwa 1000 Askaris und 100 deutschen Soldaten am 25. November 1918 in Abercorn, dem heutigen Mbala, die Waffen nieder. *Bodo Bost*

# Die Unabhängigkeitserklärung war theaterreif

## Vor 100 Jahren proklamierte der Lettische Volksrat in Riga die souveräne Republik Lettland

Im Zentrum der lettischen Hauptstadt Riga steht unübersehbar das 42 Meter hohe Freiheitsmonument. Eine Säule wächst aus einem Sockel mit zahlreichen Darstellungen aus der lettischen Geschichte, an ihrer Spitze als Allegorie der Freiheit ein Mädchen, das einen Kranz mit drei Sternen emporhält, Symbole für die drei historischen Provinzen Livland, Kurland und Lettgallen. Wie durch ein Wunder hat das in den Jahren 1931 bis 1935 erbaute Denkmal sogar die Sowjetzeit überstanden. Heute legen junge Paare nach der Eheschließung hier Blumen nieder. In wenigen Tagen wird auf dem Platz davor wieder die Unabhängigkeit Lettlands gefeiert. Diesmal wird es eine besondere Feier sein. Vor 100 Jahren, am 18. November 1918, proklamierte der damalige lettische Volksrat die Unabhängigkeit des Landes.

Diese Unabhängigkeit war eine der vielen Folgen des Ersten Weltkrieges. Wie Polen, Litauen, Finnland und Estland hatte auch Lettland bei Beginn des Krieges zum russischen Zarenreich gehört. Da es im Baltikum in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts zu nationalen Unabhängigkeitsbestrebungen gekommen war, hatte Petersburg beziehungsweise Petrograd nun Zweifel an der Loyalität dieser nationalen Minderheiten im russisch geführten Vielvölkerstaat und ließ deshalb auch Tausende von Letten ins Innere Russlands deportieren. Unter ihnen bildeten sich oppositionelle Gruppen, die analoge Bestrebungen in der Heimat beeinflussten, wo zugleich eine wachsende Gegnerschaft zum zahlenmäßig kleinen, aber einflussreichen Deutschbaltentum die inneren Spannungen vertiefte.

Die Februarrevolution 1917 in Russland wirkte auch im Baltikum wie ein Fanal. Die sich rasch bildenden Parteien spiegelten die russischen Verhältnisse wider: Bolschewiki, Menschewiki, Demokraten, Liberale und Bauern. Anfangs zielten alle Forderungen nur auf größere Autonomie innerhalb Russlands ab. Erst als weder die bürgerliche Regierung Russlands unter Alexander Kerenski noch die Bolschewiki zu größeren Zugeständnissen bereit waren, radikalisierten sich die Forderungen hin zu völliger nationaler Souveränität.

Im Herbst 1917 bildete sich ein Lettischer Provisorischer Nationalrat, der sich bald zum Lettischen Volksrat entwickelte. Er erklärte, Südlivland, Kurland und Lettgallen bildeten gemeinsam eine „autonome Staatseinheit". Im November 1918 entstand ein Machtvakuum. Die militärische Niederlage Deutschlands war besiegelt und damit waren auch die Tage der Befehlsgewalt der deutschen Militärverwaltung im Baltikum gezählt. Und die inneren Wirren in Russland trieben einem Höhepunkt zu. Angesichts dieses Machtvakuums sahen lettische Politiker ihre Stunde gekommen. Eine Woche nach der Unterzeichnung des Waffenstillstands von Compiègne, am 18. November 1918, proklamierte der lettische Volksrat auf einer feierlichen Sitzung im städtischen Theater Riga die unabhängige Republik Lettland.



Bild: Henry Simson

Im Theater: Proklamation der lettischen Unabhängigkeit

Erster Präsident wurde Janis Cakste (Ja(h)nis Tschakste), erster Ministerpräsident Karlis Ulmanis. Letzterer wurde der starke Mann Lettlands. Er war mehrfach Ministerpräsdent, putschte sich 1934 in einem Staatsstreich zum autoritären Herrscher des Landes und ist 1942 in sowjetischer Haft gestorben.

Wie andere in den Wirren des Ersten Weltkrieges unabhängig gewordene Staaten geriet auch Lettland sofort in kriegerische Verwicklungen. Nur mit Hilfe der noch im Lande stehenden deutschen Militärs, insbesondere der Freikorps, überlebte der Staat sein erstes Jahr. Die bolschewistische Führung unter Lenin scherte sich schon 1919 nicht mehr um ihr Versprechen, allen Völkern des Zarenreiches nationale Unabhängigkeit zu gewähren, sondern bekämpfte unter dem ebenso energischen wie skrupellosen Kriegskommissar Leo Trotzki alle nationalen Erhebungen vom Kaukasus über die Ukraine bis zum Baltikum.

Im Januar 1919 nahm die Rote Armee Riga ein. Nach schweren Kämpfen wurde es von deutschen und lettischen Verbänden im Mai zurückerobert. Der gnadenlose Lettische Unabhängigkeitskrieg forderte unzählige Opfer. Wohl der Absicht Lenins, sich auf die Rückeroberung der Ukraine und des Kaukasus zu konzentrieren, verdankten die baltischen Republiken, dass sie das militärische und politische Chaos – Lettland hatte zeitweise drei Regierungen – überlebten. Im Friedensvertrag von Riga vom 11. August 1920 erkannte die Sowjetunion die Unabhängigkeit und territoriale Souveränität Lettlands an. Die diplomatische Anerkennung durch die westeuropäischen Großmächte Frankreich und Großbritannien folgte am 26. Januar 1921, die der USA am 27. Juli 1922. Das Deutsche Reich hatte die Regierung bereits am 26. November 1918 mit der Übergabe der Zivilverwaltung anerkannt.

Durch das Ende des Unabhängigkeitskrieges, der auch ein Bürgerkrieg war, und die diplomatische Anerkennung durch das Ausland konsolidiert, entwickelten sich Wirtschaft und Handel in dem jungen Staat. Seine Hauptstadt Riga wurde eine der Kulturmetropolen Europas.

Für Lettlands Baltendeutschen verlief die Entwicklung indes weniger erfreulich. Kaum, dass die sowjetische Gefahr zumindest vorerst beseitigt zu sein schien, wurden im September 1920 mit einem Agrargesetz alle Rittergüter und Pastoralländereien und damit die großen Besitzungen des baltendeutschen Adels entschädigungslos verstaatlicht. *Dirk Klose*




## Moment der Woche

Endlich Regen! Das freut nicht bloß von der Trockenheit gebeutelte Bauern, Förster und Gartenfreunde. Auch Autofahrer im Südwesten Deutschlands entlang der Rheinschiene zählen erleichtert die Tropfen.

Die Rekorddürre dieses Jahres hat den Rheinpegel so weit fallen lassen, dass Tankschiffe nicht mehr voll beladen den Fluss hochkommen. Den Transport einfach auf Straße und Schiene verlegen, geht logistisch nicht: Ein Flusstankschiff kann so viel Öl transportieren wie 500 Tankwagen.

### Erst verebbt der Fluss, dann die Zapfsäule

So bleiben etliche Zapfsäulen der Region über Stunden oder sogar ganze Tage tot. Das Bundeswirtschaftsministerium hat zwar Teile der Notfallreserve freigegeben. Doch echte Besserung brächte erst ein steigender Rheinpegel, und der kann noch dauern. *H.H.*

# Geister in der Grauzone

## Wo die falschen Doktorarbeiten herkommen: Das schillernde Geschäft der »Ghostwriter«

Für manche stehen sie auf einer Stufe mit Kriminellen oder Prostituierten, für andere sind sie der letzte Rettungsanker, wenn das Studium oder die Promotion an mangelnden Fähigkeiten beziehungsweise fehlender Zeit zu scheitern drohen: die akademischen Ghostwriter.

Bei diesen handelt es sich nicht um Schreibprofis, welche für Politiker oder Prominente Memoiren verfassen, sondern um fachlich hochqualifizierte Personen, die das Erstellen von wissenschaftlichen Texten für „Kunden" als lukrative Einkommensquelle nutzen. Qualität hat in dieser Branche durchaus ihren Preis: Für Seminararbeiten und ähnliches von 20 Seiten Umfang fallen im Durchschnitt 1800 Euro an – selbstverständlich inklusive Mehrwertsteuer.

### Machen ist erlaubt, benutzen ist verboten

Eine Masterarbeit schlägt dann bereits mit rund 8000 Euro zu Buche. Und wer beabsichtigt, seine Dissertation (Doktorarbeit) von Ghostwritern schreiben zu lassen, sollte sich auf Summen zwischen 10 000 und 50 000 Euro einstellen – je nach Disziplin und Länge. Deshalb machen Agenturen wie „GWriters" und „Acad Write" inzwischen Millionenumsätze.

Für ihr Geld bekommt die Kundschaft alles geliefert, was sie bestellt: von einfachen Übersetzungen oder Hilfeleistungen bei der Strukturierung von Texten bis hin zum „Komfortpaket" mit Teillieferungen und „Feedbackschleifen", Lektorat „durch einen zweiten wissenschaftlichen Experten" sowie kostenlosem Wechsel des Ghostwriters bei Unzufriedenheit.

Meist wird auch eine Plagiatsprüfung angeboten, weil die Universitäten jetzt allesamt Computerprogramme zur Erkennung von übernommenen Textpassagen nutzen. Keiner der Kunden soll auffliegen wie weiland Bundesverteidigungsminister Karl-Theodor Freiherr von und zu Guttenberg, dessen Karriere krachend endete, als herauskam, dass er sich in seiner Dissertation mit fremden Federn geschmückt hatte.

Der Hauptgrund, Ghostwriter in Anspruch zu nehmen, ist fachliche Überforderung. Wissenschaftliches Arbeiten will gelernt sein, jedoch werden die entsprechenden Grundfertigkeiten heute kaum mehr an den Gymnasien vermittelt. Andere Studenten benötigen viel Zeit für Nebenjobs. Und Doktoranden werden oft so von ihren Professoren für deren eigene Projekte eingespannt, dass



Geheime Schreiber Bild: Colourbox

das Schreiben der eigenen Dissertation auf der Strecke bleibt. Außerdem wären da noch die ausländischen Nachwuchsakademiker mit diversen Sprachproblemen.

Natürlich ist das Ghostwriting illegal – aber nur auf Seiten des Studenten oder Promovenden, wenn er eine von anderen geschriebene Arbeit als seine eigene ausgibt. Deshalb fordern der Deutsche Hochschulverband und die Hochschulrektorenkonferenz ein umfassendes gesetzliches Verbot des akademischen Ghostwritings überhaupt. Doch stellt sich hier wie im Falle vieler anderer Gesetze die Frage, wer deren Einhaltung kontrollieren soll.

Denn Ghostwriter arbeiten extrem diskret und der „Kunde" wird ebenfalls absolute Verschwiegenheit wahren. Damit läge die Beweislast bei den Personen, welche die Arbeiten bewerten. Wenn aber der Hochschullehrer an einer Massenuniversität vier Seminare mit je 40 Studenten „betreuen" muss, wird er kaum genau hinschauen können.

### Äußerste Diskretion wird den Kunden garantiert

Ebenso hat es wenig Sinn, an die Ehrlichkeit und das Gewissen des akademischen Nachwuchses zu appellieren. Denn der macht sich natürlich auch seine Gedanken angesichts der Zustände an den Universitäten. So äußerte ein anonym bleiben wollender Absolvent, der seine Bachelor-Arbeit von Ghostwritern schreiben ließ: „Was nützt es mir, eine Leistung zu erbringen, die nicht richtig gemessen wird, weil der Professor die Arbeit gar nicht selbst bewertet, sondern an Hilfskräfte weiterreicht?" *Wolfgang Kaufmann*

# Zu Nomaden degradiert

## Standpunkt: Warum wir, die Zivilgesellschaft, dem Globalen Migrationspakt nicht zustimmen dürfen

**Hinter dem „Globalen Pakt für Migration" (GCM) steckt die aggressive Ideologie radikaler Globalisten, die sich direkt gegen die Menschen und ihre kulturellen Fundamente richtet. Es geht um mehr Macht und mehr Geld für sehr wenige.**

Die zentrale Aussage des Vertrages ist ein sogenanntes universales Recht auf Niederlassungsfreiheit. Mit der Formulierung eines solchen Rechtes aber wird die Tür aufgestoßen für Entwurzelung, Entheimatung, Entnationalisierung und Entsolidarisierung der Menschen. Und das Tor zur Egomanie und zu einem materialistischen Weltbild wird aufgestoßen.

Es wird in diesem Vertrag eine vermeintliche Notwendigkeit zum Verlassen des Heimatlandes formuliert, die es so überhaupt nicht geben kann und auch nicht geben darf.

Wenn dieses Recht zur Auswanderung beziehungsweise zur Einwanderung für alle Bewohner der Erde gelten sollte, implizierte dies die Absicht einer völligen Durchmischung aller Nationen, Völker und Volksstämme dieser Erde und damit eines Durcheinanderbringens jedweder Ordnung. Jeder könnte dorthin gehen, wo es ihm gefiele und wo er sich den größten Vorteil verspräche.

Alles käme in Bewegung, es gäbe keine Sesshaftigkeit mehr, die Menschen würden zurückgestoßen in das Dasein von Nomaden, zu Wanderarbeitern ohne ethnische und kulturelle Identifikationsmuster degradiert. Denn diese Muster bräuchten ja Heimat, Sprache und Kultur unabdingbar, um wirksam zu werden. Die Menschheit würde mit der universellen Wanderung letztlich dekulturiert, zerrissen und zu einer Art Ameisenstaat umgewandelt. Wollen wir Europäer das? Wollen die Afrikaner und Asiaten das?

Obendrein hat es zu einem solch grotesken, die Ordnungsstrukturen und traditionellen Gegebenheiten sämtlicher Nationen missachtenden und damit auch unmenschlichen Vorhaben in den weit über 100 Nationalstaaten der Erde zuvor keinerlei Volksbefragungen gegeben. Warum nicht?

Welche Kreise in der UNO und der international tätigen Unternehmen kamen also auf die Idee, eine weltweite Wanderung nicht nur zuzulassen, sondern auch noch nach Kräften zu fördern und dies zu einer Agenda zu erklären? Wer hat sie dazu legitimiert?

Waren es die Vertreter der wirtschaftlich armen Regionen, die hier für ihre Völker sprachen, ohne sie vorher befragt und einen Auftrag dafür bekommen zu haben?

Waren es die weltweiten Warenproduzenten, die aus dem Heer der in Bewegung geratenen Menschenmassen sich die billigsten und zu den schlechtesten Arbeitsbedingungen bereiten Arbeitskräfte aussuchen wollten?

Waren es Ideologen universeller Menschenrechte, die damit die nationalen Rechtsstrukturen der Nationalstaaten für ungültig erklären und diese damit auslöschen wollten?

Stand der für obsolet gehaltene Kommunismus dafür Pate?

Ging es bei diesem Vertrag angesichts der beschriebenen Umstände wirklich um Gerechtigkeit den Menschen gegenüber oder ging es nicht vielleicht um den noch größeren Profit, um einen noch größeren Einfluss kommerzieller Interessen über weite Teile des Planeten – so wie es Thomas Barnett in seinen Büchern beschreibt?

Unter dem Aspekt der in Jahrtausenden gewachsenen Kulturen in den Nationen dieser Erde, der natürlichen Heimatverbundenheit der Menschen und dem des Willens der Völker, genau diese Heimat und diese Kultur gegen alle Angriffe von außen zu verteidigen, erscheint der GCM als ein völlig absurdes und tatsächlich auch aggressives Unterfangen.



Opfer als Verschiebemasse radikaler Globalisten: Asylsucher auf dem Balkan 2016 Bild: Imago

Wenn dann noch ins Feld geführt wird, dass es eine Bestandserhaltungswanderung (replacement migration) für die an Kopfzahl schrumpfenden Nationen Europas geben müsse, so sind auch darüber die europäischen Völker nicht befragt worden. Gibt es denn eine vorgegebene Kopfzahl für ein Volk, die dieses auf jeden Fall aufrechterhalten muss, oder darf ein Volk auch schrumpfen, ohne von anderen Völkern dann real aufgelöst und eingeschmolzen zu werden?

Wer will uns europäischen Völkern denn vorschreiben, welche Kopfzahl wir zu haben hätten?

Automatisierung der Produktion und die um ein Vielfaches gestiegene Produktivität konterkarieren diesen Gedanken völlig. Wenn endlich intelligente und gerechte Rentensysteme erstellt würden, an denen sich weder Geldspekulanten noch Ideologen politisch antiquierter Doktrinen beteiligten, dann wäre auch das Thema „demografischer Wandel" endgültig vom Tisch. Eine solchermaßen fortgeschrittene Zivilisation wie die unsrige braucht eben keine Masseneinwanderung aus dem Süden, da sie die menschliche Arbeitskraft längst durch Maschinen ersetzt hat. Und eine abnehmende Bevölkerungsdichte würde den Naturräumen Europas sehr entgegenkommen.

Der Denkende und Vergleichende gewinnt den berechtigten Eindruck, als würden die bestehenden Probleme mit einer nicht zu Ende gedachten Volkswirtschaft, einer nicht vernünftig gestalteten Staatsgestaltung, einem nicht verträglichen und vollkommen ungerechten Zinsgeldsystem, einem auf Luxus und Aneignung von immer mehr Gütern bei immer weniger Personen ausgerichteten Materialismus lieber nicht gelöst, sondern absichtlich aufrechterhalten, damit weiterhin eine Minderheit von immer reicher werdenden De-facto-Lottosystemgewinnern eine Riesenmehrheit von Lottosystemverlierern beaufsichtigen und kontrollieren kann.

Und noch eines, was hier erwähnt werden muss: Die Probleme Afrikas und Asiens können nur vor Ort gelöst werden. Geburtenkontrolle und Entwicklung selbstständiger Volkswirtschaften sind die wichtigsten Säulen einer solchen Befriedungs- und Beruhigungspolitik. Erst dann werden die Wanderungsströme beendet werden, mit denen niemandem geholfen ist außer den Wenigen, die sich daran dumm und dämlich verdienen. Erst dann werden auch pseudoreligiöse Stellvertreterkonflikte beendet sein. Mit der zurzeit herrschenden Staatenvernachlässigung in Afrika wird automatisch eine Staatenzerstörung in Europa betrieben. Ist dies beabsichtigt?

### Die Probleme Afrikas können nur vor Ort gelöst werden

Der von der UNO mit dem GCM so vollmundig angekündigte Weltfrieden wird eben nicht durch die Abschaffung der Nationalstaaten und durch das weitere Anfeuern und Finanzieren einer Massenmigration erreicht, sondern dadurch, dass die betroffenen Völker in Afrika und Asien zur Ruhe kommen und ihre eigenstaatlichen Entwicklungen durchlaufen können.

Massenmigration ist eben kein Naturgesetz, sondern das Produkt fehlgeleiteter Gedankengänge einiger Weniger, die leider in die entsprechenden Führungspositionen aufgerückt sind, wo sie sich nun anmaßen, das Schicksal der Welt nach eigenem Gutdünken zu regeln. Ist das nun mangelnde Kompetenz oder ist das Absicht? so fragt man sich. *Ulrich F. Sackstedt*

Das Ostpreußenblatt

Nr. 46 – 16. November 2018

# Bauarbeiter stießen auf evangelischen Friedhof

## Allensteiner Denkmalschutz ließ Funde archäologisch überprüfen – Diskussion über weiteres Vorgehen hält an

**Im Februar waren Bauarbeiter bei Kanalisierungsarbeiten hinter dem Polizeipräsidium der Woi-wodschaft Ermland und Masuren in der Bahnhofstraße [Partyzantówstraße] in Allenstein auf sterbliche Überreste gestoßen. Daraufhin wurden die weiteren Arbeiten sofort eingestellt und eine archäologische Untersuchung in Auftrag gegeben.**

Diese Untersuchung ergab, dass die gefundenen Gebeine vom evangelischen Friedhof stammen, der ab 1873 als Begräbnisstätte genutzt worden war, Die letzten Bestattungen fanden 1947 statt. In den 60er Jahren wurden drei evangelische Friedhöfe, ein jüdischer sowie zwei Friedhöfe des Ersten Weltkriegs für deutsche und russische Soldaten mit Beschluss vom

### Baufirma wusste nichts vom Friedhof

17. Mai 1962 geschleift. Die Grabmale und Kreuze des evangelischen Friedhofs wurden entfernt und auf dem Gelände Garagen aufgestellt. Die Leichen wurden nicht exhumiert, sie blieben einfach in der Erde.

Laut wurde es um den Friedhof erst im Sommer, als der Historiker Rafał Betkowski mit Teilnehmern eines historischen Spaziergangs auf die sterblichen Überreste stieß. Als die Gruppe sich dem Gelände des ehemaligen Friedhofs näherte, sah sie menschliche Knochen und Schädel. Laut Passanten konnte man menschliche Überreste auf der gesamten Bahnhofstraße finden.


Bild: Rafał Betkowski

Grausiger Fund: Offenliegende Gebeine in der Bahnhofstraße

Nach Angaben des Allensteiner Rathauses hatte der Bauunternehmer, der die Leitungen verlegen sollte, keine Kenntnis von dem Friedhof. Die Stadt hält es für die beste Lösung, die sterblichen Überreste zu bergen und an einem anderen Ort beizusetzen. Die Situation um den ehemaligen evangelischen Friedhof sorgte in verschiedenen Gremien für Empörung.

Im August beantragte der Verein „Swieta Warmia“ (Heiliges Ermland) beim Woiwodschaftsdenkmalpfleger, den evangelischen Friedhof in der Bahnhofstraße ins Denkmalregister einzutragen. Der jüdische Friedhof, der zur gleichen Zeit planiert wurde wie der evangelische, wurde bereits ins Register aufgenommen. Die Mitglieder des Vereins sind gegen eine Exhumierung und Umbettung. Sie fordern, dem Friedhof die Würde und den Schutz zu geben, den andere Begräbnisstätten auch genießen.

Auf dem ehemaligen evangelischen Friedhof wurden herausragende Persönlichkeiten der Stadt beigesetzt wie Oskar Belian oder Karl Roensch. Diese Namen sagen den heutigen Allensteinern nichts mehr. Keine Straße ist nach ihnen benannt, sie haben kein Denkmal und keine Gedenktafel. Geht man heute über die Bahnhofstraße, sieht man Garagen mit Graffiti „Polska dla Polaków“ (Polen für Polen).

Da stellt sich die Frage nach einer Erinnerungskultur. Wie kann man diese in Städten aufbauen, deren Vorkriegsbewohner die Heimat verlassen mussten und an deren Stelle „neue Einwohner“ mit anderer Mentalität und mit anderer Geschichtsperspektive ihre Stelle einnahmen?

Die Stadt Allenstein will zusammen mit dem Verein „Heiliges Ermland“ und der evangelisch-augsburgischen Gemeinde in Allenstein sowie dem Polizeipräsidium der Woiwodschaft eine Lösung finden. *E. Gladkowska*

### Persönlichkeiten, die laut Archiv auf dem Friedhof bestattet sind

Die Protestanten in Allenstein waren eine Minderheit, aber sie haben sich um die Geschichte der Stadt verdient gemacht. Um der Toten zu gedenken und damit die Menschen, die auf dem evangelischen Friedhof in der Bahnhofstraße beigesetzt wurden, nicht zu vergessen, sollen zumindest einige Namen erwähnt werden:

**Oskar Belian** (1832–1918) war Allensteiner Bürgermeister, dann Oberbürgermeister. Während seiner Amtszeit von 1877 bis 1908 wurde Allenstein ein Eisenbahnknotenpunkt. Die Irren-, Heil- und Pflegeanstalt wurde erbaut, das Schlachthaus, die Gasanstalt, das Wasserwerk und die Kanalisation gebaut. Zu Beginn seiner Amtszeit war Allenstein eine Kleinstadt von etwa 6400 Einwohnern. Bei seinem Ausscheiden aus dem Amt zählte die Stadt über 30 000 Einwohner. Die Stadt ehrte ihren Oberbürgermeister, indem sie den im Herzen der Stadt am Hohen Tor gelegenen Platz nach ihm benannte. Nach seinem Ausscheiden wurde er zum Ehrenbürger der Stadt ernannt.

**Karl Roensch** (1859–1921) war Stadtverordnetenvorsteher und engster Mitarbeiter von Belian. Seiner Initiative und Arbeit verdankte Allenstein den Bau der Wasserleitung und Kanalisation, des Elektrizitätswerks und der Straßenbahn, der Realschule sowie des Neuen Rathauses. 1915 wurde er zum Ehrenbürger der Stadt ernannt. Im Januar 2003 fand man seinen Grabstein inmitten eines Schutthaufens.

**Rittmeister Alberti** aus dem 10. Dragonerregiment; **Carl Bernoth** aus Insterburg – Gastwirt und Hotelier, Eigentümer des Hotels Deutsches Haus; **Julius Butschkow** – Gastwirt und Postmeister; **Ottomar Dromtra Senior** – Bankier und Brauereibesitzer; **Gustav Eschholz** – Kolonialwarenhändler und Stadtrat; **Friedrich Feldheim** und **Wilhelm Sperl** – Mühlenbesitzer; **Carl Gauer** – Besitzer der Seifensiederei am Markt; **Reinhold Hesse** – Besitzer der Drogerie am Markt; **Ludwig Herbst** – Gastwirt, Magistratsmitglied; **Otto Naujack** – Fleischermeister und Bauunternehmer; Besitzer der Ziegelei in der Eisenbahnstraße und der Fleischerei in der Ober-Straße 19; Allensteins Hauptbauunternehmer; in seinem Haus in der Kaiserstraße 3 [Erwina Kruka 3] befindet sich das städtische Kulturzentrum; **Johann Paradowski** – Ziegelbrenner; **Julius Rautenberg** – Bauunternehmer, in einem seiner Häuser befindet sich heute das Hotel Diplomat; **Hermann Schoeneberg** – Kolonialwarenhändler; **Karl Ludwig Schwartz** – Direktor des Kreisgerichtes; **Dr. Adolf Gottlob Sonntag** – Arzt; **Wilhelm Starck** – Kupfermeister; **Arnold Stöhr** – Maurermeister; **Vizefeldwebel Thomas** aus dem Ostpreußischen Schützenbataillon Nr. 1; **Richard Wichura** – Weinhändler, Gastwirt und Hotelier; **Julius Wisutzki** – Zahnarzt; **Eduard Wolfram** – Gründer der Maschinenfabrik und Eisengießerei. *E.G.*

# Das Herz der Stadt schlägt wieder

## 73 Jahre nach dessen Zerstörung wurde das originalgetreu wiederaufgebaute alte Rathaus von Osterode eröffnet

Am 28. September wurde das originalgetreu wiederaufgebaute alte Rathaus in Osterode feierlich eingeweiht.

Während der Kampfhandlungen im Januar 1945 wurde Osterode nur geringfügig zerstört. Nach der Einnahme aber wurde die Stadt geplündert und in Brand gesetzt. Das Rathaus hätte, wie alte Fotos deutlich zeigen, durchaus wieder aufgebaut werden können. Man hat das aus politischen Gründen damals bewusst nicht getan. Dass nun nach 73 Jahren das alte Rathaus – originalgetreu und an authentischer Stelle – wieder aufgebaut wurde, ist eine politische Sensation, die auch dadurch zum Ausdruck kommt, dass der Repräsentant der früheren deutschen Bevölkerung, Kreisvertreter Burghard Gieseler, zu der Einweihung eingeladen und gebeten wurde, gemeinsam mit Bürgermeister Czesław Najmowicz und Marschall Gustaw Marek Brzezin eine kurze Ansprache zu halten.

Schon seit dem Morgen des 28. Septembers kündete ein fröhliches Treiben auf dem Alten Markt von dem bevorstehenden Ereignis: Es wurden regionale Produkte – Honig, Marmelade, Wurst und Käse – angeboten, Frauen in Trachten führten alte Handwerkskunst vor, auf einer Bühne wurde getanzt und musiziert. Auch die Jugendtanzgruppe der deutschen Gesellschaft „Tannen“ zeigte ihr Können, und so war von ihr immer wieder das Lied „Mein liebes Osterode“ auf dem Markt zu hören. Am Nachmittag fand in der Burg eine hochkarätig besetzte Festveranstaltung statt, die sich dem Thema Fremdenverkehr widmete. Nach deren Ende begab sich die gesamte Gesellschaft auf den Alten Markt.


Bild: privat

Vor dem renovierten Rathaus: Burghard Gieseler, Heinrich Hoch und Uwe Dempwolff (v.l.)

Gieseler erinnerte in seiner Ansprache an das Schicksal derjenigen Menschen, die ihre Heimat 1945 (und später) verlassen mussten. Ferner brachte er seine Freude und Dankbarkeit über den Wiederaufbau des Rathauses zum Ausdruck. Dieser mache deutlich, dass sich das deutsch-polnische Verhältnis in Osterode in einer geradezu idealen Weise entwickelt habe.

Seine Ansprache endete mit folgenden Worten: „Liebe Bürgerinnen und Bürger von Osterode, die Kreisgemeinschaft Osterode Ostpreußen ist dankbar dafür, dass wir die Gelegenheit bekommen haben, die Rathausuhr zu stiften. Damit erinnern wir an die früheren deutschen Einwohner Osterodes und setzen zugleich ein dauerhaftes Zeichen der Versöhnung. Möge die Rathausuhr dieser Stadt und ihren Einwohnern stets eine friedliche und glückliche Zeit in einem gemeinsamen Europa anzeigen!“

Nach der Rathauseinweihung wurden die Gäste zu einem opulenten mittelalterlichen Mahl in den Innenhof der Burg geladen. Im Anschluss hieran begab sich der Vorstand der Kreisgemeinschaft Osterode Ostpreußen in das Kaminzimmer des Deutschen Hauses, um das historische Ereignis in gebührender Weise ausklingen zu lassen. Bis auf den Schatzmeister, der aus gesundheitlichen Gründen nicht nach Ostpreußen hatte reisen können, haben alle Vorstandsmitglieder an den Feierlichkeiten in Osterode teilgenommen.

An dieser Stelle sei nochmals dankend auf denjenigen hingewiesen, der zum Wiederaufbau des Rathauses die Initiative ergriffen hatte: Heinrich Hoch. Ohne ihn stünde das Rathaus heute nicht. *B.G.*




## ZUM 100. GEBURTSTAG

**Raudonat**, Fritz, aus Loye, Kreis Elchniederung, am 3. November

## ZUM 99. GEBURTSTAG

**Katzenski**, Erna, geb. **Labusch**, aus Freudengrund, Kreis Ortelsburg, am 20. November
**Konopka**, Friedrich, aus Geigenau, Kreis Lyck, am 16. November

## ZUM 98. GEBURTSTAG

**Gerber**, Liesbeth, geb. **Mollenhauer**, aus Klein Nuhr, Kreis Wehlau, am 17. November
**Puddig**, Gertrud, aus Karkeln, Kreis Elchniederung, am 17. November
**Siegel**, Elfriede, geb. **Kompa**, aus Alt Keykuth, Kreis Ortelsburg, am 16. November

## ZUM 97. GEBURTSTAG

**Bardtke**, Walter, aus Kreuzingen, Kreis Elchniederung, am 5. November
**Krämer**, Gerhard, aus Tapiau, Kreis Wehlau, am 19. November
**Kummetz**, Ruth, aus Erlen, Kreis Elchniederung, am 13. November
**Mützenich**, Lore, geb. **Dalades**, aus Treuburg, am 16. November
**Schmitt**, Karl, aus Tapiau, Kreis Wehlau, am 20. November
**Stutz**, Hildegard, geb. **Gugat**, aus Argemünde, Kreis Elchniederung, am 12. November

## ZUM 96. GEBURTSTAG

**Baumm**, Erika, geb. **Adomat**, aus Großwalde, Kreis Elchniederung, am 17. November
**Ehmke**, Erna, aus Ehrenwalde, Kreis Lyck, am 20. November
**Krüger**, Gertrud, geb. **Szech**, aus Milussen, Kreis Lyck, am 22. November
**Renhart**, Elfriede, geb. **Paczkowski**, aus Eichenau, Kreis Neidenburg, am 16. November

## ZUM 95. GEBURTSTAG

**Kaiser**, Elfriede, geb. **Pogorzelski**, aus Mostolten, Kreis Lyck, am 21. November
**Küttner**, Kurt, aus Eydtkau, Kreis Ebenrode, am 20. November

**Roggon**, Robert, aus Treuburg, am 21. November
**Tausendfreund**, Max-Manfred, aus Hochmühlen, Kreis Ebenrode, am 19. November
**Waschik**, Willy, aus Richtwalde, Kreis Johannisburg, am 19. November

## ZUM 94. GEBURTSTAG

**Bock**, Dora, geb. **Wenskus**, aus Kastaunen, Kreis Elchniederung, am 6. November
**Brencz**, Liesbeth, geb. **Votel**, aus Hohenwalde, Kreis Heiligenbeil, am 22. November
**Eichel**, Elfriede, aus Lyck, am 18. November
**Heumann**, Günther, aus Neidenburg, am 22. November
**Kinsky**, Gertrud, geb. **Urbschat**, aus Rohren, Kreis Ebenrode, am 16. November
**Kumutat**, Käte, aus Skören, Kreis Elchniederung, am 21. November
**Michael**, Hildegard, geb. **Plitzner**, aus Eydtkau, Kreis Ebenrode, am 17. November
**Müller**, Traute, geb. **Dommick**, aus Tapiau, Kreis Wehlau, am 18. November
**Niesgodda**, Ernst, aus Dreimühlen, Kreis Lyck, am 18. November
**Nössig**, Maria, geb. **Sutter**, aus Grimmendorf, Kreis Neidenburg, am 16. November
**Schoen**, Gerhard, aus Münchenfelde, Kreis Lötzen, am 20. November
**Sokolowski**, Edith, aus Fließdorf, Kreis Lyck, am 20. November

## ZUM 93. GEBURTSTAG

**Czub**, Dr. Erich, aus Ulrichsfelde, Kreis Lyck, am 16. November
**Ehrlicher**, Waltraud, geb. **Bernot**, aus Urbansprind, Kreis Elchniederung, am 13. November
**Heidenreich**, Margarete, aus Lyck, am 21. November
**Kopania**, Elfriede, aus Erben, Kreis Ortelsburg, am 21. November
**Lux**, Ruth, geb. **Kolodzey**, aus Ortelsburg, am 17. November
**Schmidt**, Siegfried, aus Kuglacken, Kreis Wehlau, am 18. November
**Schumann**, Anneliese, geb. **Warias**, aus Grünau, Kreis Elchniederung, am 21. November

**Seinwill**, Fritz, aus Neu Trakehnen, Kreis Ebenrode, am 21. November
**Walden**, Waltraut, geb. **Pelka**, aus Malshöfen, Kreis Neidenburg, am 16. November
**Wietzorek**, Kurt, aus Lyck, am 17. November

## ZUM 92. GEBURTSTAG

**Aßmann**, Erika, geb. **Wunder**, aus Klaußen, Kreis Lyck, am 17. November
**Begett**, Alfred, aus Kirpehnen, Kreis Fischhausen, am 21. November
**Bröhan**, Edith, geb. **Nötzel**, aus Klemenswalde, Kreis Elchniederung, am 10. November



**Gornik**, Edeltraud, geb. **Kaiser**, aus Wehlau, am 22. November
**Gudat**, Eva, geb. **Hennig**, aus Tapiau, Kreis Wehlau, am 18. November
**John**, Lotte, geb. **Pancritius**, aus Ebenfelde, Kreis Lyck, am 16. November
**Kunze**, Waltraud, geb. **Dittkuhn**, aus Kuckerneese, Kreis Elchniederung, am 17. November
**Kuzio**, Elisabeth, geb. **Buyny**, aus Dreimühlen, Kreis Lyck, am 21. November
**Ramminger**, Hildegard, geb. **Chmielewski**, aus Roggenfelde, Kreis Treuburg, am 20. November
**Ruschke**, Ada, geb. **Hoffmann**, aus Alt Seckenburg, Kreis Elchniederung, am 7. November
**Schaudt**, Annemarie, geb. **Neumann**, aus Bartenhof, Kreis Wehlau, am 16. November
**Schmiedel**, Erika Elise, geb. **Albrecht**, aus Fischhausen, am 22. November
**Schneider**, Erna, geb. **Jendreyzik**, aus Wappendorf, Kreis Ortelsburg, am 20. November
**Skorepa**, Meta, geb. **Schulz**, aus Kuckerneese, Kreis Elchniederung, am 15. November

## ZUM 91. GEBURTSTAG

**Krämer**, Else, geb. **Rade**, aus Grabnik, Kreis Lyck, am 20. November
**Krogmann**, Martha, geb. **Seidel**, aus Sodargen, Kreis Ebenrode, am 16. November
**Letkow**, Siegfried, aus Lyck, Kaiser-Wilhelm-Straße 134, am 19. November
**Schöffel**, Charlotte, geb. **Saparautzki**, aus Tawellenbruch, Kreis Elchniederung, am 20. November
**Selenz**, Frieda, geb. **Fröse**, aus Erlen, Kreis Elchniederung, am 17. November
**Sperzel**, Waltraut, geb. **Erzberger**, aus Lindental, Kreis Elchniederung, am 21. November

**Targiel**, Karl-Heinz, aus Treuburg, am 21. November
**Titel**, Klaus, aus Kuckerneese, Kreis Elchniederung, am 20. November
**Zimmel**, Adalbert, aus Rehwalde, Kreis Elchniederung, am 8. November

## ZUM 90. GEBURTSTAG

**Augustin**, Helmut, aus Sonnau, Kreis Lyck, am 17. November
**David**, Emil Helmut, aus Hohensprindt, Kreis Elchniederung, am 22. November
**Ehricht**, Ingeborg, aus Kuckerneese, Kreis Elchniederung, am 21. November
**Fromm**, Helmut, aus Tapiau, Kreis Wehlau, am 18. November
**Glagau**, Wilma, geb. **Kamieth**, aus Groß Ponnau, Kreis Wehlau, am 16. November
**Griga**, Helmut, aus Kuckerneese, Kreis Elchniederung, am 8. November
**Groß**, Ursula, geb. **Schwarck**, aus Tapiau, Kreis Wehlau, am 20. November
**Gutt**, Fritz, aus Kronau, Kreis Lötzen, am 21. November
**Küspert**, Irmgard, geb. **Jamm**, aus Kattenau, Kreis Ebenrode, am 21. November
**Schimanski**, Ernst, aus Seehag, Kreis Neidenburg, am 18. November
**Stölting**, Ingeburg, geb. **Peikert**, aus Ebenrode, am 20. November
**Storm**, Lilly, geb. **Kurpat**, aus Groß Heinrichsdorf, Kreis Elchniederung, am 2. November
**Symanzik**, Horst, aus Maschen, Kreis Lyck, am 19. November
**Tarrach**, Käte, geb. **Lasogga**, aus Rogonnen, Kreis Treuburg, am 17. November
**Wisbar**, Werner, aus Hochdünen, Kreis Elchniederung, am 22. November

## ZUM 85. GEBURTSTAG

**Burbulla**, Erich, aus Montwitz, Kreis Ortelsburg, am 17. November
**Cremer**, Grete, geb. **Petrick**, aus Klein Friedrichsgraben, Kreis Elchniederung, am 19. November
**Demenus**, Arno, aus Seckenburg, Kreis Elchniederung, am 20. November
**Dietrich**, Lutz, aus Groß Allendorf, Kreis Wehlau, am 16. November
**Holm**, Eva, geb. **Podzuweit**, aus Guttschallen, Kreis Wehlau, am 21. November
**Jorkowski**, Georg, aus Grenzdamm, Kreis Neidenburg, am 16. November
**Joseph**, Siegmar, aus Neukirch, Kreis Elchniederung, am 6. November
**Kairies**, Günther, aus Kuckerneese, Kreis Elchniederung, am 12. November
**Lorra**, Horst, aus Eckwald, Kreis Ortelsburg, am 20. November
**Mahnken**, Grete, geb. **Brandt**, aus Hohenwalde, Kreis Heiligenbeil, am 18. November

**Mosdzien**, Heinz, aus Wilhelmsthal, Kreis Ortelsburg, am 20. November
**Saul**, Harald, aus Neukirch, Kreis Elchniederung, am 2. November
**Schönberger**, Christel, geb. **Raudies**, aus Schakendorf, Kreis Elchniederung, am 8. November
**Sitarek**, Martha, geb. **Surrey**, aus Groß Schiemanen, Kreis Ortelsburg, am 16. November
**Tetzlaff**, Martin, aus Groß Trakehnen, Kreis Ebenrode, am 21. November
**Tripke**, Edith, geb. **Druba**, aus Schönhöhe, Kreis Ortelsburg, am 18. November
**Weingarten**, Ingrid, geb. **Düputell**, aus Cranz, Kreis Fischhausen, am 17. November
**Weituschat**, Ursula, geb. **Sawitzki**, aus Groß Trakehnen, Kreis Ebenrode, am 19. November
**Wiberny**, Horst, aus Bergenau, Kreis Treuburg, am 18. November
**Willutzki**, Prof. Siegfried, aus Widminnen, Kreis Lötzen, am 22. November

## ZUM 80. GEBURTSTAG

**Arndt**, Helmut, aus Canditten, Kreis Preußisch Eylau, am 17. November
**Augustin**, Manfred, aus Ortelsburg, am 21. November
**Dodszuweit**, Alfred, aus Ibenberg, Kreis Elchniederung, am 22. November
**Hannemann**, Manfred, aus Canditten, Kreis Preußisch Eylau, am 18. November
**Herrmann**, Irmtraut, geb. **Westphal**, aus Ahlgarten, Kreis Elchniederung, am 20. November
**Jend**, Ernst-Martin, aus Wappendorf, Kreis Ortelsburg, am 17. November
**Jeromin**, Helga, geb. **Tuttas**, aus Wilhelmsthal, Kreis Ortelsburg, am 17. November

**Kensy**, Renate, geb. **Spekonius**, aus Liebenberg, Kreis Ortelsburg, am 18. November
**Konietzko**, Albrecht, aus Treuburg, am 28. Oktober
**Leyk**, Werner, aus Haasenberg, Kreis Ortelsburg, am 21. November
**Liebetrau**, Ursula, geb. **Sendzik**, aus Ortelsburg, am 20. November
**Mordas**, Siegfried, aus Gordeiken, Kreis Treuburg, am 19. November
**Much**, Siegfried, aus Lyck, am 20. November
**Polte**, Edeltraud, geb. **Krause**, aus Lyck, am 16. November
**Schiefer**, Margot, geb. **Bajorat**, aus Rauterskirch, Kreis Elchniederung, am 20. November
**Schomber**, Siegfried, aus Peyse, Kreis Fischhausen, am 17. November
**Schröder**, Peter, aus Merunen, Kreis Treuburg, am 20. November
**Schröder**, Erhard, aus Tapiau, Kreis Wehlau, am 20. November
**Stahl**, Elvira, geb. **Meyrat**, aus Wartenhöfen, Kreis Elchniederung, am 13. November

## ZUM 75. GEBURTSTAG

**Fidorra**, Gerhard, aus Willenberg, Kreis Ortelsburg, am 22. November
**Fillbrandt**, Irmgard, geb. **Bialluch**, aus Allenstein, am 20. November
**Kellner**, Christ-Maria, geb. **Zimmermann**, aus Kiowen, Kreis Treuburg, am 16. November
**Regel**, Jutta, geb. **Schulz**, aus Ansorge, Kreis Elchniederung, am 2. November
**Reich**, Werner, aus Adlig Linkuhnen, Kreis Elchniederung, am 5. November
**Rente**, Peter, aus Heinrichswalde, Kreis Elchniederung, am 14. November
**Schumacher**, Heidemarie, geb. **Koßak**, aus Jürgen, Kreis Treuburg, am 17. November



## TERMINE DER LO

**2019**
**16. bis 17. März**: Arbeitstagung (AT) der Kreisvertreter in Helmstedt
**13. bis 14. April**: AT Deutsche Vereine in Sensburg
**12. bis 14. April**: Kulturseminar in Helmstedt
**11. Mai**: Jahrestreffen der LO in Wolfsburg
**15. Juni**: Sommerfest des VdGEM in Heilsberg
**21. bis 23. Juni**: 7. Sommerolympiade in Osterode (Ostpreußen)
**20. bis 22. September**: Geschichtsseminar in Helmstedt
**7. bis 13. Oktober**: Werkwoche in Helmstedt
**19. bis 20. Oktober**: 12. Kommunalpolitischer Kongress in Allenstein (geschlossener Teilnehmerkreis)
**1. November**: AT der Landesgruppenvorsitzenden in Wuppertal
**2. bis 3. November**: Ostpreußische Landesvertretung in Wuppertal (geschlossener Teilnehmerkreis)
**9. bis 12. November**: Kulturhistorisches Seminar in Helmstedt

*Auskünfte erhalten Sie bei der Bundesgeschäftsstelle der Landsmannschaft Ostpreußen, Buchtstraße 4, 22087 Hamburg, Telefon (040) 41400826, E-Mail: info@ostpreussen.de, Internet: www.ostpreussen.de/lo/seminare.html*

## Zusendungen für Ausgabe 48

Bitte senden Sie Ihre Texte und Bilder für die Heimatseiten der *PAZ*-Ausgabe 48/2018 (Erstverkaufstag: 30. November) bis spätestens Mittwoch, 21. November an E-Mail: redaktion@preussische-allgemeine.de, per Fax an (040) 41400850 oder postalisch an *Preußische Allgemeine Zeitung*, z. Hd. Frau Christiane Rinser-Schrut, Buchtstraße 4, 22087 Hamburg.




## Vortragsveranstaltung

**Duisburg** – Sonnabend, 24. November, ab 10.30 Uhr, vormaliges „Museum Stadt Königsberg“, Johannes-Corputius-Platz 1, Eingang Karmelplatz 5, 47051 Duisburg: Der Vorstand der PRUSSIA, Gesellschaft für Geschichte und Landeskunde Ost- und Westpreußens lädt zu einer Vortragsveranstaltung ein. Die Teilnahme ist kostenfrei, Gäste sind stets willkommen.

Ab 10.30 Uhr sowie in der Pause besteht die Möglichkeit, das Patenschaftsbüro der Stadtgemeinschaft Königsberg mit einem Bücherstand aufzusuchen.

11 Uhr: Begrüßung und Einführung in die Veranstaltung. Anschließend referiert Professor Thomas Heberer, Duisburg, in seinem Vortrag zu „Was hat Ostpreußen mit China zu tun?“ oder „Ostpreußen und China, bisher kaum bekannte Verbindungen und beidseitige Kontakte“.

Zwischen 13 und 14.15 Uhr ist ein Gedankenaustausch bei einem Imbiss vorgesehen.

14.15 Uhr stellt Jörn Barfod, Lüneburg, in seinem Vortrag „Das neugestaltete Ostpreußische Landesmuseum“ vor. Im August 2018 wiedereröffnet, präsentiert das um eine Deutschbaltische Abteilung erweiterte Museum eine grundlegend museal neugestaltete Dauerausstellung wie auch Sonderausstellungen.

Im Anschluss an die Vorträge besteht die Möglichkeit zur Aussprache.

Gegen 16 Uhr: Abschlussdiskussion, Schlusswort und Verabschiedung.

Fragen an: prussia.gesellschaft@gmail.com

## AUS DEN HEIMATKREISEN

Die Kartei des Heimatkreises braucht Ihre Anschrift.
Melden Sie deshalb jeden Wohnungswechsel.
Bei allen Schreiben bitte stets den letzten Heimatort angeben



### ELCH-NIEDERUNG

Kreisvertreter: Manfred Romeike, Anselm-Feuerbach-Str. 6, 52146 Würselen, Telefon/Fax (02405) 73810. Geschäftsstelle: Barbara Dawideit, Telefon (034203) 33567, Am Ring 9, 04442 Zwenkau.

#### Heimatgruppe

**Hamburg** – Dienstag, 4. Dezember, 14 Uhr, Berenberg-Gossler-Haus, Bürgerhaus für Nienburg e.V., Niendorfer Kirchenweg 17: Treffen. Gäste sind immer herzlich willkommen. Informationen erteilt Helga Bergner, Telefon (040) 5226122.



### GUMBINNEN

Kreisvertreterin: Karin Banse, Wiesengrund 9, 29559 Wrestedt, OT Wieren, Telefon (05825) 642, E-Mail: karin.banse@t-online.de, Internet: www.kreis-gumbinnen.de.

#### Heimattreffen

**Spornitz** – Sonnabend, 24. November, 10 bis 15 Uhr, Landhotel, Am Alten Dütschower Weg 1, 19372 Spornitz: 52. Gesamtdeutsches Heimattreffen des ostpreußischen Regierungsbezirks Gumbinnen. Zu dem 52. Gesamtdeutschen Heimattreffen laden wir in das an der B 191 gelegene Landhotel in Spornitz, nahe Parchim, alle Landsleute und auch daran interessierte Teilnehmer herzlich ein.

Es wird Wissenswertes über Ostpreußen zu hören sein. Ein darauf abgestimmtes musikalisches Programm sowie ein Film über die Heimat sind vorgesehen und werden die Vergangenheit zur Gegenwart werden lassen, sodass der Landsmann und auch der Nichtostpreuße hiervon beeindruckt sein werden und gerne zu Nachfolgetreffen kommen werden.

Das Hotel kann entweder mit dem PKW über die Bundesautobahn 24 und nach deren Verlassen am Abzweig Neustadt-Glewe oder auch mit der Eisenbahn über den Eisenbahnknotenpunkt Ludwigslust erreicht werden. Kaffee und Mittagessen können im Hotel eingenommen werden. Das Hotel verfügt über ausreichend Parkplätze. Eine Übernachtung sollte rechtzeitig unter der Telefonnummer (038726) 880 vereinbart werden. Auskunft erteilt Friedrich-Eberhard Hahn, John-Brinkman-Straße 14 b, 19370 Parchim, Telefon und Fax (03871) 226238, E-Mail: friedelhahn@arcor.de.



### LÖTZEN

Dieter Arno Milewski, Am Forstgarten 16, 49214 Bad Rothenfelde, Telefon (05424) 4553, Fax (05424) 399139, E-Mail: dieter.arno.milewski@osnanet.de. Geschäftsstelle: Ute Eichler, Bilenbarg 69, 22397 Hamburg, Telefon (040) 6083003, E-Mail: KGL.Archiv@gmx.de

#### Vortrag

**Neumünster** – Sonnabend, 17. November, 15.30 Uhr (Museum öffnet um 10 Uhr), Lötzener Museum, Sudetenlandstraße 18H (Böcklersiedlung): Vortrag „Ostpreußen kriminell – Vom Wilddieb bis zur Giftmörderin“. Ute Eichler stellt anhand von Beispielen Nachdenkliches und Unterhaltsames aus zum Teil gar nicht so ferner Zeit vor. Der Eintritt ist frei.



### LYCK

Kreisvertreterin: Bärbel Wiesensee, Diesberg 6a, 41372 Niederkrüchten, Telefon (02163) 898313. Stellvertr. Kreisvertreter: Dieter Czudnochowski, Lärchenweg 23, 37079 Göttingen, Telefon (0551) 61665.

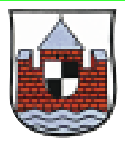
#### Herbstfahrt

Das Herbsttreffen der Mittleren Generation mit 21 Teilnehmern führte uns nach Lüneburg, um das neueröffnete Ostpreußische Landesmuseum zu besuchen. Heidi Mader, die Sprecherin der Gruppe, hatte ein gut durchdachtes Programm gewählt, das Hotel „Bremer Hof“ als Ausgangspunkt zu den weiteren Aktivitäten. Am Sonnabend führte uns Elimar Labusch in einem Rundgang, über zwei Etagen, durch das neuerrichtete Museum. Es gab viele informative Stationen zu erkunden. Fazit vieler Personen war: „Das Haus ist einen weiteren Besuch wert.“ Den Nachmittag verbrachten wir in dem Aktionsraum des Hauses, aufgeteilt in zwei Gruppen mit dem Thema „Bernstein“. Wir hatten dazu, nach einer informativen Einweisung, jeder ein kleines Stück Rohbernstein erhalten und konnten ihn von Hand individuell durch Schleifen und Polieren bearbeiten. Dieser Einblick in die Verarbeitung des Bernsteins ist sonst nur den Kindern in einem lehrpädagogischen Teil vorbehalten. Der Blick durch das Mikroskop bestätigte jedem Einzelnen sein Erfolgsergebnis. An der Anschaffung der Mikroskope hatte sich unsere Kreisgemeinschaft fördernd mit einem Geldbetrag beteiligt. Durch diese Erfahrung mit unserer Gruppe, beabsichtigt die Museumsleitung auch künftig den erwachsenen Besuchern dieses Angebot zu unterbreiten. In froher Runde verbrachten wir bei gutem Schmaus den Abend im Restaurant Mälzer. Hubertus Hilgendorf, Vorsitzender des Kuratoriums der Stiftung Ostpreußen, hat uns in einem sehr interessanten, aufschlussgebenden Vortrag Einblicke in die Geschichte und Handlungsweise des Ostpreußischen Landesmuseums, sowie zukunftsweisende Vorhaben nähergebracht.

Am Sonntag versammelten wir uns auf dem Marktplatz vor dem Rathaus, um Bruder Jakob, einen bekannten Stadtführer, auf seinem Weg durch die historische Innenstadt zu begleiten. Aufmunternd waren seine, in mittelalterlicher Sprachauswahl, erklärenden Redewendungen an verschiedenen Stationen.

Bepackt mit den vielen erlebnisreichen Eindrücken der beiden Tage, verabschiedeten wir uns mit einem besonderen Dank an unsere Organisatorin.

*Dieter-J. Czudnochowski*



### TILSIT–STADT

Stadtvertreter: Erwin Feige, Am Karbel 52, 09116 Chemnitz, Telefon (0371) 3363748. Geschäftsführer: Manfred Urbschat, E-Mail: info@tilsit-stadt.de

#### Laudatio

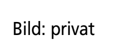
Das Museum für Stadtgeschichte in Tilsit wurde 1992 gegründet. Nach der notwendigen Sanierung der Räumlichkeiten des Museums mit Unterstützung der Stadt und der Stadtgemeinschaft Tilsit (SgT) konnte das Museum zu einem noch stärkeren Anziehungspunkt für Bewohner und Touristen verändert werden.

Ein besonderes Anliegen der Museumsdirektorin Angelika Spiljova bestand und besteht darin, die heutigen Bewohner mit dem künstlerischen und literarischen Schaffen von Persönlichkeiten bekanntzumachen, die aus Tilsit stammen. Die SgT nimmt an diesem Prozess regen Anteil. Die bestehenden Kontakte wurden 2015 mit einer „Vereinbarung über eine partnerschaftliche Zusammenarbeit“ zwischen der SgT und dem Museum für Stadtgeschichte Sowetsk vertraglich aufgewertet. Es liegt die Absicht zugrunde, das gemeinsame Miteinander weiter zu pflegen und zu vertiefen. Große Beachtung fand die Buchpräsentation mit 40 Gedichten des Tilsiter Dichter Max von Schenkendorf. Eine besondere Bedeutung des Wirkens von Angelika Spiljova besteht darin, die Erinnerung an den gebürtigen Tilsiter Dichters, Lyrikers und Erzählers Johannes Bobrowski wach zu halten und zu vermitteln. Dazu gehören Buchlesungen aus seinen Werken. Zu Ehren von Johannes Bobrowski erhielt das Museum an der Außenseite ein Bronzerelief. Dieses Relief hat der in Tilsit geborene Künstler Sebastian Holzner geschaffen. Holzner ist Maler und Bildhauer. Er hat in einer Sonderausstellung im Museum mit finanzieller Unterstützung der SgT, zirka 80 Arbeiten seines Könnens vorgestellt.

Die Verleihung der Ehrenbürgerwürde an den berühmten, in Tilsit geborenen Schauspieler Armin Müller-Stahl wurde von Spiljova initiiert. Müller-Stahl hat auch als Schriftsteller, Maler und Grafiker beachtliche Erfolge erzielt. Im Museum von Tilsit ist eine Ausstellung mit seinen Lithographien zu besichtigen. Als Geschenk für das Museum brachte er seine Urfaust-Lithographien mit. So könnten noch weitere Initiativen von ihr genannt werden.

Als Zeichen der Wertschätzung für ihre langjährige Tätigkeit für das alte und neue Tilsit überreichte ich Angelika Spiljova die Ehrenmedaille der Stadtgemeinschaft Tilsit. *Siegfried Dannath-Grabs, 2. Vorsitzender der SgT*



Lüneburg: Lycker vorm Trakehner und dem OL  Bild: privat

# Landsmannschaftliche Arbeit Landesgruppen



## BADEN-WÜRTTEMBERG

Vors.: Uta Lüttich, Feuerbacher Weg 108, 70192 Stuttgart, Telefon und Fax (0711) 854093, Geschäftsstelle: Haus der Heimat, Schloßstraße 92, 70176 Stuttgart, Tel. und Fax (0711) 6336980.

**Landesgruppe** – Mittwoch, 21. November, 18 Uhr, Haus der Heimat, Großer Saal, Schloßstraße 92, Stuttgart: Diavortrag von Heide Quandt „Ostpreußen – Landschaften, die keiner mehr kennt“. Frau Quandt hat Ostpreußen mehrmals besucht. In ihrem Vortrag möchte die Referentin die Teilnehmer in schöne Landschaften entführen und auch Geschichtliches nahebringen. Seien Sie, Ihre Freunde und Bekannten herzlich eingeladen und lassen sich überraschen. Der Eintritt ist frei. – Wochenende 24. und 25. November, Kulturzentrum Ostpreußen, Ellingen: Herbstmarkt.

### Kulturzentrum Ostpreußen

**Ellingen** – Sonnabend, 24., und Sonntag, 25. November, findet der 23. Bunte Herbstmarkt im Kulturzentrum Ostpreußen, Deutschordenschloß Ellingen statt.

*Das Kulturzentrum Ostpreußen ist Dienstag bis Sonntag, 10 bis 12 Uhr und 13 bis 16 Uhr geöffnet. Schloßstraße 9, 91792 Ellingen/Bayern, Telefon (09141) 86440, Internet: www.kulturzentrum-ostpreussen.de oder E-Mail: info@kulturzentrum-ostpreussen.de*

**Ludwigsburg** – Dienstag, 20. November, 15 Uhr, Krauthof, Beihingerstraße 27: Stammtisch.

**Reutlingen** – Sonnabend, 17. November, 14 Uhr, Friedhof Römerschanze, RT am Gedenkstein: Totengedenkfeier mit einer Ansprache der 1. Vorsitzenden der LOW Reutlingen, Ilse Hunger, anschließend Einkehr im Gasthaus Edelweiß. Bei Kaffee und Kuchen werden wir unserer Heimat gedenken.



## BAYERN

Vorsitzender: Friedrich-Wilhelm Böld, Telefon (0821) 517826, Fax (0821) 3451425, Heilig-Grab-Gasse 3, 86150 Augsburg, E-Mail: info@low-bayern.de, Internet: www.low-bayern.de.

**Altmühlfranken** – Freitag, 23. November, 19 Uhr, Gasthof Krone, Gunzenhausen: „Der Tierfilmer Heinz Sielmann“ – Filmabend. Vorher gemeinsames Essen (Curry-Wurst).

**Ansbach** – Sonnabend, 17. November, 14.30 Uhr, Denkmal auf dem Waldfriedhof: Gedenkfeier aller Landsmannschaften für die Opfer von Flucht und Vertreibung. Um 15.30 Uhr folgt in der Orangerie ein Bildbericht über die Danzig-Reise.

**Bamberg** – Mittwoch, 21. November, 15 Uhr, Hotel Wilde Rose, Keßlerstraße, Bamberg: Monatstreffen.

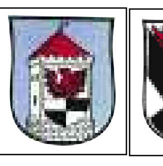




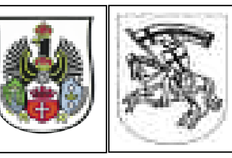

## BERLIN

Vorsitzender: Rüdiger Jakesch, Geschäftsstelle: Forckenbeckstraße 1, 14199, Berlin, Telefon (030) 2547345, E-Mail: info@bdv-bln.de, Internet: www.ostpreussen-berlin.de. Geschäftszeit: Donnerstag von 14 Uhr bis 16 Uhr Außerhalb der Geschäftszeit: Marianne Becker, Telefon (030) 7712354.

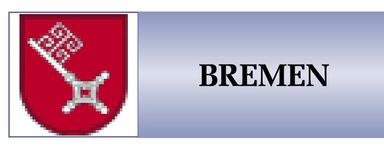
KREISGRUPPEN




**Angerburg, Goldap** – Montag, 19. November, 14 Uhr, Restaurant Oase Amera, Borussiastraße 62, 12102 Berlin, Anfragen an Marianne Becker, Telefon (030) 7712354.



**Königsberg, Samland, Labiau** – Freitag, 16. November, 14 Uhr, Forckenbeckstraße 1, 14199 Berlin-Wilmersdorf, Anfragen an Elfi Fortange, Telefon (030) 4944404.



## BREMEN

**Bremen** – Volkstrauertag, 18. November, 14 Uhr, anden Gedenksteinen um das Ehrenkreuz auf dem Osterholzer Friedhof: Der BdV und die ostdeutschen Landsmannschaften veranstalten eine musikalisch umrahmte Gedenkfeier für die Toten der Heimat und die Opfer der Vertreibung. – Donnerstag, 22., bis Sonnabend, 24. November, Einkaufszentrum „Berliner Freiheit“, Bremen-Vahr: Markt der Ost- und Westpreußen.





## HAMBURG

Erster Vorsitzender: Hartmut Klingbeutel, Haus der Heimat, Teilfeld 8, 20459 Hamburg, Tel.: (040) 444993, Mobiltelefon (0170) 3102815.

**Landesgruppe** – Sonnabend, 17. November, 10 bis 16 Uhr, Haus der Heimat, Teilfeld 8: Christkindlmarkt. – Montag, 26. November, 11.30 Uhr, Haus der Heimat, Teilfeld 8: Stunde der Begegnung. Frau Weber berichtet zum Thema „Deutsche im Baltikum“. Begonnen wird mit einem Film über die Marienburg und die Christianisierung. Mit einem kleinen Imbiss wird die Veranstaltung unterbrochen. Wenn möglich, wird um telefonische Anmeldung gebeten bei Frau Kalläwe unter (040) 76980781 oder beim Haus der Heimat unter (040) 41924456.

FRAUENGRUPPE



Sonnabend, 17. November, 13 Uhr, Hochkreuz Bergedorfer Friedhof: Kranzniederlegung zum Volkstrauertag, anschließend Café Sternwarte. – Freitag 23. November, 15 Uhr, Haus des Begleiters, Harders Kamp 1: „Von Königsberg in die Welt – Schwermer Marzipan“, Kaffee und Marzipantorte.



## HESSEN

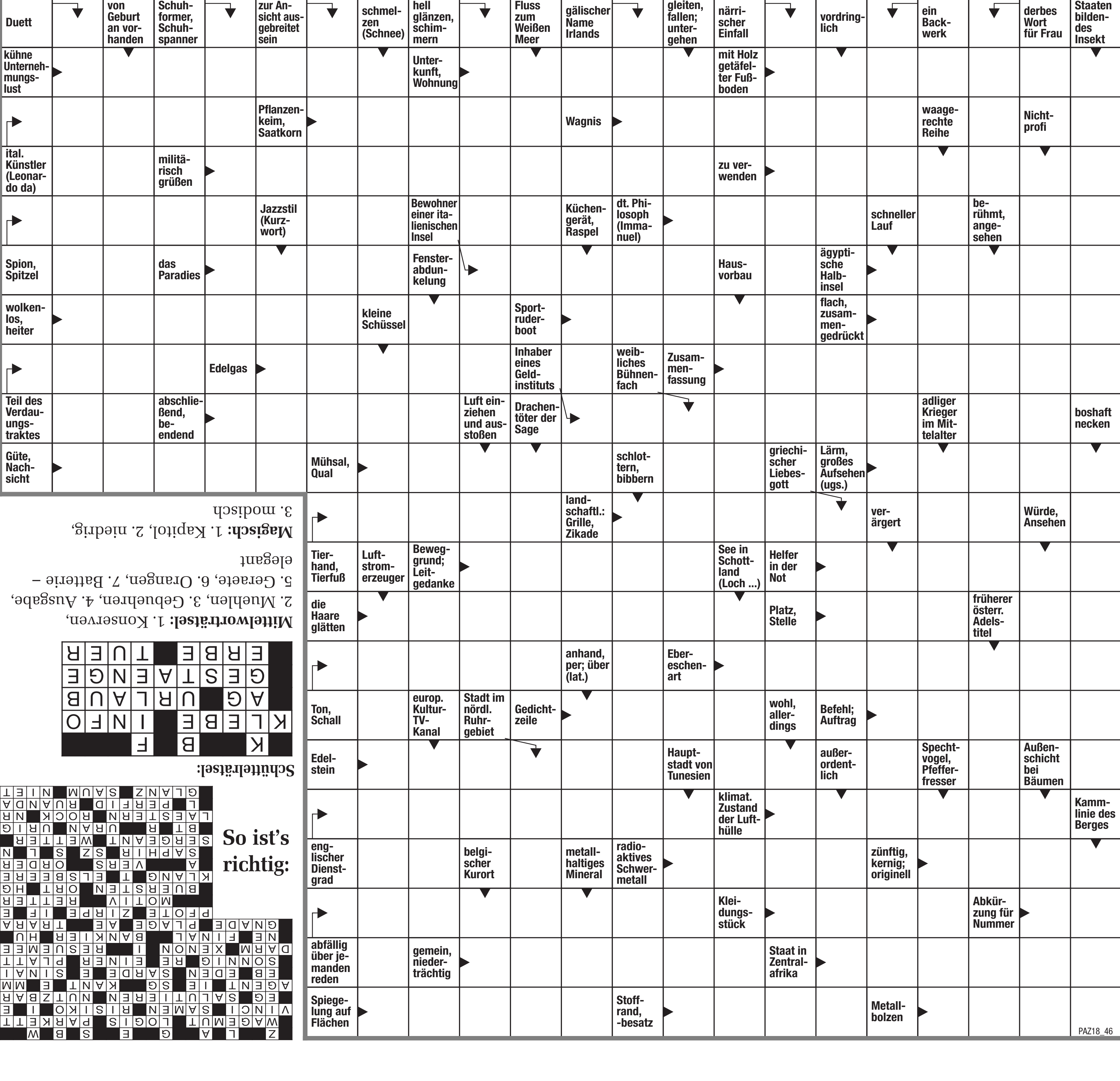
Vorsitzender: Ulrich Bonk, Stellvertretender Vorsitzender: Gerhard Schröder, Engelmühlenweg 3, 64367 Mühltal, Telefon (06151) 148788

**Wetzlar** – Sonntag, 2. Dezember, 15.30 Uhr, Restaurant „Grillstuben“, Stoppelberger Hohl 128: Advents- und Weihnachtsfeier. Dabei wird Pfarrer Christian Silbernagel (Büblingshausen) eine Andacht gestalten. Der Eintritt ist frei. Kontakt: Kuno Kutz, Telefon (06441) 770559.

**Wiesbaden** – Sonnabend, 17. November, 15 Uhr, Haus der Heimat, Großer Saal, Friedrichstraße 35: Monatstreffen. „Meine Heimat heute“ – Reise in das nördliche Ostpreußen, Bilder-Vortrag von Dieter Schetat, beginnt mit Tilsit, dessen Gesicht sich zunehmend verändert hat, ohne jedoch die deutsche Zeit vergessen zu lassen. Weitere Programmpunkte sind unter anderem Ostpreußens Hauptstadt Königsberg, die zur Fußball-Weltmeisterschaft 2018 eigens ein neues Stadion erhielt, das einstige Gestüt Trakehnen, die Gebiete der Elchniederung und der Rominter Heide sowie die Kurische Nehrung mit der Dünenlandschaft und der Vogelwarte Rossitten. Vor dem Bilder-

Landsmannschaftl. Arbeit
Fortsetzung auf Seite 17



## Schüttelrätsel

**In diesem ungewöhnlichen Kreuzworträtsel stehen anstelle der Fragen die Buchstaben der gesuchten Wörter alphabetisch geordnet in den Fragefeldern. Zur Lösung beginnen Sie am besten mit den kurzen Wörtern (Achtung: ORT kann z. B. ORT, TOR oder auch ROT heißen).**

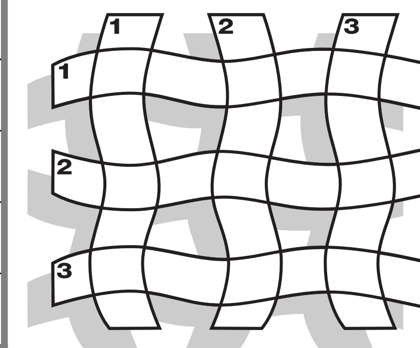
| AEGKL | | EEGR | BEETU | | EFILT | | ANNU | EFGU | BEOR |
|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|
| | | | | | FINO | | | | |
| BEEKL | | | ABLRUU | | | | | | |
| AEEEGGNST | | | | | | | | | |
| BEER | | | | | ERTU | | | | |

## Mittelworträtsel

**Erweitern Sie die linken und rechten Wörter jeweils durch ein gemeinsames Wort im Mittelblock. Auf der Mittelachse ergibt sich in Pfeilrichtung ein anderes Wort für schick, hübsch.**

| | | | |
|---|---|---|---|
| 1 | OBST | | DOSE |
| 2 | SALZ | | RAD |
| 3 | PARK | | SATZ |
| 4 | ERST | | KURS |
| 5 | SPORT | | TURNEN |
| 6 | BLUT | | BAUM |
| 7 | AUTO | | POL |

## Magisch

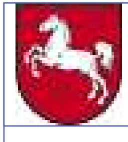


**Schreiben Sie waagerecht und senkrecht dieselben Wörter in das Diagramm.**

1 Kongresspalast in Washington
2 flach, von geringer Höhe
3 zeitgemäß, neuartig (Kleidung)

Landsmannschaftl. Arbeit
Fortsetzung von Seite 16

vortrag gibt es Kaffee und Kuchen von der Konditorei Gehlhaar. – Sonntag, 18. November, Südfriedhof: Volkstrauertag. Donnerstag, 22. November, 18 Uhr, Gaststätte Haus Waldlust, Ostpreußenstraße 46: Stammtisch. Serviert werden verschiedene Wildgerichte mit Klößen und Rotkohl sowie eine Wildsuppe. Für den musikalischen Rahmen sorgt das „Bläsercorps der Jägerschaft Wiesbaden“ mit traditionellen Jagdsignalen. Wenn Sie an diesem besonderen Stammtisch teilnehmen möchten, melden Sie sich bitte wegen der Platz- und Essensdisposition bis spätestens 16. November bei Helga Kukwa, Telefon (0611) 373521 an. Teilnahme bitte nur nach Anmeldung.



## NIEDERSACHSEN

Vorsitzende: Dr. Barbara Loeffke, Alter Hessenweg 13, 21335 Lüneburg, Telefon (04131) 42684. Schriftführer und Schatzmeister: Hilde Pottschien, Volgerstraße 38, 21335 Lüneburg, Telefon (04131) 7684391. Bezirksgruppe Lüneburg: Heinz Kutzinski, Im Wiesengrund 15, 29574 Ebstorf, Telefon (05822) 5465. Bezirksgruppe Braunschweig: Fritz Folger, Sommerlust 26, 38118 Braunschweig, Telefon (0531) 2 509377. Bezirksgruppe Weser-Ems: Otto v. Below, Neuen Kamp 22, 49584 Fürstenau, Telefon (05901) 2968.

**Osnabrück** – Freitag, 16. November, Hotel „Bürgerbräu“, Blumenhaller Weg 43, 49080 Osnabrück: Frauengruppe.



## NORDRHEIN-WESTFALEN

Vorsitzender: Wilhelm Kreuer, Geschäftsstelle: Buchenring 21, 59929 Brilon, Tel. (02964) 1037, Fax (02964) 945459, E-Mail: geschaeft@Ostpreussen-NRW.de, Internet: www.Ostpreussen-NRW.de

**Bielefeld** – Sonntag, 2. Dezember, Wohnstift Salzburg, Memeler Straße 35, 33605 Bielefeld: Advent-Heimatnachmittag. Es soll ein besinnlicher Nachmittag werden. Im Mittelpunkt steht die Andacht von Herrn Pfarrer i.R. Falk, das gemeinsame Kaffeetrinken und Schabbern. Der Posaunenchor Schloß Neuhaus wird den musikalischen Rahmen gestalten. Wir erbitten einen Unkostenbeitrag von 5 Euro pro Mitglieder und 8 Euro pro Gast; die Anmeldung zwecks Kuchenbestellung bitte bis zum 23. November unter Telefon (05202) 5584.

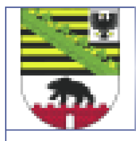
**Düren** – Sonntag, 18. November, 9.30 Uhr, Friedhof Düren-Ost-Totengedenken zum Volkstrauertag.

**Düsseldorf** – Sonnabend, 17. November, 18 Uhr, Restaurant Akropolis, Immermannstraße 40: Gänseessen. Anmeldung erforderlich bis 12. November, Telefon (0211) 682318 oder (0211) 87665123. – Dienstag, 20. November, 20 Uhr, GHH: Vortrag von Professor Jörn Leonhard „Der überforderte Frieden, Versailles und die Welt (1918–23)“. – Mittwoch, 21. November, 19 Uhr, GHH: Vortrag von Bärbel Beutner „Zum 90. Geburtstag von Hermann Sudermann (1857 – 1928)“.

**Neuss** – Sonntag, 18. November, 11.30 Uhr, Hauptfriedhof, Rheydter Straße: Teilnahme an der Feierstunde zum Volkstrauertag. – Donnerstag, 29. November, 15 bis 18 Uhr, Ostdeutsche Heimatstube: Tag der offenen Tür mit Kaffee und Kuchen.

**Schwelm** – Sonntag, 18. November, 10.30 Uhr, Treffen am Stein: Volkstrauertag.

**Witten** – Montag, 19. November, 15 Uhr, Evangelisch-Lutherische Kreuzgemeinde Witten, Lutherstraße 6–10: Königsberger-Klopse-Essen.



## SACHSEN-ANHALT

Vors.: Michael Gründling, Große Brauhausstraße 1, 06108 Halle, Telefon privat (0345) 2080680.

**Gardelegen** – Freitag, 23. November, 14 Uhr, Begegnungsstätte der VD Gardelegen: gemütliches Beisammensein in der Vorweihnachtszeit.



## SCHLESWIG-HOLSTEIN

Vors.: Edmund Ferner, Julius-Wichmann-Weg 19, 23769 Burg auf Fehmarn, Telefon (04371) 8888939, E-Mail: birgit@kreil.info

**Flensburg** – Sonntag 18. November, 11.30 Uhr, Friedhof Am Friedenshügel in der Kapelle: Volkstrauertag. Es ist wieder eine Mitfahrgelegenheit vorgesehen. – Sonntag, 25. November, 15 Uhr Friedhof Am Friedenshügel in der Kapelle: Totensonntag, Es wird eine Mitfahrgelegenheit angeboten.

**Mölln** – Freitag, 30. November, 15 Uhr, Quellenhof: Adventsfeier. Die Möllner Preußen laden ihre Mitglieder und Gäste herzlichst ein. Sie beginnt mit heimatlichem Glockengeläut. Nach der Begrüßung der Gäste durch unseren Vorsitzenden Klaus Kuhr wird unser Mitglied, Probst Erwin Horning einige Worte zur Advents- und Weihnachtszeit sagen. Es werden Weihnachtslieder gesungen, eventuell sagt auch jemand ein Gedicht auf. Zum gemeinsamen Kaffeetrinken gibt es ein Stück Marzipantorte und ein Stück Butterkuchen für 7,50 Euro. Anschließend werden uns „Die Schaalseejungs“ mit ihren Liedern begeistern. Anmeldungen unter Telefon (04542) 5044 bis zum 25. November. Georg Braun, Schriftführer

**Schönwalde** – Sonntag, 18. November, 10 Uhr, Kirche: Volkstrauertag. – Donnerstag, 22. November und Donnerstag, 29. November, jeweils 14 Uhr, Klönstuv: Seniorenbegegnung.

# „Kaiserpavillon“ im neuen Glanz

## Renovierung des ehemaligen Jagdbahnhofes ist abgeschlossen

Nach 100 Jahren seit der Abdankung Kaiser Wilhelms II. erstrahlt sein ostpreußischer Jagdbahnhof nach vollendeter Renovierung durch den privaten Besitzer im neuen Glanz. Das Bauwerk war zuletzt das Bahnhofsgebäude Bauditten (ab 1940 Ebenhöh, heute polnisch Budwity) an der ehemaligen Strecke Marienburg–Miswalde–Maldeuten–Allenstein [Małdyty–Malbork-Olsztyn].

Ursprünglich wurde der „Kaiserpavillon“ in Prökelwitz [Prakwice] im Zusammenhang mit der Jagdleidenschaft des deutschen Kaisers Wilhelm II. an der am 1. September 1893 eröffneten Bahnstrecke zwischen Maldeuten und Marienburg gebaut. Bereits 1884 war Prinz Wilhelm von Preußen zum ersten Mal zur Jagd in die Gegend gekommen. Ein Jahr später war er zu Gast bei der Familie zu Dohna-Schlobitten auf Gut Prökelwitz. Richard Wilhelm Ludwig Fürst zu Dohna-Schlobitten blieb bis 1906 Gastgeber des Kaisers, der alle Jahre zu seinen Jagden sowie auch 1910 zu Manövern in die Region kam.

Der Bau des Bahnhofs in Prökelwitz war mit der Verlegung der Sommerresidenz des Kaisers nach Cadinen bei Elbing verbunden. Von dort fuhr der Kaiser mit dem Zug nach Prökelwitz. Das zwischen 1893 und 1898 errichtete Haus erinnert in seiner Architektur mehr an einen Parkpavillion als an einen Bahnhof und wurde daher „Kaiserpavillon“ genannt. Das Holzgebäude besitzt ein Satteldach und ist mit Ziegeln gedeckt. Ursprünglich hatte es die Form ähnlich eines Hufeisens. Die Enden waren der Zufahrtsstraße zum Bahnhof in Form von vorstehenden Flügeln zugewandt, der im Osten ist etwas breiter und besitzt ein großes, dreiteiliges Fenster. Auf dem westlichen Dach befindet sich ein Turm mit polygonalem Dach, der von einer zwiebelförmigen Zinnkuppel gekrönt ist. Auf dem Turm stand ein Mast, an dem vermutlich bei den Besuchen Wilhelms II. die kaiserliche Flagge gehisst wurde.

Von der Bahnseiteseite betrachtet – von Norden – war unter dem Turm ein Erker mit einem dreifachen Fenster. Dieser Erker wurde


Bild: mef

Bauditten: Der renovierte und zum Wohnhaus umgebaute Bahnhof von der Straßenseite aus

bei der nunmehrigen Renovierung in moderner Bauweise mit neuen Festern ersetzt; dort befindet sich auch die Heizung des Gebäudes.

Anfangs gab es eine lange, überdachte Veranda, die von dekorativen, durchbrochenen Holzsäulen getragen wurde. In späterer Zeit (vermutlich um 1910) wurde diese Veranda zugebaut und auf diese Weise ein zusätzlicher Flügel geschaffen. Die Fronten am Ende des Daches wurden mit Fenstern, die eine Nachahmung neugotischer Architektur waren, abgeschlossen.

Wilhelm II. war ein Liebhaber des altnordischen Stils. Das Jagdschloss in Rominten wurde ebenfalls in diesem Stil gebaut. Die dekorativen Elemente der Holzschnitzereien werden mit der Wikingerkultur in Verbindung gebracht, so etwa am Dachstuhl mit stilisierten Drachenköpfen. Die hölzernen Dachkonsolen, die die Dachtraufe stützten, enden als geschnitzter Dreizack. Die Veranda an der Seite der Gleise und der Ostflügel erhielten eindrucksvolle Spitzbogenfenster, Dekorationselemente ragten in Form von Widderhörnern oder Tierköpfen darüber hinaus.

Nach dem Ende der Monarchie wurde der Haltepunkt Prökelwitz 1918 vollständig aufgelöst und nach Bauditten verlegt. Das hölzerne Bauwerk wurde komplett ab- und am heutigen Standort etwa 1925 wieder aufgebaut. Dabei und später wurden Umbauten vorgenommen, die das ursprüngliche Erscheinungsbild des „Kaiserpavillons“ veränderten.

Während der Zwischenkriegszeit wurde der Bahnhof wahrscheinlich zwischen den 1920er und 1930er Jahren modernisiert. Nach der strategischen Bedeutung der Eisenbahnstrecken im Zweiten Weltkrieg wurde die Strecke Marienburg nach Miswalde 1945 von den Sowjets demontiert. 1949 wurde die Strecke wiedererrichtet, auf der nie mehr als vier Zugpaare täglich verkehrten. Das Nebengebäude bewohnten danach Eisenbahnerfamilien. In den 1950er Jahren wurde der Bahnhof zu Wohnzwecken umgebaut.

Später verschlechterte sich dessen Zustand. Bis Mitte der 1990er Jahre gab es eine geschnitzte Holzbank im Wartezimmer. 1989 wurde die Wirtschaftlichkeit der Strecke betrachtet, die schon jahrelang Verluste einbrachte. Nach der Einstellung des Güterverkehrs enthielten die letzten Fahrpläne ab 1997 nur noch zwei Zugpaare. Dann dauerte es noch bis Ende 1999 bis zur Einstellung des Personenverkehrs und der Schließung des Bahnhofes. Am 26. April 2004 fiel die Entscheidung, die Strecke endgültig stillzulegen. Entgegen der sonst in Polen oft geübten Praxis, die Gleise von stillgelegten Strecken liegen zu lassen, wurden diese 2008 entfernt.

Das Gebäude blieb nicht von Plünderern und Vandalismus verschont. Nachdem die gesamte Inneneinrichtung gestohlen wurde, nagelte man die Fenster zu. Der Bahnhof stand mehrere Jahre zum Verkauf.

Zu Beginn dieses Jahres begannen die Instandsetzungsarbeiten des Bahnhofes, der nun wieder – in etwas anderer Form als beim Bau vor über 120 Jahren – ein Schmuckstück darstellt. An den Bahnbetrieb erinnern nur noch die vorhandene Bahnsteigkante außerhalb des Grundstückes, eine nicht mehr betriebsbereite Bogenlampe mit Betonmast mitten im Garten und die kleine Bahnbrücke, unter der die einzige Zufahrt hindurchführt.

*Manfred E. Fritsche*

# Ruinen dem Verfall entrissen

## Die ostpreußischen Schlösser in Schlodien und Steinort werden wieder aufgebaut

Seit einiger Zeit stehen die Schlösser Ostpreußens wieder im Interesse der Öffentlichkeit. Das Herder-Institut hat sich dem Projekt einer virtuellen Rekonstruktion der Schlösser und Parkanlagen von Schlodien und Friedrichstein unter der Leitung von Piotr Kuroczynski verschrieben. Mittlerweile kann man die Schlösser von außen auch auf dem YouTube-Kanal des Herder-Instituts bestaunen.

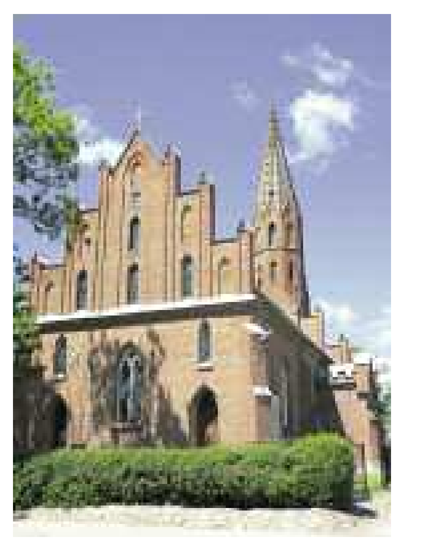
Der Leser Bruno Behrend machte unsere Redaktion auf den tatsächlichen Wiederaufbau des ehemaligen Dohna-Schlosses Schlodien aufmerksam. Das im Kreis Preußisch Holland gelegene Anwesen wurde nach einem Plan Jean de Bodts in den Jahren 1702 bis 1704 erbaut. Dieser Architekt entwarf unter anderem das Zeughaus in Berlin. Das Schloss des Grafen Christoph zu Dohna im Stil des Hochbarocks überstand alle Wirren der Zeit und sogar den Zweiten Weltkrieg. Doch im Jahr 1986 brannte es nieder.

Stefan Hipp, bayerischer Unternehmer und Mitbegründer der Hipp-Holding, will das Schloss wiedererrichten. 2017 wurden die ersten morschen Wände abgerissen. Die geplante Rekonstruktion in enger Zusammenarbeit mit dem Herder-Institut ist im vollen Gange. Mittlerweile herrscht dort ein reger Baustellenbetrieb. Das Schloss ist bis in den dritten Stock fertiggemauert und als nächstes wird das Dach aufgesetzt werden. Der Schlossteich wurde bereits ausgebaggert sowie gereinigt und Mönche, also die regulierbaren Ablaufbauwerke des Teichs zur Einstellung des Wasserspiegels, eingesetzt.

Nicht weit entfernt von der Großbaustelle steht die gotische Steinkirche in Schlobitten, ebenfalls ein Auftrag der Familie zu Dohna. Der umliegende Friedhof mit den protestantischen Gräbern war noch im Jahr 1984 in einem ruinösen Zustand, wie der Schlobitter Behrend berichtete. Nicht nur die Vegetation zerstörte die Gräber, auch Grabräuber taten ihr Werk: aufgegrabene Ruhestätten, zerstörte Grabumrandungen und Grabsteine. Der einstige Pfarrer stand seinerzeit nicht zur Verfügung, um die Kirche aufzuschließen. Auch sonst habe keiner einen Schlüssel gehabt. Möglicherweise war das Interesse an der deutschen Vergangenheit inmitten des Ortes nicht all zu groß.

Der heutige Pfarrer scheine, so Behrend, die Auffassung zu vertreten: „Versöhnung, Völkerverständigung muss durch Taten erfolgen, nicht durch Reden“. Der Friedhof ist wieder in einem guten Zustand, Grabsteine sind lesbar und die Gräber zugänglich. Nach wie vor ist das Dach der Kirche undicht, doch seine Bemühungen, von der katholischen Kirche Geld für die Reparatur zu erhalten, laufen ins Leere.

In der aktuellen Pressemitteilung der CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag zum Haushalt 2019 erklärt der Sprecher der Gruppe der Vertriebenen, Aussiedler und deutschen Minderheiten der CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag, Eckhard Pols: „Bei den Haushaltsverhandlungen im Deutschen Bundestag konnten wir für die Vertriebenen, Aussiedler und deutsche Minderheiten gute Ergebnisse erzielen. Auf Basis von § 96 des Bundesvertriebenengesetzes finanziert die Bundesbeauftragte für Kultur und Medien jetzt Projekte für die Kulturarbeit in Höhe von mehr als 21 Millionen Euro. Es ist uns darüber hinaus gelungen, für weitere Einzelmaßnahmen finanzielle Unterstützung zu erhalten. Zu nennen ist der Umbau von Schloss Horneck bei Gundelsheim: Diese ehemalige Deutschordensfeste soll als Kultur- und Begegnungszentrum mit dem Ziel weitergeführt werden, die Geschichte der Siebenbürger Sachsen weiter zu erforschen. ... Ebenfalls gefördert wird Schloss Steinort (1680 erbaut), eines der bedeutsamsten noch erhaltenen Schlösser Ostpreußens.“ Die Universitäten Posen und die TU Dresden sind daran beteiligt. *Christiane Rinser-Schrut*



Schlobitten: die gotische Kirche als Bild festgehalten im Jahre 2010 Bild: CRS

# Zum Bundesvertriebenengesetz

Am 22. Mai 1953 wurde das Gesetz über die Angelegenheiten der Vertriebenen und Flüchtlinge (BVFG) im Bundesgesetzblatt verkündet. Es regelte die Verteilung, Rechte und Vergünstigungen von Vertriebenen aus den ehemaligen deutschen Ostgebieten und anderen Vertreibungsgebieten sowie von Flüchtlingen aus der Sowjetzone in die Bundesrepublik Deutschland. Der 65. Jahrestag des erfolgreichen Gesetzes ist gebührend zu würdigen. Deshalb veranstaltet die „Deutsche Gesellschaft e.V.“ mit dem BdV als Partner am 26. November, 9 bis 17.30 Uhr, eine wissenschaftliche Tagung mit dem Thema „65 Jahre Bundesvertriebenengesetz im Kontext europäischer Verständigung“. Gefördert wird sie vom Bundesministerium des Innern, für Bau und Heimat. Der Eintritt ist frei. Um Anmeldung wird bis zum 21. November gebeten unter Telefon (030) 88412 251 oder E-Mail: jan.roessel@deutsche-gesellschaft-ev.de. Ort der Veranstaltung, die auch als Bildungsurlaub angerechnet werden kann, ist die Vertretung des Landes Sachsen-Anhalt beim Bund, Luisenstraße 18, 10117 Berlin. *PAZ*

# Für die Zukunft erhalten

## Der große Gedenkstein für die Königsberger Kriegsopfer in München

Einige bange Jahre lang sah es nicht gut aus für die Zukunft des Gedenksteins auf dem Münchner Waldfriedhof. Es gab keinen offiziellen Besitzer mehr, der wertvolle Stein schien verwaist und vergessen. Nun aber konnte für diesen denkwürdigen Stein eine erfreuliche Lösung gefunden und vereinbart werden.

Ein längst nicht mehr existierender „Münchner Bürgerverein e.V.“ hatte ab 1997 in Eigeninitiative und mit Spendengeldern finanziert einen repräsentativen Gedenkstein für die Kriegsopfer ihrer einstmaligen Heimatstadt Königsberg durch den Münchner Bildhauer Professor Georg Rauwolf fertigen und mit Zustimmung des damaligen regierenden Münchner Oberbürgermeisters Christian Ude im Rahmen einer würdigen Einweihung am 9. April 1998 auf einem schönen freien Platz auf einer Grünfläche etwas südwestlich der großen Aussegnungshalle im neuen Teil des Münchner Waldfriedhofs aufstellen lassen. Der 2,70 Meter hohe tonnenschwere Stein wird seitdem mit Blumenbepflanzungen umhegt und so gepflegt der Öffentlichkeit dargestellt.

Georg Rauwolf hatte als prägendes Motiv die Gestalt einer mit ihrem rechten erhobenen Arm in größter Angst und bitter Not um Hilfe flehenden Mutter in den Stein gehauen, die mit ihrem linken Arm ihr kleines verängstigtes Kind hinter sich schützend zurückhält. Im unteren Bereich des Steins ist in Majuskeln folgender Wortlaut eingemeißelt: „1945 – 1948 Königsberg (Pr) Unseren Hundertausenden Toten und allen, die gleiches Schicksal erlitten“.

Auf der linken Flankenseite des Steins befindet sich in einem Wappen die Elchschaufel. Auf der rechten Seite hatte der Künstler diesen Wortlaut in Stein gehauen: „Ruhet in Göttlichem Frieden. Ruhet wo ihr sterbend geblieben. Ruhet in eurer Erde, die wieder Heimat werde.“

In den zurückliegenden Jahren fanden an diesem Stein auf dem Waldfriedhof immer wieder Gedenkveranstaltungen statt. Leider wurden sie immer weniger.

Es war Zeit, die Zukunft dieses Gedenksteins in sichernde Hände zu legen.

Der würdige Gedenkstein Königsberg hatte schon seit Jahren keinen offiziellen Besitzer mehr. Niemand war ausfindig zu machen, der sich für den Stein zuständig fühlte. Die Friedhofsverwaltung stellte dazu noch keine Fragen, an wen auch? Darum baten schon lange die Vorstandsmitglieder der Gemeinschaft evangelischer Ostpreußen e.V., aber auch deren Regionalbeauftragter für Bayern, Pfarrer und Studiendirektor i.R. Werner Ambrosy, landsmannschaftliche Organisationen Ostpreußens sowie das „Haus des Deutschen Ostens“ in München und nicht zuletzt auch den Bund der Vertriebenen um Mithilfe und Unterstützung zur Sicherung des Gedenksteins Königsberg in München. Leider blieben alle Bemühungen erfolglos. Auch die Stadtgemeinschaft Königsberg, die sich schon ihrem Namen entsprechend für den Gedenkstein zuständig fühlen sollte, winkte eine entsprechende Anfrage ab.

Aber die Angelegenheit durfte nicht mehr auf die lange Bank geschoben werden. Darum blieb Werner Ambrosy als letzter Ausweg seine direkte Anfrage bei der Landeshauptstadt München. Mit einem erfreulichen Ergebnis. Denn, die in der Friedhofsverwaltung zuständigen Mitarbeiter zeigten Verständnis dafür, dass eine schnelle Lösung gefunden werden musste. So konnte Werner Ambrosy in Abstimmung mit dem Vorstand der Gemeinschaft evangelischer Ostpreußen diesem attraktiven Angebot der Landeshauptstadt München zustimmen:

Die Landeshauptstadt wird den Gedenkstein ab sofort in ihre städtische Obhut nehmen. Der Gedenkstein Königsberg erhält damit den Status eines sogenannten „Stadteigenen Denkmals“. Die Stadt wird künftig dafür Sorge tragen, dass dieser Gedenkstein so lange als möglich erhalten bleibt.

Seit Kurzem gibt es im Internet für den Gedenkstein Königsberg die Adresse www.gedenkstein-koenigsberg.de. Dort können weitere Informationen abgerufen werden.



**München: Der Königsberger Gedenkstein, geschaffen von Georg Rauwolf, ist nun ein stadteigenes Denkmal** Bild: privat

Unter dieser Adresse können auch betroffene Bürger, deren Angehörige in der Zeit von April 1945 bis 1947/48 in Königsberg leidvoll umgekommen sind, deren Namen unentgeltlich in ein virtuelles Trauerbuch eintragen lassen. Wer kein Internet hat, wende sich bitte direkt an Karsten Packhäuser, Ahornring 112, 86916 Kaufering.

Werner Ambrosy ist für seine großen Bemühungen und für dieses erreichte Ergebnis herzlich zu danken.

*Reinhard Krohn*

# Gedenken in Oksboel

## Ein Stück deutsche Geschichte in Dänemark

Gedenken an Agnes Miegel, Erna und Walter Scheffler und alle, die in den Internierungslagern noch nach Kriegsende umkamen.

Wie ein Besucher lakonisch beschreibt, wird das Städtchen Oksboel unweit von Esbjerg in Westjütland von deutschen Touristen überwiegend nur durchfahren. Freunde sind mit mir vor Kurzem hingefahren. Sehenswürdigkeiten gibt es hier nicht, jedenfalls nicht auf den ersten Blick.

Doch nordwestlich des Ortes an der Straße nach Boersmose liegt auf der linken Seite im Wald ein Friedhof. Angelegt wurde er in den Nachkriegsjahren 1945 bis 1949. Auf ihm ruhen etwa 120 deutsche Soldaten und fast 1700 deutsche Flüchtlinge, die in dem ehemaligen Militärlager Oksboel nach ihrer Flucht aus dem Osten hier interniert worden waren. Zeitweilig wurden hier bis zu 37 000 Menschen untergebracht, das Lager wurde damit die sechstgrößte Stadt Dänemarks. Schaut man auf die Grabkreuze, sieht man auf vielen, daß vor allem ganz kleine Kinder Opfer der Flucht und der Entbehrungen im Lager waren.

Der Friedhof macht einen gepflegten Eindruck, auch wenn er etwas schmucklos wirkt. Im Wald hinter dem Friedhof finden sich noch Reste des ehemaligen Lagers, Gebäude, ehemalige Pferdeställe, Fundamente und Wege, die nach der Aufgabe des Lagers nicht rückgebaut wurden.

Kurz vor Kriegsende entkamen auch Walter Scheffler mit Agnes Miegel und seiner Freundin Erna Klein – eine Freundin meiner Eltern – mit dem Unternehmen „Hannibal“ Anfang 1945 über die Ostsee. Diese Aktion galt als Beginn der Verwundeten- und Flüchtlingstransporte durch die Kriegsmarine im ersten Halbjahr 1945. Drei Jahre verbrachte Walter Scheffler im dänischen Flüchtlingslager Oksboel und heiratete in dieser Zeit seine Freundin. Dort schrieb er die „Gesänge hinterm Stacheldraht“. Bei seiner Trauung war Agnes Miegel Trauzeugin. Erna Scheffler starb noch im Lager. Walter Scheffler starb am 17. April 1964 in Hamburg.

Die letzten Lagerinsassen verließen schließlich am 15. Februar 1949 über das Ausreiselager Kolding Dänemark. In der Folgezeit verhandelten der dänische und der deutsche Staat im Vorfeld der „Bonn-Kopenhagener Erklärungen“ von 1955 über eine Kostenerstattung für die Unterbringungsmaßnahmen der Landsleute. Schließlich wurde 1953 ein Betrag von zirka 42 Millionen Deutscher Mark an den nördlichen Nachbarn überwiesen.

*Regina Gronau*

*Anmerkung der Redaktion: Regina Gronau war ebenfalls in Oksboel interniert.*

## Sonderausstellung im Loherer Schulmuseum

Als Ergänzung und Vertiefung der Sonderausstellung „Erziehung zum Europäer“ zeigt das Lohrer Schulmuseum im Eingangsbereich bis zum 16. Dezember die Sonderausstellung „Flucht und Vertreibung“.

Mithilfe von Schulbüchern, Wandbildern und Augenzeugenberichten wird das Thema schwerpunktmäßig im 20. Jahrhundert aufgezeigt und folgende Fragen an den Besucher gestellt:

Was haben wir aus der Geschichte gelernt?

Was hat über 60 Jahre Europaerziehung gebracht?

Wo stehen wir heute?

Wie geht Schule mit dem Thema um?

*Eduard Stenger*

*Das Lohrer Schulmuseum im Ortsteil Lohr-Sendelbach ist von Mittwoch bis Sonntag und an allen gesetzlichen Feiertagen jeweils von 14 bis 16 Uhr geöffnet. Gruppen können auch nach vorheriger Absprache außerhalb der regulären Öffnungszeiten das Museum besuchen. Kontakt: Eduard Stenger, Zum Sommerhof 20, 97816 Lohr am Main, Telefon (09352) 4960, E-Mail: eduard.stenger@gmx.net*



Bild: Lohrer Schulmuseum

# Östlich von Oder und Neisse

# 48 Stunden arbeitsfrei als Staatsgeschenk

## 100 Jahre Unabhängigkeit – das kann man doch nicht an einem Tag abfeiern

Seit 1937 ist der 11. November in Polen ein Nationalfeiertag. Gefeiert wird die 1918 erlangte vollständige Unabhängigkeit, nachdem der Staat über 100 Jahre zwischen Russland, Preußen/Deutschland und Österreich-Ungarn aufgeteilt war. 1945 ist dieser Feiertag für 44 Jahre aus Rücksicht beziehungsweise auf Geheiß der Sowjetunion gestrichen worden, bis er 1989 wieder zum Nationalfeiertag erklärt wurde. Am 8. November 1926 verlautbarte der damalige Premierminister Jozef Pilsudski, dass der 11. November stets im Gedächtnis der polnischen Gesellschaft bleiben sollte. Er regte an, dass dieser Tag frei von Arbeit und Schule sein sollte. Zum 100. Jahrestag der Unabhängigkeit bekommen polnische Staatsbürger noch einen zusätzlichen freien Tag geschenkt – den 12. November.

Die staatlichen Rundfunkstationen strahlten bereits am Vortag Konzerte mit patriotischen Liedern aus, die öffentlich-rechtlichen Radiosender spielten ausschließlich polnischsprachige Musik und in den Kirchen wurden den Gratulationsworte von Papst Franziskus verlesen. Um 12 Uhr am 11. November übertrugen alle Rundfunkstationen die am Warschauer Pilsudski-Platz angestimmte Nationalhymne, damit jeder Pole diese zur gleichen Zeit mitsingen konnte, hieß es aus Warschau.

In Breslau gingen in einer „Fröhlichen Unabhängigkeitsparade“ Familien aus vier Stadtteilen in Richtung Schlossplatz [Plac Wolnosci], um dort ebenfalls um 12 Uhr die Hymne mitzusingen und der offiziellen Jubiläumsfeier mit einer Militärzeremonie beizuwohnen. Das Breslauer Nationalmuseum organisierte für Kinder ein gemeinsames Suchen nach Nationalhelden auf dem Gemälde „Polonia“ von Jan Styka.

Im Museumsfoyer sang der Chor der Technischen Hochschule patriotische Lieder des in Wartenburg in Ostpreußen [Barczewo] geborenen Feliks Nowowiejski (gestorben 1946 in Posen). Sein polnischer Vater setzte sich für das Polentum im Ermland ein, seine deutsche Mutter, die Pianistin Katharina Falk, unterstützte seine künstlerische Ader. Trotz der polnisch-patriotischen Einstellung des Vaters sprachen die Nowowjeskis besser Deutsch als Polnisch.

**Plakat zum Fest: Werbung für die „Fröhliche Unabhängigkeitsparade“** Bild: Breslauer Zentrum für Gesellschaftliche Entwicklung (Centrum Rozwoju Spolecznego)

Der Komponist der Spätromantik Feliks Nowowjeski spielte in Allenstein im Orchester der Preußischen Grenadiere und studierte später in Berlin Musik. 1907 gewann er den Kompositionswettbewerb in Lemberg mit dem Lied „Trauerzug Kosciuszkos zum Wawel“. 1907 komponierte er das große Oratorium Quo Vadis, das nach der Uraufführung am 22. Oktober 1909 in Amsterdam in mehr als 150 Städten in Europa, Nord- und Südamerika aufgeführt wurde und seinen Weltruf begründete.

Nowowiejski ließ sich in Krakau nieder, wo er als Direktor der Krakauer Musikgesellschaft tätig war. Gleichzeitig war er Organist und Kapellmeister der Warschauer Symphoniekonzerte.

Am 15. Juli 1910 versammelten sich zum 500. Jahrestag der Schlacht bei Tannenberg die Krakauer auf dem Matejki-Platz und stimmten unter Nowowiejskis Leitung seine Komposition zum Gedicht von Maria Konopnickas „Rota“ an – dem Gedicht gegen die Germanisierung des polnischen Volkes. Aufgrund zunehmender Anfeindungen gegen Deutsche zog Nowowiejski nach Ausbruch des Ersten Weltkriegs nach Berlin. Er wurde zum Kriegsdienst eingezogen, schwor den Eid auf Kaiser Wilhelm II. und diente als Militärkapellmeister. 1918 ging er jedoch nach Posen und war dort als Dozent an dem Musikkonservatorium, Komponist, Dirigent und Chorleiter tätig.

Wegen seiner Auftritte als Redner beim Plebiszit von 1920 im Abstimmungsgebiet Allenstein wurde dessen Musik im übrigen Deutschland boykottiert. Nowowiejski geriet mehr und mehr in Vergessenheit. Nach dem Zweiten Weltkrieg, als die deutschen Ostprovinzen an die Volksrepublik Polen fielen, wurde Nowowiejski wegen seiner propolnischen Einstellung und den polnischen Themen vieler seiner Musikwerke dann endgültig „zum Polen deklariert“.

Auch das Historische Zentrum Strapenbahndepot (Centrum Historii Zajezdnia) in Breslau stand am Unabhängigkeitswochenende ganz im Zeichen des Patriotismus. Neben Ausstellungen und Vorträgen stand das Konzert „Polnische Blumen“ (Kwiaty Polskie) zum Epos von Julian Tuwim (1894 in Lodsch – 1953 in Zakopane) im Mittelpunkt. Dieses Epos gilt als das Meisterwerk Tuwims. Es spielt hauptsächlich in Tuwims Heimatstadt Lodsch und beginnt um 1905, in der Zeit, als die Stadt dem zaristischen Russland gehörte. Der Krakauer Zygmunt Konieczny hat Fragmente der „Polnischen Blumen“ vertont.

Musikalisch, wenn auch auf eine andere Art, ging es in der Breslauer Jahrhunderthalle zu. Dort traten am 11. November Stars der polnischen Rockszene auf.

*Chris W. Wagner*

# Maikäfer flieg …

## Grenadiere aus Pommern

Der Balkan ist mir nicht die gesunden Knochen eines einzigen pommerschen Grenadiers wert – hört man den Reichskanzler Otto von Bismarck auf dem Berliner Kongress 1878 sagen. Das Zitat sagt zweierlei aus. Bismarck wurde ein Friedenspolitiker, als er das für Deutschland Erreichbare erreicht hatte. Die Soldaten aus Pommern scheinen einen guten Ruf gehabt zu haben.

Teile von Pommern gehörten seit 1648 zu Preußen. Später kam die ganze Provinz unter die Herrschaft der Hohenzollern. Seine Landeskinder waren an den Kriegen beteiligt, die Preußen führte. Im europäischen Vergleich waren das wenige. Preußen war zwar „militärisch“ aber eben nicht kriegerisch. Mit der Gründung des Deutschen Reiches 1871 wurden – mit Ausnahme Bayerns – 21 Wehrkreise formiert, die für alles zuständig wurden was den Routinebetrieb im Frieden betraf. Bayern betrieb autonom drei eigene Wehrkreise. Der Wehrkreis II in Stettin war für Mecklenburg und Pommern zuständig.

Nach dem Ersten Weltkrieg war die Reichswehr auf einen Umfang von sieben Infanterie und drei Kavalleriedivisionen begrenzt. Im Bereich des alten preußischen Kernlandes waren die 1. Infanteriedivision in Königsberg, die 2. Infanteriedivision in Stettin und die 3. Infanteriedivision in Berlin/Potsdam beheimatet. Gleichzeitig entstanden sogenannte Wehrkreise, die für die Nachwuchsgewinnung zuständig waren.

Der pommersche Wehrkreis II umfasste zunächst Schleswig-Holstein, Hamburg, Mecklenburg und Pommern. Mit Einführung der allgemeinen Wehrpflicht wurde der Wehrkreis II (wie vor 1918) auf Pommern und Mecklenburg beschränkt und die übrigen Provinzen formierten den neuen Wehrkreis X. Bisher gab es sieben Wehrkreise, ab 1935 wurden diese vermehrt. 1938 kamen zwei weitere in Österreich und 1939 zwei in Posen und Westpreußen hinzu. Der Wehrkreis II bestand seit 1936 aus den drei Wehrersatzbezirken Schwerin, Köslin und Stettin.

Ursprünglich bestand die 2. Infanteriedivision aus den Regimentern Nr. 4, 5 und 6. Nur das Infanterieregiment verblieb bei der Division. Neu aufgestellte Einheiten ersetzten die abgegebenen Einheiten. 1937 wurde die Division motorisiert und am 10. Januar 1941 in die 12. Panzerdivision umgegliedert. Anlässlich des Krieges gegen die Sowjetunion war die 12. Panzerdivision abwechselnd bei den Heeresgruppen Nord und Süd eingesetzt.

Schließlich war der Verband im Kurlandkessel eingeschlossen und geriet dort auch in Gefangenschaft. Interessant ist das Schicksal von Salomon Perel. Er stammt aus der niedersächsischen Stadt Peine. Nachdem der nationalsozialistische Pöbel das Schuhgeschäft seiner Eltern verwüstet hatte, emigrierte die Familie nach Polen und nahm in Lodz Wohnsitz. Im Herbst 1939 flüchtete Salomon Perel in die Sowjetunion und geriet 1941 beim Einmarsch der Wehrmacht in die Sowjetunion an die 12. Panzerdivision. Er kämpfte dort als „Volksdeutscher“ zwei Jahre gegen die Russen, bis er an die Akademie für Jugendführung der Hitlerjugend berufen wurde. 1985 veröffentlichte er seine Erlebnisse unter dem Titel „Hitlerjunge Salomon“.

Im Zuge der Heeresvermehrung auf 50 Infanteriedivisionen (Friedensstärke) stellte der Wehrkreis II mit der 12. und der 32. Infanteriedivision zwei weitere Verbände auf. Hierzu wurden Teile der bisherigen Regimenter der 2. Infanteriedivision herangezogen. General Werner Freiherr von Fritsch, der unter dem Vorwurf der damals strafbaren Homosexualität 1938 als Oberbefehlshaber des Heeres entlassen worden war. Nachdem er seine „Unschuld“ beweisen konnte, wurde der „Chef“ des Artillerieregiments 12. Er suchte und fand im Polenfeldzug am 22. September 1939 den Tod an der Front. Sein Grab befindet sich auf dem Berliner Invalidenfriedhof. Bis 2013 gab es in Baden-Württemberg eine Fritsch-Kaserne. Im Rahmen der Geschichtssäuberung bei der Bundeswehr wurde die Kaserne 2013 umbenannt.

Bei Ausbruch des Zweiten Weltkrieges wurden im Wehrkreis II bis Kriegsende 19 weitere Divisionen aufgestellt. Einige waren lediglich mit Stammpersonal ausgestattet und fungierten als Ausbildungsverbände (152. und 192. Division), andere, die vornehmlich aus älteren Landesschützen bestanden (207. und 281. Division), wurden als Sicherungsdivisionen eingesetzt.

Die 12. Infanteriedivision war im Rahmen der Heeresgruppen Nord und Mitte von 1941 bis 1944 im Osten eingesetzt. Bei der Sommeroffensive 1944 der Roten Armee gegen die Heeresgruppe Mitte (die zur Zerschlagung von vier deutschen Armeen führte) sollte die 12. Infanteriedivision die Stadt Mogilew als „Festung“ gemäß Führerbefehl als Wellenbrecher verteidigen. Schon am 28. Juni 1944 war die Division zerschlagen.

Die 32. Infanteriedivision war am Polenfeldzug und an der Westoffensive beteiligt und war für eine Landung in Großbritannien vorgesehen. Sie kam ausschließlich bei der Heeresgruppe Nord zum Einsatz und geriet in den Kurlandkessel. Im Januar 1945 wurde die Division von der Kriegsmarine abtransportiert und sollte das heimatliche Pommern verteidigen. Jastrow, Cammin, Bärenwald, Konitz und zuletzt Danzig waren die Schauplätze des Verteidigungskampfes dieser pommerschen Division. Alle anderen Verbände aus Pommern waren anderen Orts eingesetzt.

Die 75. Infanteriedivision aus Mecklenburg nahm am Westfeldzug teil und war dann bis 1945 im Osten eingesetzt. Der 258. Infanteriedivision aus Pommern erging es ähnlich. Allerdings wurde sie im Oktober 1944 in Folge schwerer Verluste aufgelöst und ihr Rest auf andere Verbände verteilt. Die noch 1939 – aber nach Kriegsbeginn – aufgestellte 162. Infanteriedivision kam nur im Krieg gegen die Sowjetunion bei der Heeresgruppe Mitte zum Einsatz. Bei den Kämpfen um Reshew hatte die Division so schwere Verluste, dass sie am 23. Dezember 1941 aufgelöst wurde. Die Reste wurden zur Aufstellung eines neuen Verbandes mit kaukasischen, turkestanischen, georgischen, armenischen Hilfswilligen Kriegsgefangenen beauftragt. Diese Division kam dann in Italien zum Einsatz. Ihre Angehörigen wurden von den Briten nach Kriegsende an die Sowjetunion ausgeliefert, wo sie Tod oder Gulag erwartete.

Im Februar 1940 war in Stettin die 292. Infanteriedivision aufgestellt worden. Am Mittelabschnitt der Ostfront eingesetzt, ging der Verband beim Kampf um Ostpreußen Ende April 1945 unter. Im Oktober 1940 wurde im Wehrkreis II die 122. Infanteriedivision formiert. Sie kam im Osten zum Einsatz und geriet im Kurlandkessel bei Kriegsende in Gefangenschaft. Im November 1940 trat in Neustrelitz die 302. Infanteriedivision zusammen. Sie wurde zunächst in Frankreich als Besatzungstruppe verwendet, kam in Folge der Stalingrad-Katastrophe an die Ostfront und wurde im August 1944 zerschlagen.

Die 1941 in Wehrkreis II aufgestellte 702. Infanteriedivision hatte Glück. Sie verbrachte den Zweiten Weltkrieg als Besatzungstruppe in Norwegen. Seit Mai 1945 gibt es keine pommerschen Grenadiere mehr.

Klaus Gröbig



*Deutscher Soldatenfriedhof in Neumark / Glinna bei Stare Czarnowo, südlich von Stettin. Seit 2006 letzte Ruhestätte für Soldaten und Kriegstote des WK II.*

*Hier können bis zu 32.500 Gefallene ihre letzte Ruhestätte finden. Seit 1991 hat der Volksbund insgesamt 13 Soldatenfriedhöfe des Zweiten Weltkrieges in Polen errichtet. Dort kamen rund 468.000 Wehrmachtsangehörige ums Leben. Die namentlich bekannten Soldaten dokumentiert der Volksbund in einem Buch, das 456.000 Einträge enthält und das am 15. Juli 2006 der Öffentlichkeit übergeben wurde. Wichtiger Bestandteil der Kriegsgräberfürsorge in Polen war und bleibt stets auch eine intensive Jugendarbeit. Unter dem Volksbund-Leitwort „Versöhnung über den Gräbern – Arbeit für den Frieden“ arbeiteten seit 1990 junge Menschen beider Nationen in rund 90 Workcamps auf verschiedenen Kriegsgräberstätten zusammen. Über 700 polnische Jugendliche nahmen in dieser Zeit an internationalen Jugendlagern in Deutschland teil. Eine besondere Rolle in der deutsch-polnischen Verständigung kommt der Jugendbegegnungsstätte Golm zu, die der Volksbund 2005 auf Usedom eröffnet hat. Auch junge Soldaten beider Staaten hat die Arbeit an Kriegsgräbern zusammengeführt. Seit 2000 organisiert der Volksbund regelmäßig Arbeitseinsätze, bei denen Bundeswehrsoldaten und Reservisten gemeinsam mit polnischen Soldaten Friedhöfe pflegen.*

*Am 14. August 2009 fanden in Neumark/Glinna bei Stare Czarnowo, über 60 Jahre nach ihrem Tod, die Gebeine der 2.116 Marienburger Toten (unter ihnen 1.001 Frauen, 381 Männer, 377 Kinder und 352 Menschen, deren Geschlecht und Alter nicht bestimmt werden konnten) auf einem gesonderten Grabfeld, wo der Volksbund auch künftig zivile deutsche Kriegsopfer begraben will, ihre letzte Ruhe. Geistliche aus Polen und Deutschland gestalteten die Trauerfeier, an der über 300 Menschen teilnahmen. Die Anlage in Neumark (Stare Czarnowo) ist eine von 13 Kriegsgräberstätten, die der Volksbund seit 1991 in Polen errichtet hat.* *Foto: B. Stramm*

# Museum im Kloster wieder eröffnet

## Landkreis Osnabrück steht fest zur Patenschaft mit Greifenhagen

In einem ganz persönlichen Brief dankte Günther Drewitz vom Heimatkreis Greifenhagen dem Landrat des Kreises Osnabrück, Herrn Dr. Michael Lübbersmann, für die Präsentation der Greifenhagener Artefakte in dem neu eröffneten Museum in Bersenbrück. und für die lebendige Patenschaft, die seit dem 19. Mai 1953 besteht.

Am 28. Oktober 2018 fanden die Feierlichkeiten zur Eröffnung des „Museum im Kloster“ in der Patenstadt Bersenbrück, im Patenkreis Osnabrück, statt.

Mit Zeilen aus Schillers „Glocke“ …Soll das Werk den Meister loben – doch der Segen kommt von oben … untermalte er seine Zeilen. Was hier den Menschen des Bersenbrücker Landes aus Kultur und Geschichte ihrer Heimat präsentiert wird, ist die Bewahrung historischer Exponate für alle Generationen dieser Region.

Am 19. Mai 1953 verabschiedete der Deutsche Bundestag das Bundesvertriebenengesetz, in dessen § 96 der Bund und die Länder verpflichtet wurden, das Kulturgut der ostdeutschen Vertreibungsgebiete im Bewußtsein des gesamten deutschen Volkes zu erhalten. Der Landkreis Bersenbrück übernahm 1958 die Patenschaft für den Landkreis Greifenhagen. Er übernahm damit auch diese verpflichtende Aufgabe „Kultur zu erhalten“.

Niedersachsen und Pommern sind seit Jahrhunderten eng verbunden. Nur eine Erinnerung: 1231 wurde in Bersenbrück das Zisterzienserinnen-Nonnenkloster gegründet, viel früher, bereits 1173, des Zisterzienser-Mönchkloster in Kolbatz, Kreis Greifenhagen.

So sind die Patenkinder hier in Bersenbrück, im Osnabrücker Land, zweimal mit diesem Museum verbunden, und freuen sich darüber.

Erstens: Den Heimatvertriebene aus dem Kreis Greifenhagen in Pommern haben die Patenschaftsträger die Möglichkeit gegeben, auch ihre Historie, Kultur und das pommersche Brauchtum in diesem Museum zu sammeln, zu bewahren und auszustellen.

Diese Aufgaben fördert die gemeinnützige „Stiftung Kreis Greifenhagen/Pommern“.

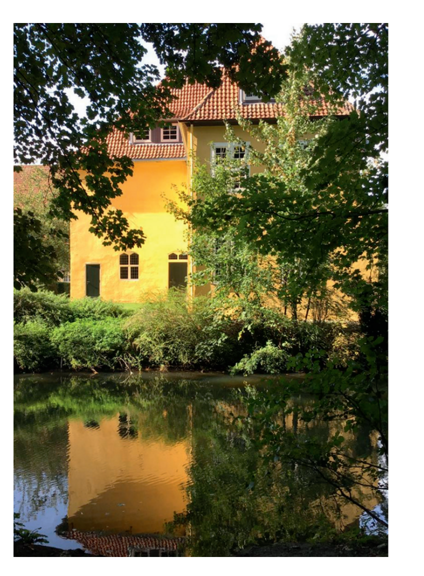
Zweitens: Als Patenkinder, die nunmehr seit mehr als 60 Jahren im Bersenbrücker Land eine zweite Heimat gefunden haben, die Kultur dieser Heimat, in diesen historischen Räumen zu entdecken. Ein ausdrücklicher Dank auch dafür!

Drewitz schloß mit Zeilen von Goethe aus dem „Schatzgräber“:
Arm am Beutel, krank am Herzen,
Schleppt´ ich meine langen Tage,
Armuth ist die größte Plage,
Reichtum ist das höchste Gut.

Günther Drewitz

*Das Museum wurde 2016 in ein neues Trägerschaftsmodell durch einen Kooperationsvertrag mit Partnern vor Ort überführt, um die Anbindung an die gesamte Region zu unterstreichen. Dazu gehören neben dem Museumsträger Landkreis Osnabrück die Samtgemeinden Artland, Bersenbrück, Fürstenau und Neuenkirchen, die Städte Bramsche und Bersenbrück sowie die Vereine Kreisheimatbund Bersenbrück e.V., Heimatverein Bersenbrück e.V., Förderverein des Kreismuseums Bersenbrück e.V. sowie die Stiftung Heimatkreis Greifenhagen e. V.*

*Das Museumsgebäude ist ein historisches Baudenkmal, dessen Zeugnischarakter bewahrt werden muss.*
*https://www.museum-im-kloster.de*



# Der Gollen

## Hausberg von Köslin

Köslin, die ehemalige Hauptstadt des Regierungsbezirks Köslin, liegt am Abhang des 137 m hohen und mit Laubwald bedeckten Gollenbergs. Er steigt unmittelbar aus der Küstenebene auf; Radler, die dem Radweg 10 folgen, können ihn hinter Groß Möllen deutlich erkennen. Das Waldgebiet des Berges gehörte zum Forstamt Karnkewitz. Auf der höchsten Erhebung stand für die im napoleonischen Krieg gefallenen Pommern das Gollenkreuz, das nach einem Entwurf Schinkels 1829 errichtet wurde. Nach dem 2. Weltkrieg hat man es zerstört.

Erstmals wird 1263 eine Pfarrkirche auf dem Gollenberg erwähnt. Um 1352 begannen die ersten Wallfahrten zu St. Maria. Sie wurde zum Gnadenort für Reisende und Seeleute, denn die Bergspitze war auch ein Seezeichen. Die Reformation brachte die Aufhebung des Wallfahrtsortes. Die Kapelle zerfiel. Im Jahr 1888 wurde ein 32 m hoher Aussichtsturm mit Restaurant gebaut.

Papst Johannes Paul II. hat bei seinem Besuch 1991 die alte Wallfahrtstradition wieder aufleben lassen.

Heute strömen viele Polen und Busreisende aus dem Ausland besonders an den Wochenenden zum Gottesdienst auf den Gollenberg, der sich jetzt Góra Chelmska nennt.

Brigitte Klesczewski.

*Das Gollenkreuz*
*Kriegerdenkmal*
*1813 - 1814*



## Deutschfehler

**Zu: Der nächste Angriff auf die deutsche Sprache (Nr. 42)**

Wie es um die Rechtschreibreform steht, fasst Josef Kraus, langjähriger Präsident des Deutschen Lehrerverbandes, dieser Tage in nur einem Wort zusammen: Schlechtschreibreform.

Die am 1. August 1998 verbindlich an Schulen und Behörden eingeführte Reform muss sich zum 20. Jubiläum stärker denn je kritischen Blicken unterziehen – mit einem ernüchternden Ergebnis. Denn die ursprüngliche Idee zur Vereinfachung der Rechtschreibung scheiterte an strittigen Regeln, die auch in den nachfolgenden Revisionen nicht korrigiert werden konnten und vorwiegend Verwirrung stifteten.

In einer Vergleichsstudie der Universität Siegen konnte belegt werden, dass sich die Fehlerquote von Viertklässlern zwischen den Jahren 1972 und 2002 verdoppelte. Hinzu kam, dass sich rund 90 Prozent der Deutschen von vornherein gegen die Rechtschreibreform aussprachen, schreibt Kraus und beruft sich auf Zahlen des

### Verwirrung stiftende Schlechtschreibreform

Meinungsforschungsinstituts Allensbach. Bis heute ist dieser Wert konstant geblieben.

Die breite Ablehnung hatte zur Folge, dass die neue Rechtschreibung größtenteils boykottiert und ignoriert wurde. Privatpersonen, Verlage und auch immer mehr Zeitungen, darunter die „FAZ“, lehnten die Reform von vornherein ab oder kehrten nach kurzer Zeit zur „bewährten Rechtschreibung“ zurück, so der „Spiegel“, der sich selbst 2004 dem „Akt des zivilen Ungehorsams“ anschloss.

Der im gleichen Jahr gegründete Rat für deutsche Rechtschreibung vermochte nur noch wenig auszurichten. Im Gegenteil: Resignation, Ignoranz und Unverständnis scheinen seitdem beim Thema Rechtschreibung richtungsweisend zu sein, wie sich nicht nur an subversiven Erscheinungen wie der „Vong“-Sprache erkennen lässt. Besonders die Debatten um eine geschlechtergerechte Schreibweise, die oftmals jegliche Regeln der Grammatik ignoriert, veranschaulichen, wie die Rechtschreibung systematisch abgelehnt wird.

**Erich Lienhart, Bühl**

## Hereinspaziert in den Denunzianten-Stadl

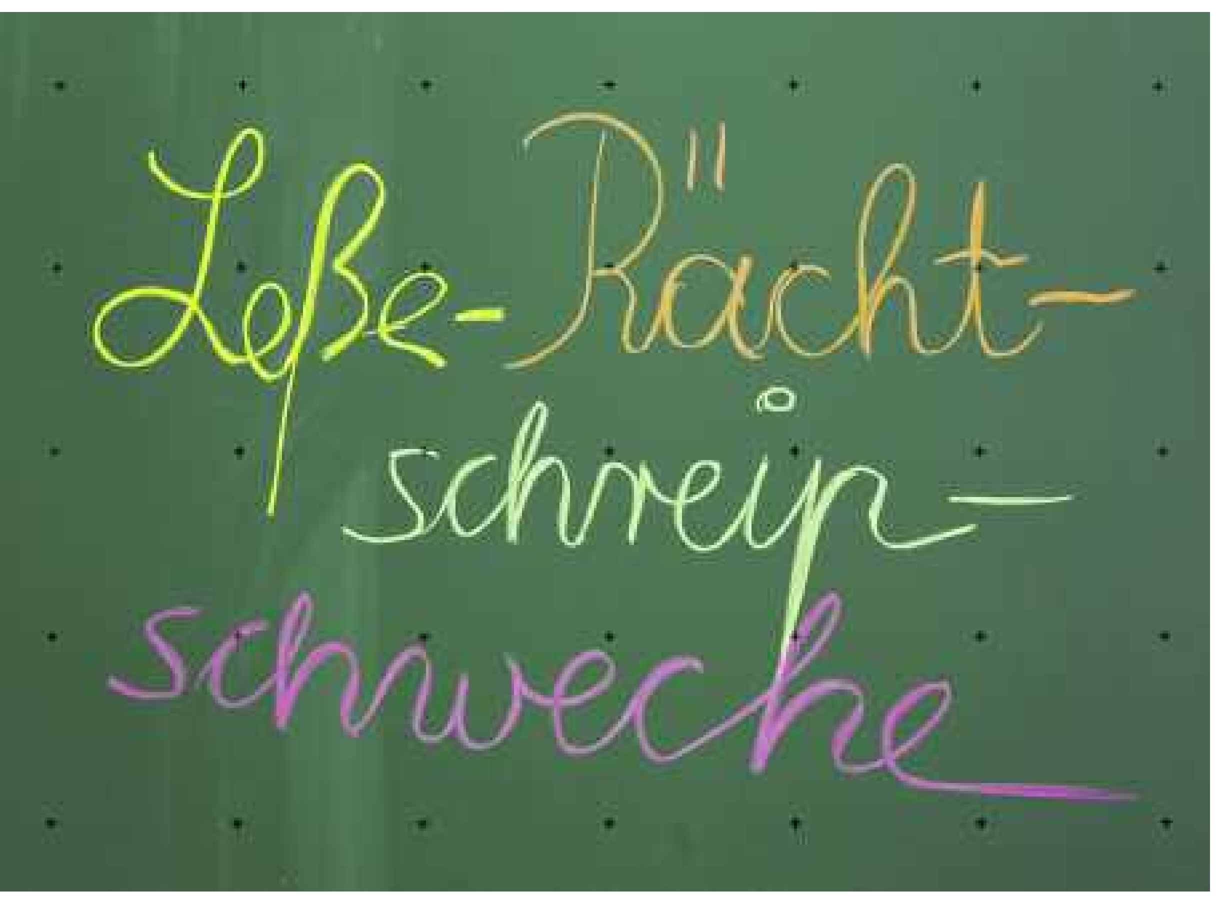
**Zu: Rassismus im Alltag: Neue Weltordnung (Nr. 40)**

Wenn es nicht so beängstigend wäre, könnte man Deutschland ironischerweise zum Denunzianten-Stadl erklären. Selbsternannte Gesinnungswächter maßen sich an, insbesondere den blonden Anteil der Deutschen als offenkundige Nazis zu stigmatisieren. Und es ist schon wieder soweit, dass sie Kinder gegen ihre Eltern aufhetzen? Das hatten wir schon einmal als Programm der Faschisten.

Heute werden Schülern und Jugendlichen im Internet Handreichungen angeboten, wie sie ihre Eltern als rechtsextrem und rassistisch entlarven können. Sollten diese nicht die linken Mainstream-Vorgaben befolgen, müssen sie sich von ihnen belehren lassen oder werden denunziert.

Offensichtlich wurde ein Großteil der letzten drei Generationen in Bildungseinrichtungen derart einseitig ideologisch verbogen, dass sie nicht in der Lage sind zu erkennen, dass sie sich selbst wie Nazis verhalten. Es ist grotesk, dass gerade sie ständig von Demokratie, Vielfalt, Toleranz und Menschenrechten schwafeln und dabei nicht bemerken, dass sie diese Begriffe mit ihrem missionarischen Eifer ins Gegenteil verkehren.

**Gisela Recki, Troisdorf**




Gutes Deutsch sieht anders aus: 20 Jahre nach ihrer Einführung haben Linguisten und Deutschlehrer der Rechtschreibreform ein schlechtes Zeugnis ausgestellt Bild: Imago

## Krankes »zúrzeit«

**Zu: Der nächste Angriff auf die deutsche Sprache (Nr. 41)**

Ich bin von Beginn an ein Kritiker dieser aufgezwungenen Rechtschreibreformen gewesen. Deshalb fallen mir auch immer wieder bestimmte Dinge auf. Hierunter fällt auch folgender Satz des Verfassers in dem obengenannten Artikel: „Im Sinne der Ideologie des Gender-Mainstreaming unternehmen sie zurzeit erste Schritte, um uns abwegige Schreibungen wie beispielsweise Bauarbeiter*innen oder Atomphysiker*innen aufzuzwingen.“

Und das, was ich meine, ist dieses „zurzeit“! Das ist für mich ein Knackpunkt der Unlogik dieser Reform(en)! Wie kann man zwei Wörter zusammenzwingen, die früher getrennt geschrieben wurden? Dann müsste ja auch die Betonung auf die vorletzte Silbe fallen: „zúrzeit“ – das ist doch auch krank, oder?

**Friedrich Specht, Hannover**

## Schuss vor den Bug

**Zu: Was Europa bevorsteht (Nr. 42)**

Deutschland – ein traumhaftes Areal, von den Küsten bis an die Alpen, vom Rhein bis an die Oder. Politiker fragen die unzufriedenen Bürger: „Was wollt ihr, geht es euch nicht gut in unserem Land?“ Liebe selbsternannte Elite, banal aber treffend, Geld allein macht nicht glücklich!

Stellvertretend für alle Brennpunkte, die Flutung Deutschlands mit Fremden, Wohnungsnot, die Vergewaltigung und Rechtsbrechung gegenüber den Dieselfahrern und so weiter, möchte ich nur einmal den Betrug an den Steuerzahlern durch Cum-Ex- und Cum-Cum-Geschäfte ansprechen. Hier wird der Steuerzahler, und das ist das Abartige, mit Wissen der Politik im Milliardenbereich betrogen.

Seit 2002 weiß unsere politische Elite davon. Peer Steinbrück versuchte in seiner Zeit als Finanzminister, einen nationalen Riegel vorzuschieben. Die Geschäfte liefen dann über das Ausland ungebremst weiter. Sein Nachfolger Wolfgang Schäuble war zu diesem Thema nicht ansprechbar. Und sein damaliger Staatssekretär Michael Meister nahm es mit einem Lächeln.

Das ist der Wahnsinn auf der einen Seite. Wenn dann die abgewrackten Parteien durch Mitgliederschwund sich einfach 25 Millionen aus dem Steuertopf auf ihr Parteikonto überweisen, ist das der i-Punkt. Wenn dann aber der Fiskus bei meinem Autohändler und meinem Reisebüro während einer Betriebsprüfung ihnen die Tageszeitung streitig machen will, muss man sich nicht wundern, dass man der „Elite“ überdrüssig wird und dass die Steuermoral der Bürger gegen Null tendiert.

Es würde mich auch nicht wundern, wenn „Erdowahn“ das Bundesverdienstkreuz bekommen würde. Der Bundestag ist zu einem hörigen Spielball geworden. „Zielführend“ ist das neue Zauberwort, das alle Gesetze schreddert. Ob die AfD den freien Fall in die Gesetzlosigkeit aufhalten kann, vermag ich nicht zu beurteilen. Auf jeden Fall ist ihre Wahl aus meiner Sicht ein notwendiger Schuss vor den Bug der bornierten Altparteien. Wenn ich nebenbei in den Nachrichten höre, die Polizei darf keine Webcams bei Einsätzen mehr benutzen, weil die Linksextremen „eingeschüchtert“ werden, bin ich sprachlos. Dieser Täterschutzwahnsinn hört einfach nicht auf. Quo vadis Deutschland?

**Peter Karstens, Eckernförde**

## Ernst kam später

**Zu: Schwarz-rot-goldene Streithähne (Nr. 40)**

Meine erste Lektüre war „Ut mine Festungstid“. Als Kinder sprachen wir auf der Straße nur ostpreußisches Platt, und wer das beherrschte, kam auch mit Reuters mecklenburgischem Platt klar. Nur hieß dieser Reuter Fritz und nicht Ernst, wie es im obengenannten Beitrag auf der Geschichte & Preußen-Seite steht. Ernst Reuter wurde erst ein Jahrhundert später aktuell.

**Herbert Skroblin, Wächtersbach**

**Leserbriefe an: *PAZ*-Leserforum, Buchtstraße 4, 22087 Hamburg, Fax (040) 41400850 oder per E-Mail an redaktion@preussische-allgemeine.de**

## Elsass in Bewegung

**Zu: „Unser Land isch unsri Sach“ (Nr. 41)**

Die elsässischen und lothringischen Autonomiebestrebungen, die seit 1918 mehr oder minder lautstark zu vernehmen waren, haben 2016 unter Präsident Hollande einen administrativen Rückschlag hinnehmen müssen.

Umso erfreulicher ist es, dass sich neben den bislang im Mittelpunkt stehenden elsässischen Forderungen auch die ehemaligen Deutsch-Lothringer zu Wort melden. Insbesondere die deutsche Sprache ist es, die als identitätsstiftendes Merkmal, sei es als Hochsprache oder alemannischer beziehungsweise fränkischer Dialekt, auf dem Prüfstand steht. Dank zahlreicher Elterninitiativen sind die Dinge langsam in Bewegung geraten. Wichtig in diesem Zusammenhang sind die vielen grenzüberschreitenden Kontakte von Sprachpflegern diesseits und jenseits des Rheins.

Besonders der Verein Deutsche Sprache (VDS) – Regionalgruppe Ortenau – thematisiert regelmäßig die Belange der um kulturelle Selbstbestimmung ringenden Elsässer und Lothringer. Auch Frau Munchenbach ist hier ein gerngesehener Gast und geschätzte Vortragsrednerin. Einen weiteren interessanten Ansatz hierzu boten die VDS-Sprachtage 2018 in Offenburg mit dem Thema Zweisprachigkeit am Oberrhein mit prominenter Besetzung von beiden Seiten des Rheins, welche sich sehr ausgiebig dem Thema widmete. Eine integrierte Elsass-Bildungsfahrt führte die Teilnehmer zu den Sehenswürdigkeiten von Straßburg und der ABCM-Schule in Hagenau, in welcher Kinder zweisprachig, Französisch und Deutsch, unterrichtet werden.

Es bleibt zu hoffen, dass sich die obrigkeitskritische, basisdemokratische Stimmung, die in ganz Europa zunimmt, auch auf diesen, lange im Schatten des Weltgeschehens verharrenden unbefriedigenden Zustand auswirken wird. Die gewachsene europäische Vielfalt und kulturelle Identität kann auf diese Weise nur gewinnen.

**Roland Grassl, Bühl**

Leserbriefe geben die Meinung der Verfasser wieder, die sich nicht mit der der Redaktion decken muss. Von den an uns gerichteten Briefen können wir nicht alle, und viele nur in Auszügen, veröffentlichen. Alle abgedruckten Leserbriefe werden auch ins Internet gestellt.

# Mehr als nur eine Wohn-Fußnote

## Größtes Bauprojekt im Ersten Weltkrieg – Der Wiederaufbau kriegszerstörter Ortschaften in Ostpreußen. Was wird aus dem Erbe?

**Zahlreiche Städte im östlichen Ostpreußen bekamen vor 100 Jahren ein neues Gesicht. Damals sollten Gerdauen, Goldap, Neidenburg oder Lyck Idealstädte werden, neu geordnet, neu gestaltet – leuchtende Beispiele für ein zukünftiges Deutschland.**

Der Erste Weltkrieg endete in Ostpreußen recht schnell. In der Schlacht von Tannenberg und endgültig bis Anfang 1915 wurden die Russen aus dem Land gedrängt. In den kurzen aber heftigen Kämpfen waren zahlreiche Orte zerstört und die Einwohner in die Flucht getrieben worden.

Unmittelbar nach der Befreiung des östlichen Ostpreußens versprach der Kaiser den Wiederaufbau der zerstörten Orte. Der Deutsche Werkbund, damals die wichtigste Sammelbewegung der modernen Kräfte, appellierte an die Architekten des Landes, nach Ostpreußen zu kommen, um hier einen idealtypischen Wiederaufbau umzusetzen. Mehrere hundert vor allem junge Architekten kamen, unter ihnen einige aus Königsberg und viele aus den westlichen Gebieten wie Berlin, Bremen oder München. Sie hatten in den ersten Jahren des 20. Jahrhunderts die Ideen der Reform verinnerlicht. Und sie hatten mit dem Historismus der Gründerzeit gebrochen und wollten nun schlichte Architektur schaffen – ohne die als falsch verstandenen historistischen Dekorationen. Die neue Architektur sollte das Leben der Menschen in ihrer ostpreußischen Eigenart zum Ausdruck bringen, sie sollte den Charakter der Menschen am Äußeren ablesbar machen.

Damit Architekten, die an alten Rezepten hingen, nicht doch zum Zuge kamen, wurde eine staatliche Bauberatung eingesetzt und mit Reformkräften besetzt. Nur die Bauherren, deren Projekte den Segen der Bauberatung bekamen, konnten auf öffentliche Ostpreußen während und nach dem Krieg eine durchaus vielfältige Wiederaufbau-Architektur. Die kaum ausformulierten Ideale der Reform ließen zahlreiche auch sehr unterschiedliche Lösungen zu. So entstanden am Goldaper Markt schlichte Reihenhäuser (Architekt Fritz Schopohl, Berlin), die allein durch Laubengänge und schmückte Eingangstüren durch Schnitzarbeiten und ließ alles wie zufällig gewachsen erscheinen. Niemand sollte erkennen, dass das neue Gerdauen eine vom Architekten geplante Stadt ist.

Um mit dem Wiederaufbau auch eine Qualitätsverbesserung in den Städten zu erreichen, hatten sich im ganzen Reich Vereine



Villa Kunterbunt: Ein Haus des Bremer Architekten Heinz Stoffregen in Gerdauen Bild: Aschenbeck

Wiederaufbau-Gelder hoffen. Die Bauberater zeigten sich als strenge Kontrolleure, sie strichen eingereichte Planungen zusammen und zeichneten oft eigene Alternativentwürfe.

Trotz der rigiden Einflussnahme der Bauberater entstand in die Anordnung der Fenster gestaltet sind. In Gerdauen hingegen formte der Bremer Architekt Heinz Stoffregen eine neue Altstadt, die an mittelalterliche Städte erinnern soll. Er setzte Feldsteine in die Mauern, gliederte die Häuser mit Erkern und Gauben, gegründet, die Spenden für den Neubau von Schulen, für die Verlegung von Straßen, Errichtung von Denkmälern und manche Zwecke mehr sammelten. Ostpreußen sollte nach Vollendung des Wiederaufbaus schöner sein als je zuvor.

Auch Gutshäuser wurden nach den Vorstellungen der Reform aufgebaut. In nicht wenigen Fällen erstrahlten die Hofanlagen eindrucksvoller, als es die Vorgängerbauten taten.

Während an den Westgrenzen weiter die Kämpfe tobten, wurde in Zeitungen und Zeitschriften eifrig über den Wiederaufbau im Osten geschrieben; die Neugestaltung des östlichen Ostpreußens war nicht weniger als ein Beleg für eine Sinnhaftigkeit des Krieges. Wilhelm II. kam im August 1917 nach Gerdauen gereist und lobte die neu errichtete Altstadt.

Mit der deutschen Niederlage 1918 war auch das Wiederaufbauprojekt entwertet. Goldap, Gerdauen, Schirwindt und die anderen Wiederaufbau-Orte standen nun nicht mehr exemplarisch für den Neuanfang, sondern beispielhaft für das untergegangene Kaiserreich. Die Wiederaufbau-Architektur wurde, kaum war sie vollendet, schon vergessen.

Immer wieder wurde in jüngeren Publikationen auf das Erbe hingewiesen, das wichtigste Buch dazu lieferte der in Lodsch lehrende Architekturhistoriker Jan Salm: „Ostpreußische Städte im Ersten Weltkrieg“ (2012). Vier Jahre später erschien außerdem die Studie „Reformarchitektur – Die Konstituierung der Ästhetik der Moderne“, welche die Wiederaufbau-Leistungen in Ostpreußen thematisiert. Die Veröffentlichungen kursieren jedoch nur in Fachkreisen, in den Städten selbst ist die eigene Geschichte kaum bekannt – und wenn sie bekannt ist, wird sie als Teil der deutschen Kulturgeschichte kaum geschätzt. Jedes Jahr müssen Verluste im Bestand der Wiederaufbau-Architektur beklagt werden. In Polen ist die Situation allerdings deutlich besser als in Russland, wo beispielsweise die einst besonders sehenswerte Stadt Gerdauen (russisch Schelesnodoroschny) langsam zugrunde gerichtet wird.

Um das unbekannte und in seiner Bedeutung bisher kaum begriffene „Weltkulturerbe Wiederaufbau“ zu retten, wäre eine Bestandsaufnahme dringend geboten: Welche Bauten wurden von 1915 bis 1925 im östlichen Ostpreußen errichtet? Wo wurden neue Stadtgrundrisse realisiert? Was ist an Denkmälern und womöglich sogar an Inventar erhalten geblieben? Viele Antworten lassen sich in zeitgenössischen Publikationen finden, sie sollten mit dem vorhandenen Bestand abgeglichen werden. Erst wenn man in Deutschland, Polen und auch in Russland den Schatz der Reformzeit kennt, wird man sich um ihn kümmern können.

Der Wiederaufbau der zerstörten Ortschaften, begonnen im Ersten Weltkrieg, ist keine lokale Fußnote der Architekturgeschichte, im Gegenteil. Die Idealstädte der Reform waren ein erstes Projekt der Moderne, das in den Berliner Großsiedlungen der 1920er Jahre – Mitwirkender war nicht zuletzt der Wiederaufbau-Architekt Hans Scharoun – und auch in zahlreichen Städtebauprojekten nach dem Zweiten Weltkrieg seine wirkungsvolle Fortsetzung fand. *Nils Aschenbeck*

# Süßes Sabbelwasser

## Bärenfang – Bei 50 Umdrehungen schlägt die Sprache Purzelbäume

Löst man Honig in fast 100-prozentigem Alkohol auf, gibt Zimt, Vanille, Nelken und einen Schuss Wasser dazu, so erhält man den Bärenfang, einen aus Ostpreußen stammenden Honiglikör oder -schnaps, der seit dem 15. Jahrhundert dort in Gebrauch sein soll. Allerdings ist auch überliefert, dass ihn bereits die alten Prußen kannten. Bärenfang galt bei den Ostpreußen als Nationalgetränk, es war, wie sie sagten, Essen und Trinken zugleich. Aber auch die nach 1945 dort angesiedelten Bewohner haben die Tradition bis heute fortgeführt und beibehalten.

Bärenfang wurde in früheren Zeiten ausschließlich in den Privathaushalten Ostpreußens hergestellt. Viele Familien entwickelten nach und nach ihre eigenen Rezepte, wobei kleinere unterschiedliche Zutaten (Gewürze) leicht abgewandelte Geschmacksrichtungen hervorriefen. Auch im Alkoholgehalt gab es Unterschiede, er lag zwischen 20 und 45 Prozent. Daneben gab und gibt es noch heute den 50-prozentigen Ur-Bärenfang, Meschkinnes genannt – von meška, litauisch für Bär –, der in der Flasche einen Bodensatz aus in Alkohol kandiertem hochwertigen Lindenblütenhonig enthält. Vor dem Ausschenken muss man die Flasche schütteln, damit das Getränk eine naturtrübe Bernsteinfarbe erhält. Der hochprozentige Meschkinnes ist besonders im Norden Ostpreußens, vor allem im Memelland, beheimatet, wo er schon zu deutscher Zeit mit diesem lituauischen Wort bezeichnet wurde. In einem alten Gedicht wird seine Wirkung wie folgt beschrieben:

„Meschkinnes nennt man diesen Trank, / auf Deutsch, da heißt er Bärenfang. / Von diesem drei, vier Schnäpschen kleine / sind gut für Kopf und Bauch und Beine. / Doch trinkst du viel von dem Meschkinnes, / dann wirst du gänzlich anderen Sinnes. / Zuerst versagt das Gleichgewicht, / die Beine, die gehorchen nicht, / dann schwindet die Gedächtniskraft, / das Denken wird sehr mangelhaft. / Am längsten hält sich noch die Sprache, / doch was man spricht, ist so 'ne Sache.“

Seit dem 19. Jahrhundert wurde der Bärenfang auch kommerziell hergestellt. Erster Produzent war die Firma „Teucke und Koenig“ in Königsberg, die ihren Honiglikör unter dem Namen „Bärenjäger“ anbot. Auf den Flaschenetiketten war ein Jäger zu sehen, der einen Bären in der Falle gefangen hatte, als dieser sich gerade an einem Bienenstock zu schaffen machte.

### Honig als Basis für ostpreußischen Likör

Nach dem Zweiten Weltkrieg produzierte die Traditionsfirma in Hannover weiter, ehe sie 1967 mit der Kornbrennerei Steinhäger fusionierte. Heute wird der „Bärenjäger“ (35 Prozent) von der Firma „Schwarze & Schlichte“ in Oelde/Ostwestfalen hergestellt.

Seit den 1950er Jahren hat er auch eine weltweite Verbreitung erfahren. Neben dem „Bärenjäger“ produziert derselbe Betrieb auch einen 33-prozentigen Honiglikör mit dem Markennamen „Bärenfang“. Darüber hinaus gibt es weitere ursprünglich in Ostpreußen ansässige Spirituosenfirmen, die Bärenfang nach alten Rezepten anbieten – meistens mit einem Alkoholgehalt zwischen 35 und 38 Prozent. Allen diesen Likören gemeinsam sind die anfangs erwähnten Bestandteile, wobei es sich bei dem Honig um Lindenblüten-, Heide- oder Akazienhonig handeln sollte. Die Verwendung von Wald- oder Tannenhonig ist nicht angeraten, weil dieser zu einer bitteren Geschmacksnote führen kann. Bärenfang wird zwar zu allen Jahreszeiten getrunken, ist aber besonders im kalten Winter beliebt. Für einen echten Ostpreußen war das Getränk stets Medizin, bei Erkältungskrankheiten zum Beispiel Ersatz für Aspirin.

Der polnische Honiglikör heißt „Krupnik“ – von krupa, alt-slawisch für Gerstenkorn – und enthält neben dem Honig bis zu 50 verschiedene Kräuter in 40- bis 50-prozentigem Kornbrand. Auch die Russen kennen Honigschnaps, angereichert mit zahlreichen Kräutern und Gewürzen, der unter dem Namen „Okhotnichya“ („Jägerwodka“) vertrieben wird.

Neben dem Bärenfang kannte man in Ostpreußen andere bekannte Liköre und Spirituosen, die zum Teil heute noch beziehungsweise wieder hergestellt werden, so etwa „Bärenblut“ (Honig und Holunderschnaps), „Marjellchen“ (schwarzer Johannisbeerlikör), „Gumbinner Marillchen“ (Aprikosen-Likör), „Lorbaß“ (Kartoffelschnaps), „Trakehner Blut“ (Halbbitter), „Kosaken-“ oder „Kurenkaffee“ (gebrannter Mokkalikör), „Pillkaller“ (klarer Korn, der mit einer Scheibe Leberwurst und Senf genossen wird). Im Kreis Pillkallen – ab 1938 Schloßberg – gab es sogar einen Ort mit dem Namen Bärenfang, der aber zu Beginn des Jahres 1945 in Schutt und Asche versank. *Wolfgang Reith*

# Kein Schiff wird kommen

## Keri in Estland – Als Leuchtturmwärter auf der vergessenen Insel

Zum kleinen Baltikumstaat Estland gehören ganze 2222 Inseln. Die kleinste von ihnen ist das nur drei Hektar große Keri mit seinem 31 Meter hohen Leuchtfeuer.

Langsam senkt sich die Dämmerung über den Finnischen Meerbusen. Aber es gibt einen Wegweiser mit jeweils zwei Lichtsignalen, unterbrochen von mehreren Sekunden Pause: Das Leuchtfeuer von Keri ist nicht zu übersehen. Vorsichtig tastet sich Bootsführer Peep durch das flache Wasser. „Willkommen auf Keri, der vergessenen Insel! Nicht mal der Tod findet dich hier“, grinst der Este. Zur Hansezeit sei Keri deshalb auch ein Piratenversteck gewesen.

Im Leuchtturmwärterhaus riecht es muffig. Die Räume scheinen fluchtartig verlassen worden zu sein. In der primitiven Kombüse gibt es zumindest Gas zum Kochen. Für Strom sorgt ein Dieselgenerator aus sowjetischer Produktion im Nachbarhaus. „Wasser haben wir auch“, ist Peep stolz, „aus dem ersten Bohrloch strömte vor 200 Jahren Gas, das man praktischerweise für die Beleuchtung nutzte.“ Damals war der Leuchtturm von Keri der erste gasbefeuerte der Welt. Heute wird er mit Solarenergie versorgt.

Am Ende eines langen, finsteren Gangs mit aufgerissenen, knarrenden Holzdielen das Schlafzimmer: vier Bettgestelle, ein wackliges Tischchen, eine zerssessene Couch. In der Decke klafft ein riesiges Loch. „Wir würden ja gern alles renovieren“, entschuldigt sich Peep, „aber das Geld dafür fehlt, obwohl die Insel samt Gebäuden ein Denkmal ist.“



Wirbt für Gratisaufenthalte: Insel Keri Bild: Estnisches Tourismusamt

Der einzige Weg der Insel führt an der Sauna vorbei zum „Kino“, das mit zerschlissenen Klubsesseln vollgestellt und ungemütlich kalt ist. Peep wirft die altertümliche Technik an. Über die Leinwand flimmert ein selbst produzierter Streifen zur langen Geschichte von Keri, das 1623 erstmals urkundlich erwähnt wurde.

1719 wurde auf Befehl von Zar Peter I. ein Leuchtturm errichtet, der heutige 1803 in Betrieb genommen und 1857 mit einem Metallaufsatz verstärkt. 2003 verließ der letzte Leuchtturmwärter die nur 300 mal knapp 100 Meter lange Insel.

Doch heute können Gäste wieder nachempfinden, wie es sich damals so lebte – in einem Crash-Kurs für Leuchtturmwärter. Dazu gibt Peep am Abend noch eine kurze Einweisung. Danach wartet die erste Nacht. Der Wind pfeift um die Baracke. Zeit, um mit Trainingsanzug und Socken in den Schlafsack zu kriechen. Auf dem Tisch flackern Kerzen, die das Kabuff in ein gespenstisches Licht tauchen. Irgendwann trommelt ein Regenschauer auf das Blechdach und sorgt bald für wilde Träume von herumgeisternden Leuchtturmwärtern und an Land gespülten Schiffbrüchigen.

Am nächsten Morgen steht dann eine Inselerkundung auf dem Programm. Einen Steinwurf vom Wohnhaus entfernt liegt die Sauna. Durch Flieder- und Heckenrosen-Gebüsch bahnt man sich den Weg zum Leuchtturm, dessen gemauerte Rundform wie ein gewaltiger Festungsbau wirkt. Eine metallene Kreuzkonstruktion davor enthält zwei Gedenktafeln: eine davon für die Abschuss eines finnischen Flugzeugs vom Typ Ju 52 im Zweiten Weltkrieg durch einen sowjetischen Jagdflieger. Zwölf Menschen starben dabei. Das Wrack soll vor Keri liegen, wurde aber nie gefunden.

Die Ostseite des mächtigen Seezeichens ist von Wind und Wetter angenagt und einsturzgefährdet. Ein paar Balken sollen die traurige Ruine abstützen. Irgendwann klingelt das Mobiltelefon und Peep meldet sich: „Das Wetter ist gut heute für die Überfahrt, morgen soll es schon wieder kräftig blasen.“ Und dann geht es auch schon wieder zurück aufs Festland. *Peer Schmidt-Walther*

## Jüdisches Leben im Egerland

Der Band „Jüdische Spuren im ehemaligen Sudetenland“ enthält die Referate zum Thema, die 2017 auf den „Egerer Gesprächen“ von deutschen und tschechischen Fachleuten gehalten wurden. Es sind Historiker, Ethnologen, Geografen und Museumsfachleute. Förderer der Tagung waren das bayerische Staatsministerium für Arbeit, Soziales, Familie und Integration sowie die Landsmannschaft der Sudetendeutschen. Das Staatsministerium ist Träger des „Hauses des Deutschen Ostens“ in München. Die Referenten sind jeweils Fachleute auf ihren Gebieten, wobei man es bisher und lange Zeit versäumt hat, sich intensiv mit den jüdischen Gemeinden in den sudetendeutschen Ortschaften zu befassen.

Jahrhundertelang lebte man überwiegend friedlich zusammen, die Zäsur bildete das Jahr 1938 mit dem Abschluss des Münchener Abkommens. Inhaltlicher Schwerpunkt in den meisten Beiträgen ist die Region um die alte Reichsstadt Eger, seit der politischen „Wende“ ein beliebtes Ziel zahlreicher Besucher aus Deutschland.

Einleitend werden wichtige geografische und statistische Daten genannt, die für das Verständnis der nachfolgenden Ausführungen unabdingbar sind. Der Name Sudeten ist eine Sammelbezeichnung für das Riesengebirge, für das Glatzer Schneegebirge und das Altvatergebirge. Seit dem Ende des Ersten Weltkriegs und dem Zerfall der Habsburgermonarchie, zu welcher der gesamte Raum der heutigen Tschechei und Slowakei gehörte, nannten sich die deutschen Bewohner der Grenzgebiete zu Bayern, Sachsen, Schlesien und Deutsch-Österreich pauschal Sudetendeutsche. Ihre Gebiete wurden aufgrund des Münchener Abkommens dem Deutschen Reich angegliedert. Rein zahlenmäßig lebten etwa 120 000 jüdische Bürger 1920 auf dem Gebiet der heutigen Tschechischen Republik, davon zirka 25 000 im überwiegend deutsch besiedelten Sudetenland. Die weitaus meisten waren deutschsprachig. Es darf behauptet werden, dass sie sich als Deutsche beziehungsweise als Deutsch-Österreicher sahen.

> Beschäftigung mit dem Thema erst seit 1989

Die große Katastrophe für diese Bevölkerungsgruppe begann 1938. Im Sudetenland war bereits 1939 die jüdische Bevölkerung fast ganz eliminiert, die physische Vernichtung in der gesamten Tschechei geschah in den Jahren 1940 bis 1945. Auch der real existierende Sozialismus war nicht unbedingt judenfreundlich. Das zeigte zum Beispiel die Praxis der Rückgabe von enteignetem Eigentum.

Die Wende im Verhältnis zu den Juden kam mit der samtenen Revolution nach 1989. Sie ist mit der Person Vaclav Havel eng verbunden. Heute werden noch etwa 3000 bis 4000 jüdische Bürger in Tschechien geschätzt. Die Zahlen zeigen das Auslöschen einer kleinen Minderheit durch eine verbrecherische Ideologie. Es ist zu begrüßen, dass trotz der geringen Zahl jüdischer Menschen im Sudetenland Historiker, noch lebende Zeitzeugen, Nachfahren der jüdischen Einwohner sowie an der Geschichte und den Schicksalen dieser Menschen Interessierte sich mit diesen Themen beschäftigen.

Folgende Schwerpunkte werden in den einzelnen Beiträgen behandelt: „Zur Jüdischen Geschichte des Egerlandes“, „Jüdische Spuren und Maßnahmen zum Schutz in der heutigen Tschechei“, „Gemeindehäuser, Synagogen und Friedhöfe in der östlichen Oberpfalz und im Egerland“, „das Schicksal der bekannten jüdischen Persönlichkeit Richard Goldmann und seiner Familie“.

Mit Gründlichkeit und wohl auch Geduld rekonstruierten die Autoren Quellen und Spuren, die zum Teil bis ins 12. Jahrhundert zurückreichen und im 20. Jahrhundert in der Zeit des Nationalsozialismus und auch im Sozialismus meistens eliminiert wurden.

Die sichtbarsten Spuren bis heute sind – wenn sie erhalten blieben – Synagogen, Friedhöfe und Wohnhäuser. Zahlreiche Schwarz-Weiß- und Farbfotos ergänzen die Texte. Einrichtungen wie das „Egerländer Kulturhaus“ in Marktredwitz oder die „Sudetendeutsche Stiftung“ in München bestätigten auf Nachfrage die dürftige Quellenlage zu dem Thema.

Umso wichtiger ist die Publikation von Wilfried Heller. Sie kann eine Ergänzung sein für die „Jüdische Geschichte im preußischen Osten“, die 2013 von der Stiftung „Flucht, Vertreibung, Versöhnung“ herausgegeben wurde. *Karlheinz Lau*




***Wilfied Heller (Hg.): „Jüdische Spuren im ehemaligen Sudetenland“,*** *Verlag Inspiration Un Limited, London/Berlin 2018, broschiert, 157 Seiten, 13,90 Euro*

## Faszination Raumfahrt

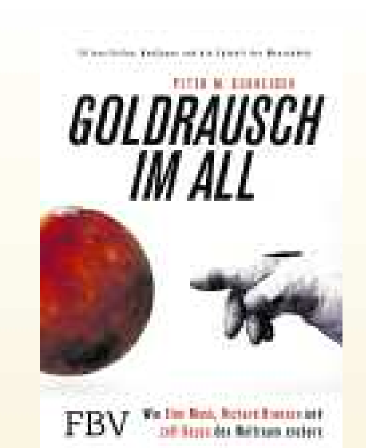
Von Anfang 2000 bis Ende 2017 investierten einige Dutzend Super-Reiche mehr als 20 Milliarden Dollar in die private Raumfahrt – zwölf Milliarden davon in den letzten fünf Jahren. Warum Milliardäre wie der Tesla-Gründer Elon Musk oder der Amazon-Chef Jeff Bezos dies tun, erläutert Peter Michael Schneider in seinem Buch „Goldrausch im All“.

Natürlich – so der Hamburger Wissenschaftsjournalist – geht es ums Geldverdienen durch kommerzielle Raumfahrt mit preiswerten, wiederverwendbaren Raketen, Weltraumtourismus und Rohstoffausbeutung im Kosmos.

Genauso sehr spielt aber auch das Ego der Protagonisten eine Rolle: Unbedingt der Erste sein, der eine Marsmission auf den Weg schickt oder Außerirdische aufspürt, dadurch Ruhm erwerben und Konkurrenten ausstechen. Außerdem wäre da noch die Begeisterung für alles Neue und Riskante, welche die Finanziers der privaten Raumfahrt ja zunächst überhaupt erst einmal so reich gemacht hat, dass sie sich jetzt ihr teures „Hobby“ leisten können. Aus diesem Mix heraus entstehen Raumfahrzeuge, die denen staatlicher Organisationen wie der US-Weltraumbehörde NASA ebenbürtig sind oder diese sogar in ihrer Leistungsfähigkeit übertrumpfen, weshalb der Staat am Ende auch zum Kunden der Privaten wird.

> Einblick in private Projekte

Schneider beschreibt dies alles extrem detailliert und kenntnisreich. Daher ist sein Buch ohne Zweifel das derzeit beste deutschsprachige Kompendium über die diversen Projekte und Zukunftsvisionen der privaten Raumfahrt. Wobei es zugleich noch einen aufschlussreichen und differenzierten Einblick in die Psyche jener Milliardäre gewährt, die das Ganze vorantreiben. *Wolfgang Kaufmann*

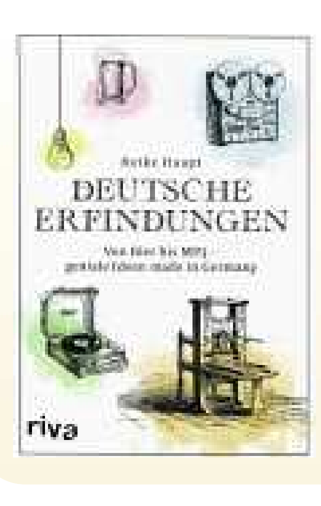



***Peter M. Schneider: „Goldrausch im All. Wie Elon Musk, Richard Branson und Jeff Bezos den Weltraum erobern“,*** *Finanzbuch Verlag, München 2018, gebunden, 391 Seiten, 19,99 Euro*

## Wissenswertes unterhaltsam

Jedes Kind weiß, dass Deutschland als Land der Dichter und Denker bekannt ist und es daneben auch viele Tüftler gibt. Dass auf das Konto Letzterer auch viele Erfindungen gehen, die aus dem Alltag kaum noch wegzudenken sind, ist vielleicht weniger gegenwärtig.

Diese Wissenslücke füllt Heike Haupt mit ihrem unterhaltsam geschriebenen Buch „Deutsche Erfindungen. Von Bier bis MP3 – geniale Ideen made in Germany“. In der Tat überrascht es, dass nicht nur der Buchdruck in Deutschland erfunden wurde, sondern auch die Jeans, der Plattenspieler, die Kontaktlinse, das Faxgerät, Hubschrauber und erste Computer. Gefällige Illustrationen runden die schöne Aufmachung ab. *MRK*




***Heike Haupt: „Deutsche Erfindungen. Von Bier bis MP3 – geniale Ideen made in Germany“,*** *riva Verlag, München 2018, gebunden, 160 Seiten, 17,99 Euro*

## Für alle, die oft an ihre Heimat denken

Der „redliche Ostpreuße“ ist eine Fortsetzung des illustrierten Familienkalenders „Der redliche Preuße und Deutsche“, dessen Erscheinen seit 1830 nur durch den Krieg unterbrochen wurde.

„In handlichem Format, mit ausführlichem Kalendarium samt Mondphasen, Sonnenauf- und Sonnenuntergängen, mit zahlreichen Abbildungen, Geschichten, Anekdoten und Gedichten erinnert er an die alte Heimat Ostpreußen“, heißt es auf der Verlagsseite, und genau das trifft zu. Silke Osman hat dieser Ausgabe das Gedicht von Fritz Kudnig vorangestellt, in dem er das Elend des Kriegs, das Elend auf der Flucht beschreibt, wie es auch heutzutage zu vernehmen ist. So stimmt Osman ein in die Geschichten und Erinnerungen in dieser neuesten Ausgabe des „redlichen Ostpreußen“.

Dem Vorwort folgt das Kalendarium. Jeder Monat nimmt eine Seite ein, wobei die obere Hälfte von einer zur Jahreszeit passenden Postkarte gefüllt wird, die untere mit dem Kalendarium. Platz für Eintragungen gibt es nicht.

> Kalender greift Elend der Flucht wieder auf

Dieses Kalenderbuch versammelt Autoren wie Johannes Bobrowski, Herbert Kirrinnis, Walter Scheffler, Frieda Jung, E.T.A. Hoffmann, Ernst Wiechert und Agnes Miegel.

Die Geschichten, Beschreibungen, Gedichte sind teilweise mit Schwarz-Weiß-Abbildungen ergänzt. Gerade bei Gemälden wie „Die Gänserupferinnen“ von Max Liebermann wäre eine Farbabbildung wirklich wünschenswert. „Der redliche Ostpreuße“ ist für alle empfehlenswert, die oft an ihre Heimat denken, sich darüber austauschen möchten, aber auch für jüngere Leser, die sich mit der Heimat ihrer Vorfahren auseinandersetzen möchten, oder einfach für Menschen, die gerne kurze, unterhaltsame und informative Texte lesen. *Ch. Rinser-Schrut*

***Silke Osman (Hg.): „Der redliche Ostpreuße. Ein Kalenderbuch für 2019. 70./183. Jahrgang“,*** *Rautenberg Verlag, Würzburg 2018, gebunden, 158 Seiten, 9,95 Euro*

## Woche für Woche Berlin

Wer noch ein Geschenk sucht für Berlin-Liebhaber, wird im Elsengold Verlag fündig. Neben vielen Büchern, die die Geschichte der Hauptstadt zum Thema haben, gibt es nun einen wahren Leckerbissen in Kalenderformat, „Berliner Geschichte 2019“ von Marc Lippuner. Der optisch ansprechende Kalender bietet wöchentlich ein wichtiges Ereignis aus der Berliner Geschichte und schließt dabei so manche Wissenslücke.

Die Seiten sind mit Fotos und Abbildungen versehen. Der Historiker Lippuner ist ein hervorragender Kenner der Berliner Geschichte. Er gründete 2015 die „Kulturfritzen“, ein Projektbüro für kulturelle Angelegenheiten im sozialen Netz.

Nun gibt es auch den Jahresplaner, der sich intensiv mit Ereignissen der Vergangenheit befasst. Woche für Woche bietet der Kalender eine neue, sehr informative Überraschung. So wird gleich im Januar auf die ersten Flugversuche auf dem Tempelhofer Feld hingewiesen. Diese starteten am 28. Januar 1909 in einem Doppeldecker der Gebrüder Voisin mit dem französischen Flugpionier Armand Zipfel. 100 000 Menschen schauten bei eisiger Kälte dabei zu. Das Besondere sind die teils unbekannten Informationen in Verbindung mit den beeindruckenden Abbildungen und Fotos. So haben sicher wenige schon einmal Rudolf Virchow in seinem Arbeitszimmer in der Charité von 1896 oder ein Foto der Gründungsurkunde Berlins vom 26. Januar 1244 gesehen. Diese Mischung macht daraus eine wertvolle historische Faktensammlung, die man am Ende des Jahres sicher nicht einfach im Müll entsorgt wie andere Jahresweiser, die abgelaufen sind. Ein außergewöhnliches Geschenk, das jeden historisch interessierten Menschen erfreuen wird. *Silvia Friedrich*




***Marc Lippuner: „Berliner Geschichte 2019“,*** *Kalender, Elsengold-Verlag, Berlin 2018, 56 Blatt, 24 mal 32 Zentimeter, vierfarbig, Spiralbindung, 22 Euro*

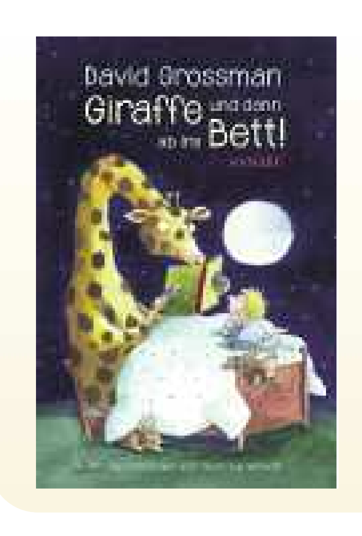
## Magische Logik für Erwachsene

Dieses Buch mit seinen schönen Illustrationen ist voll von Kinderängsten. Auch wenn die Geschichten immer gut oder besser nicht schlimm für den jeweiligen Protagonisten der einzelnen kurzen Kapitel endet, bleibt ein beunruhigendes Gefühl zurück.

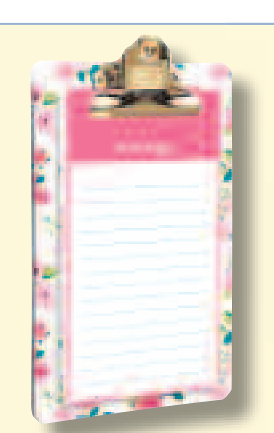
Die „magische Phase“ bei Kindern, die Vorstellung, dass alles passiert, was man sich vorstellen kann, birgt ein großes Potenzial, aber auch einen Schrecken, den Kinder und oft auch die Eltern nicht einfach überwinden können. In diesem Gutenachtgeschichten-Buch scheinen alle schlimmen Phantasien enthalten zu sein. Ein imaginärer Freund, lebendig werdende Bilder, deren Figuren aus dem Bild herauskommen oder Kinder, die an böse Teppichelefanten verkauft werden, um nur ein paar Beispiele zu nennen. Es gibt auch tatsächlich einige Geschichten, die nicht die „magische Logik“ nähren, wie die des kleinen Uri, der noch nicht so gut sprechen kann und nur von seinem großen Bruder verstanden wird, was zu übertriebenen Missverständnissen führt.

> Mittel gegen Angstphantasien

Dieses Buch ist Eltern für die eigene Lektüre zu raten, deren Kind sich kurz vor oder in der magischen Phase befindet. Sie nehmen mit, dass man sein Kind ernst nehmen muss, weil es in seiner Logik Hexen, Schattenmonster und alles durch den Abfluss mitreißende Badewasser gibt. Aber zum Vorlesen ist es, besonders vorm Schlafen, nicht zu empfehlen. *CRS*



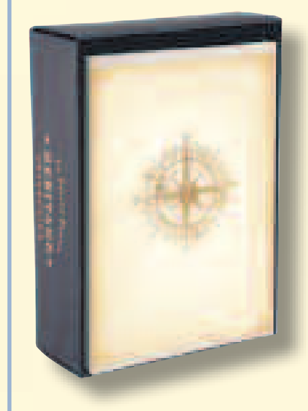

***David Grossmann: „Giraffe und dann ab ins Bett! Gutenachtgeschichten“,*** *Carl Hanser Verlag, München 2018, gebunden, 111 Seiten, 15 Euro*



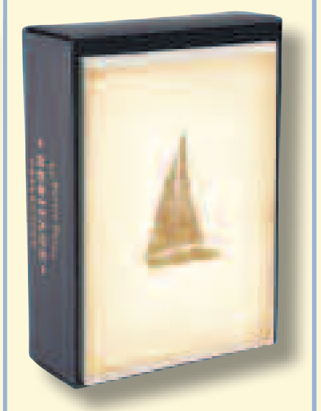
**Eine Welt voller Rosen**
Attraktives Klemmbrett für kreative Ideen
Größe 15,2 x 22,9 cm mit Schreibblock
Nr. 803064 — 12,99 €



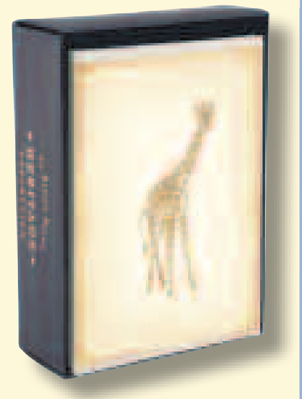
**Eine Welt voller Rosen**
Qualitätvoller Kugelschreiber in edler Geschenkverpackung
Größe 5,4 x 18 x 2,5 cm
Nr. 803063 — 12,99 €



**Eine Welt entdecken**
10 Gruß- und Geschenkkarten mit Umschlägen, zu jedem Anlass, in einer attraktiven Karten-Box
Größe der Karten 8,3 x 12 cm
Nr. 800125 — 9,99 €



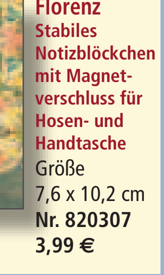
**Der Traum vom Segeln**
10 Gruß- und Geschenkkarten mit Umschlägen, zu jedem Anlass, in einer attraktiven Karten-Box
Größe der Karten 8,3 x 12 cm
Nr. 800185 — 9,99 €



**Fremde Länder entdecken**
10 Gruß- und Geschenkkarten mit Umschlägen, zu jedem Anlass, in einer attraktiven Karten-Box
Größe der Karten 8,3 x 12 cm
Nr. 800128 — 9,99 €



**Goldanker**
Stabiles Notizblöckchen mit Magnetverschluss für Hosen- und Handtasche
Größe 7,6 x 10,2 cm
Nr. 802635
3,99 €



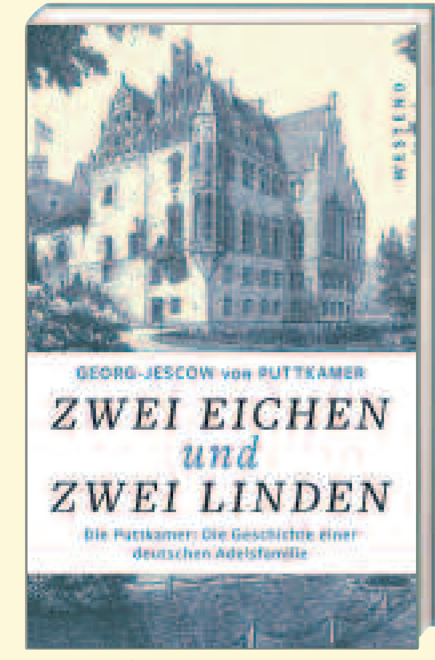
**Sommervogel**
Stabiles Notizblöckchen mit Magnetverschluss für Hosen- und Handtasche
Größe 7,6 x 10,2 cm
Nr. 819662
3,99 €



**Florenz**
Stabiles Notizblöckchen mit Magnetverschluss für Hosen- und Handtasche
Größe 7,6 x 10,2 cm
Nr. 820307
3,99 €



**Goldpfeil**
Stabiles Notizblöckchen mit Magnetverschluss für Hosen- und Handtasche
Größe 7,6 x 10,2 cm
Nr. 802644
3,99 €



Georg-Jescow von Puttkamer
**Zwei Eichen und zwei Linden**
Die Putkamer: Die Geschichte einer deutschen Adelsfamilie
Deutsche Geschichte als Familienportrait – Über 700 Jahre lang waren die Puttkamer eine der führenden Familien des sogenannten „ostelbischen Grundbesitzeradels", mit mehr als 300 landwirtschaftlichen Gütern in Hinterpommern. Aber wieso soll das heute noch von Interesse sein? Diese Familiengeschichte schildert die Schicksale, Leistungen und die schwarzen Flecken einer Familie, die untrennbar mit der preußischen und deutschen Geschichte verbunden ist. So war die Ehefrau Otto von Bismarcks eine geborene von Puttkamer. Und von verwegenen Raubrittern und mondänen Künstlergestalten, über Abenteurer und Auswanderer bis hin zum Berliner Polizeipräsidenten und dem Kommandanten der gefürchteten „Puttkamer-Husaren" führt uns diese unterhaltsam geschriebene Geschichte die unterschiedlichsten Figuren und ihre zeitgeschichtliche Ambivalenz vor Augen, zwischen Glamour und Rückständigkeit, zwischen Glanz und Grauen. 288 Seiten.
Nr. A1307 — Gebunden — 24,00 €

**Goldpfeil**
Nostalgisches Klemmbrett für treffende Ideen
Größe 15,2 x 22,9 cm mit Schreibblock
Nr. 801427 — 12,99 €

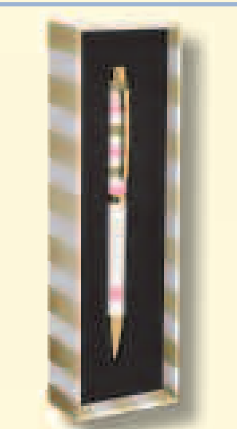
**Goldpfeil**
Nostalgische Karten mit Umschlägen in einer attraktiven Box
In jeder Packung sind 50 Karten und die dazu passenden Umschläge enthalten. Größe der Karten 14,3 x 8,9 cm
Nr. 801436 — 50 Karten mit Briefumschlägen — 12,99 €

**Zeit zum Feiern**
10 Gruß- und Geschenkkarten mit Umschlägen, zu jedem Anlass, in einer attraktiven Karten-Box
Größe der Karten 8,3 x 12 cm
Nr. 805091 — 9,99 €

**Das Leben genießen**
10 Gruß- und Geschenkkarten mit Umschlägen, zu jedem Anlass, in einer attraktiven Karten-Box
Größe der Karten 8,3 x 12 cm
Nr. 805095 — 9,99 €



**Mit Herz und Gold**
Farbenfrohe Karten mit Umschlägen in einer attraktiven Box
In jeder Packung sind 50 Karten und die dazu passenden Umschläge enthalten. Größe der Karten 14,3 x 8,9 cm
Nr. 802411 — 50 Karten mit Briefumschlägen — 12,99 €



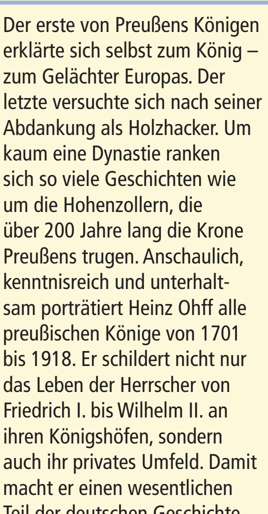
**Mit Herz und Gold**
Qualitätvoller Kugelschreiber in edler Geschenkverpackung
Größe 5,4 x 18 x 2,5 cm
Nr. 802425 — 12,99 €



**Eine Welt voller Farben**
Qualitätvoller Kugelschreiber in edler Geschenkverpackung
Größe 5,4 x 18 x 2,5 cm
Nr. 802126 — 12,99 €



Heinz Ohff
**Preussens Könige**
Ein Leben zwischen Hoffnung und Revolution
400 Seiten/Taschenbuch
Nr. P A1020 — 12,00 €



Der erste von Preußens Königen erklärte sich selbst zum König – zum Gelächter Europas. Der letzte versuchte sich nach seiner Abdankung als Holzhacker. Um kaum eine Dynastie ranken sich so viele Geschichten wie um die Hohenzollern, die über 200 Jahre lang die Krone Preußens trugen. Anschaulich, kenntnisreich und unterhaltsam porträtiert Heinz Ohff alle preußischen Könige von 1701 bis 1918. Er schildert nicht nur das Leben der Herrscher von Friedrich I. bis Wilhelm II. an ihren Königshöfen, sondern auch ihr privates Umfeld. Damit macht er einen wesentlichen Teil der deutschen Geschichte lebendig und verständlich.

Christoph von Weitzel (Bariton)/Ulrich Pakusch (Klavier)
**Schläft ein Lied in allen Dingen – Die schönsten Dt. Volkslieder**
Lieder: Ännchen von Tharau; Der Mond ist aufgegangen; Guter Mond, du gehst so stille; Wenn ich ein Vöglein wär, Kein schöner Land; Wem Gott will rechte Gunst erweisen; Geh aus mein Herz; Weißt du wieviel Sternlein stehen; Der schöne Tag bricht an; Das bucklige Männlein; Der Lindenbaum; Schneiders Höllenfahrt; In einem kühlen Grunde; Abschied vom Walde; Es ist ein Schnitter; Bist du bei mir u.v.m. Laufzeit: 63 Min.
Nr. P A0737 — CD — 12,95 €



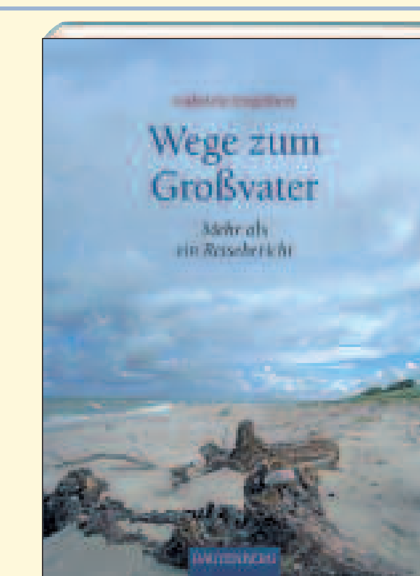
Simon Sebag Montefiore
**Die Romanows**
Glanz und Untergang der Zaren-Dynastie 1613–1918
Der Bestseller-Autor und Russland-Experte, schildert in seiner ebenso spannenden wie unterhaltsamen Biographie „Die Romanows: Glanz und Untergang der Zarendynastie 1613–1918" die sagenumwobene Dynastie, die Russland bis heute prägt. Wie kein anderes Adelsgeschlecht sind die Romanows der Inbegriff von schillerndem Prunk, Macht, Dekadenz und Grausamkeit. Über 300 Jahre dominierten sie das russische Reich, mehr als 20 Zaren und Zarinnen gingen aus dem Geschlecht hervor, allesamt getrieben von unbändigem Machthunger und rücksichtslosem Willen zu herrschen – einige dem Wahnsinn näher als dem Genie. Simon Sebag Montefiore erzählt die Saga dieser unglaublichen Familie, in der Rivalität, Giftmorde und sexuelle Exzesse regelrecht auf der Tagesordnung standen. Basierend auf neuester Forschung und unbekanntem Archivmaterial zeichnet er die Schicksale und politischen Verwicklungen nach. Mit zahlreichen Abbildungen, prächtige Ausstattung. 1040 Seiten.
Nr. P A1306 — Taschenbuch — 22,00 €



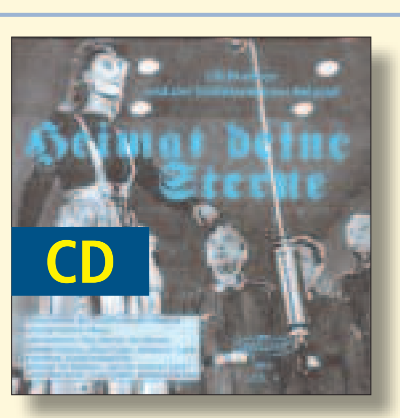
Agnes Miegel
**Ostpreußen – Es war ein Land**
Agnes Miegel liest aus eigenen Dichtungen, Lieder und Balladen der Heimat. Zwischen den einzelnen Stücken ertönen bekannte ostpreußische Lieder. (Laufzeit 40 Minuten)
Nr. P 5893 — CD — 9,95 €

Friedrich Venohr
**Fridericus Rex – Friedrich der Große**
Porträt einer Doppelnatur
464 Seiten/Gebunden
Nr. P A0651 — 29,80 €

Schon zu seinen Lebzeiten rankten sich zahlreiche Legenden um die Person jenes Preußenkönigs, der als Friedrich der Große in die Geschichte eingegangen ist. In den vergangenen Jahrhunderten hat sich das Friedrichbild wiederholt gewandelt. Wer aber war dieser kunstsinnige Preußenkönig wirklich? In seiner Friedrich-Biografie, die durch ihre Anschaulichkeit besticht, versucht Wolfgang Venohr, jenseits aller Legenden und Glorifizierungen die Persönlichkeit Friedrich II. in all ihren Facetten auszuleuchten, die Widersprüche in seinem Charakter herauszuarbeiten und ein Porträt dieses Mannes zu zeichnen, das zu einem neuen, an den historischen Tatsachen orientierten Bild führt.



Gabriele Engelbert
**Wege zum Großvater**
Mehr als ein Reisebericht
Mit der Vergangenheit im Gepäck, bestehend aus alten Fotos, Dokumenten und Erinnerungen an längst verstorbene Angehörige, begibt sich Gabriele Engelbert aus Schlüchtern mit ihren beiden Geschwistern auf Spurensuche durch West- und Ostpreußen. Ihr Weg führt sie von dem Platz, an dem früher Schloss Petershoff stand und an dem sich ihre Urgroßeltern kennenlernten, weiter über Osterode, vorbei an Königsberg, nach Cranz und schließlich nach Labiau, der Ort an dem ihr Großvater Rektor der örtlichen Schule war und ihr Vater und dessen Geschwister geboren wurden und ihre Kindheit verbrachten. Über verfallene Straßen und versteckte Orte erkunden sie gleichzeitig Ostpreußen und ihre eigene Vergangenheit. Dabei beschreibt die Autorin lebendig Begebenheiten und Begegnungen am Wegesrand. Und immer wieder vergleicht sie in fesselnder Weise ihre Erlebnisse mit Erinnerungen und Erzählungen der Familie, die als Zitate in den Text eingefügt wurden. Dabei rücken den Geschwistern bei dieser Fahrt nicht nur die Vorfahren näher, sondern, während sie sich Land und Vorfahren nähern, nähern sie sich auch einander an. Der Eindruck dieser mitreißend und anschaulich beschriebenen Reise wird von zahlreichen stimmungsvollen Farbbildern noch vertieft. 144 Seiten
Nr. P 533201 — Gebunden mit Schutzumschlag — 19,95 €

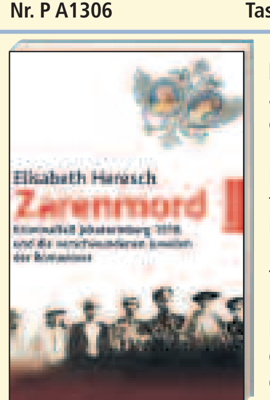


Heimat deine Sterne
**Lili Marleen und der Soldatensender Belgrad**
Marlene Dietrich, Ilse Werner, Lale Andersen, Wilhelm Strienz, Herbert Ernst Groh, Kary Barnet, Suzy Solidor, Magda Hain, G. Böhnert und viele mehr. (Laufzeit 72 Minuten)
Nr. P 5856 — CD — 12,80 €



Friedrich Venohr
**Friedrich Wilhelm I.**
Preußens Soldatenkönig
366 Seiten
Gebunden
Nr. P A1158 — 24,80 €

König Friedrich Wilhelm I. – die Geschichtsschreibung stellte ihn bis heute zu Unrecht in den Schatten seines berühmten Sohnes, Friedrich des Großen. Seine älteste Tochter, Wilhelmine von Bayreuth, zeichnete in ihren Memoiren ein Zerrbild von ihm, das sich von Voltaire bis zu den Liberalen des 19. Jahrhunderts bis zur Verdammung steigern sollte. Nach Sichtung der zur Verfügung stehenden historischen Fakten rückt der Autor das Bild des „Soldatenkönigs", wie er auch genannt wurde, in ein neues Licht: Friedrich Wilhelm I. (1688–1740), der Despot, Berseker, Wüterich und Prügelfetischist, war andererseits ein Wohlfahrtsfanatiker, ein Finanz- und Ökonomiegenie, der erste Staatssozialist der Geschichte, ein „Revolutionär auf dem Thron".



lisabeth Heresch
**Zarenmord**
Kriminalfall Jekaterinburg 1918 und die verschwundenen Juwelen der Romanows
256 Seiten/Gebunden
Nr. P A1159 — 20,00 €

Beinahe ein Jahrhundert hat es gedauert, bis die letzten Rätsel um das Verbrechen an Zar Nikolaus II. und seiner Familie endgültig gelöst werden konnten. Die Russlandexpertin Dr. Elisabeth Heresch rollt den spannenden „Kriminalfall Jekaterinburg" in seiner Tragik und Reichweite noch einmal auf. Sie beschreibt die letzten Monate der Zarenfamilie unter Arrest in Tobolsk und Jekaterinburg, die zaghaften Rettungsversuche des deutschen Kaiserhauses, die Verweigerung des Exils durch das englische Königshaus – immerhin direkte Verwandte der Zarenfamilie – und die Bluttat selbst aus der Erinnerung der Mörder. Sie schildert die detektivische Suche nach ersten Indizien, Zeugenaussagen und Hinweisen auf die Grabstellen von 1918/19 und die abenteuerlichen Umstände der Funde von 1979/91 und 2007, die das perfide Versteckspiel der Mörder beendeten.

Heimat deine Sterne
**Der Soldatensender Oslo** – Lieder, Märsche und Reportagen
Lieder: Heimat deine Sterne; Flottenmarsch; Lass es, ach lass es hören; Ach so fromm; Sterne in dunkler Nacht; Hohe Nacht der klaren Sterne; Prinz Eugen; U-Boot-Lied; Grüß mir das blonde Kind am Rhein; Das Löwengeschwader; Rheinlied; Fliegerfanfare; Südseegeschichten; Einmal nach Bombay; Wer die Heimat liebt u.v.m. Laufzeit: 77 Minuten
Nr. P 9269 — CD — 12,80 €



Bitte Bestellcoupon ausfüllen und absenden, faxen oder Bestellung einfach telefonisch durchgeben:

**RAUTENBERG Buchhandlung**
in der Verlagshaus Würzburg GmbH & Co. KG
Beethovenstraße 5 B
97080 Würzburg

Telefon 09 31/ 46 58 89-12
Telefax 09 31/ 46 58 89-29
Email info@rautenberg-buch.de
Internet www.rautenberg-buch.de

Lieferung erfolgt gegen Rechnung. Achtung, die Versandkostenpauschale beträgt nur € 4,00*, ab einem Bestellwert von 80,00 € ist die Lieferung versandkostenfrei* (*nur gültig bei Versand innerhalb Deutschlands). Auslandslieferung gegen Vorkasse. Dabei werden die tatsächlich entstehenden Portogebühren berechnet. DVDs und CDs sind vom Umtausch ausgeschlossen.

| Anzahl | Bestell-Nr. | Titel | Preis € |
|---|---|---|---|
| | | | |
| | | | |
| | | | |
| | | | |
| | | | |
| | | | |

Vorname ............ Name ............
Straße/Nr. ............ Telefon ............
PLZ/Ort ............
Datum ............ Unterschrift ............

**BÜCHER • KARTEN • KALENDER • FAHNEN/PINS • DVD/CD • SPIRITUOSEN • MARZIPAN • BERNSTEIN**
**Telefon 09 31/46 58 89 12 • Telefax 09 31/46 58 89 29 • www.rautenberg-buch.de**
Telefonische Erreichbarkeit: Montags bis Freitags von 9.00 Uhr – 12.00 Uhr und 13.00 – 17.00 Uhr

## MELDUNGEN

### Werteunion mobilisiert

**Berlin** – Die „Werteunion“, ein Zusammenschluss konservativer CDU- und CSU-Mitglieder, will innerhalb ihrer Partei Unterschriften zur Unterzeichnung des UN-Migrationspakts sammeln. Ziel sei es, Druck auf die Bundesregierung auszuüben, damit diese sicherstelle, dass aus dem Pakt keinerlei zusätzliche Verpflichtungen für Deutschland erwachsen. Die Grünen hatten solche Verpflichtungen bereits ins Spiel gebracht. *H.H.*

### Jagdverbot wegen NS-Taten

**Erfurt** – Zum Gedenken an den 9. November 1938 hat Thüringens Agrarministerin Birgit Keller (Linkspartei) ein landesweites Jagdverbot erlassen. Weder Schießen noch das Führen von Jagdhunden sei künftig an jenem Tag erlaubt. Die gebiete die Pietät, so Keller. Kritiker fragen irritiert nach dem Zusammenhang von NS-Verbrechen und der jährlichen Herbstjagd. *H.H.*

## ZUR PERSON

### Jung, attraktiv, identitätslos

Dass Altparteien nicht nur aus altgedienten Politprofis bestehen müssen, zeigen die Grünen. Anders als bei CDU oder SPD mangelt es ihnen nicht an talentiertem Nachwuchs, der nicht nur verhältnismäßig jung, sondern auch weiblich und außerdem sogar attraktiv ist. In Bayern hat die 33-jährige Katharina Schulze ihrer Partei zum Wahlerfolg verholfen. Die Co-Vorsitzende der Bundes-Grünen, Annalena Baerbock, ist 37. So alt wird am 22. November auch **Ska Keller**, die jetzt zur grünen Spitzenkandidatin für den Europawahlkampf 2019 gewählt wurde.

Hält der Aufwind, den die Grünen gerade in Deutschland erleben, auch EU-weit an, dann kann Keller zu einer mächtigen Politikerin werden und ihren konformistischen grün-liberalen Standpunkt wie die ungehinderte Einwanderung von Asylsuchern oder den vorzeitigen Kohleausstieg als Dauerthemen vor dem EU-Parlament propagieren. Ihr rhetorisches Talent hat sie dort schon seit 2009 entfalten können, seit sie erstmals ins EU-Parlament gewählt wurde. In internen Machtkämpfen mit der altgedienten grünen Mitstreiterin Rebecca Harms ging Keller 2014 als Spitzenkandidatin der Europäischen Grünen Partei als Siegerin hervor und löste Harms 2016 als Fraktionsvorsitzende der Grünen/Europäische Freie Allianz im EU-Parlament ab.



Die in Guben an der polnischen Grenze aufgewachsene Ska Keller heißt eigentlich Franziska. Weil sie aber als früher jung-rebellische Punkerin mit bunten Haaren und Antifa-Mitläuferin nie verniedlichend Franzi genannt werden wollte, verzichtete sie auf die ersten beiden Silben ihres Vornamens. Die Leugnung ihrer Identität könnte sich für die studierte Islamwissenschaftlerin zur Methode fortsetzen, wenn sie in ihrer Mission für die bunte Vielfalt die europäische vor ihre deutsche Identität setzt. *H. Tews*




# *Gedenkgeneräle*

**Wie wir die »Männerhorden« deutsch machen, wie aus Judenhassern Nazi-Opfer werden, und warum Sahra sich wieder hinsetzt / Der satirische Wochenrückblick mit HANS HECKEL**

Es wird immer anstrengender, die Wirklichkeit so hinzubiegen, dass sie sich schrammenfrei ins Bild unserer Bunten Republik fügt. Winfried Kretschmann ist gestolpert und hat tatsächlich von Problemen mit „Männerhorden“ junger Asylsucher gesprochen, die er am liebsten aufs platte Land verbannen möchte. So etwas sagt ein grüner Ministerpräsident?

Zunächst hörten wir nur blankes Entsetzen. Das sei „nicht unsere Sprache“, befahl Grünen-Bundesgeschäftsführer Michael Kellner und erklärte, dass er solch eine „radikale Sprache“ von Kretschmann nicht kenne.

Schön gesagt, aber was machen wir jetzt? Man kann sich doch an einer Hand abzählen, wann der erste AfD-Politiker Kretschmanns Männerhorden-Zitat genüsslich aufgreift. Vielleicht ist das zwischen dem Verfassen und dem Druck dieser Zeilen sogar schon geschehen.

In Notlagen wie diesen müssen alle bunten Demokraten zusammenstehen. Zum Glück tun sie das auch. CDU-Innenexperte Armin Schuster hat den Dreh raus und weiß, wie man solche Ausrutscher wieder einfängt. Ein großes Boulevardblatt zitiert den 57-Jährigen: „Kretschmann hat recht: Junge Männer sind in vielen Bereichen ein Problem, etwa in der Hooligan-Fan-Szene oder im Rechtsextremismus.“

Bravo! Die besten Jahrmarkts-Zauberer erkennt man daran, dass sie ihr Publikum mit den einfachsten Tricks hinters Licht führen. Schuster windet sich nicht herum mit Hinweisen auf „traumatische Kriegs- oder Fluchterfahrungen“, die andere immer anbringen, wenn sie die erschreckenden Zahlen zur Kriminalität von Asylsuchern zukleistern wollen. Nein, er wechselt einfach das Thema und aus. Genial!

Kretschmann hatte von jungen Asylsuchern ohne oder mit geringer Bleibeperspektive gesprochen. Darüber will Schuster aber gerade nicht reden, also lenkt er die Debatte auf ganz etwas anderes um. In der nächsten Eskalationsstufe des wohlinszenierten Ablenkens wird er den Kreis der bedenklichen „Männerhorden“ gewiss noch auf Kegelbrüder und Handballmannschaften ausdehnen, um vom eigentlichen Problem wegzukommen.

Der CDU-Innenexperte hat ein Muster perfektioniert, das wir schon kennen: Wo immer ein Asylsucher (oder eine „Horde“ solcher) eine Frau vergewaltigt oder ermordet hat, ist der erste Reflex eine Demo gegen „Rechts“.

Es ist im Grunde ein alter Hut: Wenn vor 170 Jahren Bürger gegen ihre Unterdrückung protestierten, hielt man ihnen von oben vor, das Volk „aufzuwiegeln“, heute hieße das: die Bevölkerung zu „spalten“. Und wenn Arbeitervereine oder Sozis gegen Ausbeutung auf die Straße gingen, klagte man sie an, die Nöte von Menschen für ihre politischen Ziele zu „instrumentalisieren“. So wird auch heute jeder, der politische Konsequenzen aus Mordtaten oder Vergewaltigungen fordert, zum „Instrumentalisierer“ und „Spalter“ erklärt. Wäre unsere Geschichte nicht voll gewesen von diesen abscheulichen „Instrumentalisierern“ und „Spaltern“, hätten wir heute noch nicht mal das Wahlrecht, geschweige denn den Acht-Stunden-Tag oder das freie Wochenende.

> Wenn es knifflig wird für die Bunte Republik, wechseln wir einfach das Thema

Aber vielleicht waren diese „Reformen“ ja auch alle falsch, weshalb beispielsweise die politische Macht nach „Europa“ verfrachtet werden muss, wo das Wahlrecht kaum eine Wirkung hat, weil das EU-Parlament nun mal eine Lachnummer ist, da in Brüssel mächtige Lobbyisten das Sagen haben.

Aber bleiben wir kurz noch bei der Sache mit der Kriminalität. Bei Plasbergs „Hart aber fair“ hatte ein Grünen-Politiker eine noch bessere Idee, wie wir das Thema politisch-korrekt unter den bunten Teppich kehren können. Ahmad Omeirat, Ratsmitglied in Essen, fordert, dass das Thema der kriminellen arabischen Clans endlich ignoriert wird. Zu diesem Zwecke solle der Begriff „Clan“ nicht mehr verwendet werden. Ebenso habe man die ethnische Herkunft der Herrschaften zu verschweigen. Alles andere sei rassistisch.

Das wäre fürwahr die Ideallösung: Wenn es erst allen verboten ist, das Problem überhaupt anzusprechen, müsste man weder etwas zurechtbiegen noch das Thema wechseln. Still ruht der See.

Die Kriminalstatistiker haben es ja schon ganz gut raus, wie man eine peinliche Angelegenheit per Knopfdruck aus der Welt schafft. Wenn beispielsweise ein Hisbollah-Aktivist auf einer Anti-Israel-Demo judenfeindliche Parolen grölt, wird das in der Kriminalitätsstatistik bekanntlich als „Politisch motivierte Kriminalität rechts“, kurz „PMK rechts“, verbucht.

Die mit diesem Kniff fabrizierten Zahlenreihen sind politisch Gold wert. Bei der jährlichen Gedenkfeier zum 9. November können hochrangige Politiker mit bebender Stimme vor dem Anwachsen des Antisemitismus warnen, dabei keck in Richtung AfD blinzeln und „als Lehre aus der Geschichte“ mehr Toleranz für religiöse Minderheiten einfordern, vor allen anderen für die Minderheit, welcher der Hisbollah-Demonstrant zuzurechnen ist.

Verblüffend, wie leicht sich alles auf den Kopf stellen lässt, ohne dass jemandem schwindelig wird. Die schlimmsten Antisemiten islamischer Herkunft räkeln sich in der Pose, die „neuen Juden“ zu sein, sobald es jemand wagt, ihnen kritische Fragen zu stellen. Und – sie kommen damit durch!

Mehr noch, da ihre judenfeindlichen Parolen wie deutscher Rechtsextremismus verbucht werden, können sie aus ihren eigenen Antisemitismus sogar Kapital schlagen: Seht her, wie gefährlich die deutschen Rassisten schon wieder geworden sind. Die Zahlen verraten es! Also tut mehr für uns Muslime, die wir, als „neue Juden“, doch am meisten davon bedroht sind.

Das NS-Gedenken und die daraus abgeleiteten „Lehren aus der Geschichte“ sind zur freistehenden Kanone umgebaut worden, die in jede Richtung schießen kann. Wohin sie zielt, kann derjenige frei entscheiden, der sich den Befehlsstand gekrallt hat.

Daher kann das Geschoss auch Menschen treffen, die damit niemals gerechnet haben. So erging es AfD-Vizechef Georg Pazderski, dessen polnischer Vater als Zwangsarbeiter nur knapp dem Tod im KZ entgangen ist. Als er, wie Vertreter aller anderen Parteien, am 9. November am Holocaust-Mahnmal in Berlin feierlich einige Namen von Opfern verlesen wollte, hat ihm das die „Arierin“ Lea Rosh mit den Worten „Sie lesen hier nicht!“ verboten. Da war der Mann platt. Er sei davon „zutiefst betroffen“, sagte Pazderski anschließend. Haha! Was der sich einbildet. Wer hier „betroffen“ sein (oder tun) darf, entscheiden Leute wie Lea Rosh und ihre Freunde; sie sind die Gedenkgeneräle im Befehlsstand der Erinnerungspolitik.

Wie weit das Schussfeld der Kanone reicht, musste sogar die rote Ikone Sahra Wagenknecht erfahren. Mit ihrer Bewegung „Aufstehen“ wollte sie Unerhörtes wagen und beispielsweise darauf hinweisen, dass der massenhafte Import billiger Arbeitskräfte nicht unbedingt den Interessen hiesiger Arbeitnehmer diene, sondern der Ausbeutung Vorschub leiste.

Umgehend hatte sie die Kanone im Visier. Der linke Philosoph Thomas Seibert bezeichnete Wagenkenecht als „rassistisch“ und fügte mit freudiger Infamie hinzu, sie wolle Menschen „selektieren“. Bei diesem Wort denkt ja jeder unweigerlich an die Todesrampen der KZs. So malt man Bilder.

Als sich die Genossen von „Aufstehen“ endlich mal auf die Straße wagten zu einer mickrigen Kundgebung, konnten wir sehen, wie gut das Geschütz getroffen hat. Da ging es in bewährter Manier gegen „Rechts“ und gegen Rassismus und so weiter. Nichts mehr von Grenzen und anderem Zeug, das Ärger bereitet. Sie haben schnell gelernt, die „Aufgestandenen“ um Wagenknecht. Was allerdings sollte dann die ganze Mühe? Für solch maue Phrasen, die alle anderen schon vor ihnen droschen, hätten sie gleich sitzen bleiben können.

## MEINUNGEN

*Im Bayerischen Rundfunk (4. November) blickt der bekannte* ***Philosoph Peter Sloterdijk*** *auf den Charakter der* ***Regierung Merkel****:*

„Frau Merkel hat es in einer jetzt knapp dreizehnjährigen Regierungszeit fertig gebracht, eine Stimmung der Alternativlosigkeit über das Land zu verhängen. Ich deute das als ein Mitbringsel aus ihrer DDR-Jugend, diese real existierende Parodie eines Einparteiensystems. Ich glaube, dass sie diese Aura der Ein-Partei-Wirtschaft um sich herum verbreitet und das Land mit einem Grundgefühl der Unmöglichkeit eines Wechsels infiziert hat.“

*In der „Welt“ (8. November) erklärt* ***Henryk M. Broder*** *alle Erneuerungsversuche der* ***SPD*** *für* ***gescheitert****, denn:*

„Die Wahrheit ist grausam, aber unüberhörbar: Die SPD hat fertig. Alle Modernisierungsversuche sind für die Katz ... Die SPD geht unter. Die CDU könnte die besseren Überlebenschancen haben. Sie hat das Programm der Grünen und die Rhetorik der SPD übernommen.“

*Der deutsch-israelische Schriftsteller* ***Chaim Noll*** *verurteilt in der „Achse des Guten“ (12. November) den parteipolitischen* ***Missbrauch des Gedenkens*** *an die „Kristallnacht“ vor 80 Jahren am 9. November:*

„Der Gedenktag für die Zerstörung der deutschen Synagogen wurde instrumentiert, um deutsche Parteipolitik zu machen ... Welche war gemeint? Die Linke mit ihrem von Marx und Bakunin übernommenen Antisemitismus? Die Sozialdemokraten, deren Vertreter in schöner Regelmäßigkeit den Judenstaat als „Apartheid-Staat“ oder ähnlich schmähen ... ? Keine Angst: ... Schuld an allem ist nur eine Partei, und sie erneut zu verteufeln, war der eigentliche Zweck der Übung.“

*Die Bloggerin* ***Manya Koetse*** *erklärt der „Neuen Zürcher Zeitung (10. November) anhand sozialer Netzwerke in China, wie junge* ***Chinesen Europa sehen****:*

„Verbreitet ist die Haltung, dass sich Europa mit der Flüchtlingskrise, den Terroranschlägen, der Polarisierung und den Protesten auf dem Weg in den Ruin befindet. Man ist dankbar, im sicheren China zu leben und nicht im unsicheren Europa.“

***Ramin Peymani*** *prangert auf seinem Blog 2018 „Liberale Warte“ (12. November) die* ***hessischen Wahlfälschungen*** *an:*

„Die Systematik, mit der fast durchweg Grüne und Linke von diesen ‚Pannen‘ profitierten, macht es schwer, an menschliches Versagen auf breiter Front zu glauben ... Ein Staat, der selbst die Verfolgung von Falschparkern perfektioniert hat, sollte in der Lage sein, die fehlerfreie Ermittlung von Wahlergebnissen nicht erst Wochen später sicherzustellen.“

***Reinhard Müller*** *erklärt in der „Frankfurter Allgemeinen“ (13. November) die Einführung von Frauen- und anderen* ***Quoten*** *in Parlamenten zum* ***Verstoß gegen die Demokratie****:*

„Quoten, gar die Vorgabe einer Parität in Parlamenten verstoßen gegen grundlegende demokratische Grundsätze. Hier wird nämlich ein bestimmtes Ergebnis vorgegeben.“